

Universität Oran

Fakultät für Literatur, Sprachen und Künste

Abteilung der angelsächsischen Sprachen

Germanistiksektion



Fachbereich : Landeskunde

Magisterarbeit

Thema:

Das deutsch-algerische Wirtschaftsbild in der deutschen

Presse von 1999 bis 2008

Vorgelegt von:

MERBOUH Wahiba

Jurymitglieder (Membres du Jury)

Vorsitzender: Dr. Bouri zine Edine (Universität Oran)

Betreuerin: DR. Rafiaa Belbachir (Universität Oran)

Gutachter: Dr. Baghdadi Fatima (Universität Oran)

Oran, 2014

Widmung

Diese Arbeit widme ich meinen lieben Eltern und meinen Geschwister, die mich während meiner Arbeit verständnisvoll unterstützt haben.

Danksagung

An dieser Stelle möchte ich mich besonders bei meiner Betreuerin Dr. Rafiaa Belbachir bedanken, die mich während meiner Forschungsarbeit ständig unterstützt hat.

Die Motivation und die wissenschaftliche Untersuchungsarbeit verdanke ich Herrn Prof. Dr. El korso Kamel.

Inhaltsverzeichnis

Einleitung

I Die Geschichte der Presse in der deutschen Presse

I.1 Ursprung der Presse	7
I.1.1 Die inhaltliche Gleichschaltung einer Presse	8
I.1.2 Eingriffe in die verlegerischen Strukturen	10
I.1.3 Die Entwicklung und Struktur der Presse seit 1945	12
I.1.3.1 Presse in der Besatzungszeit 1945-1949	12
I.1.3.2 Presse in der BRD	19
I.1.3.3 Presse in der DDR	20
I.1.4 Presse nach der Wiedervereinigung und die Gegenwärtige Struktur	21
I.1.4.1 Presse und die Neuen Medien	22
I.2 Die Geschichte der Pressefreiheit	23
I.2.1 Die Presse seit 20. Und 21. Jahrhundert	26
I.3 Die Zeitungen in Deutschland	28
I.3.1 Die Arten von Zeitungen	32
I.4 Die Zeitschrift	35
I.4.1 Die Geschichte der Zeitschrift	35
I.4.2 Die Gattungen der Zeitschrift	36
I.4.2.1 Die Publikumszeitschriften	36
I.4.2.2 Die Fachzeitschriften	37

I.5 Die Wirtschaftspresse	38
I.6 Die Journalisten	38
I.6.1 Berufsbild und Ausbildung des Journalists	41
II Allgemeine Darstellung der deutsch-algerischen Wirtschaftsbeziehungen	46
II.1 Die algerische Wirtschaft	46
II.1.1 Die Ausländischen Direktinvestitionen	52
II.1.1.1 Der Außenhandel	55
II.1.1.2 Mitgliedschaft in Wirtschaftsgruppen	58
II.2 Die algerischen Beziehungen mit Deutschland	63
II.2.1 Die politischen Beziehungen	65
II.2.2 Die wirtschaftlichen Beziehungen	66
II.2.3 Die kulturellen Beziehungen	68
II.3 Die Entwicklungszusammenarbeit	70
II.4 Die Beziehungen zur Europäischen Union	73
II.5 Neue Ereignisse aus www.Presse und Nachrichten.de	74
III Darstellung und Analyse der Pressartikeln	79
III.1 Die Medienanalyse	79
III.1.1 Die Handlungsorientierte Medienanalyse	81
III.1.2 Die Rezipientenorientierten Medienanalyse	82
III.2 Titelseite	84
III.2.1 Aufbau und Gestaltung der Titelseite	84
III.2.2 Ziel der Titelseite	86

III.3 Leitartikel	87
III.3.1 Geschichte und Begriff des Leitartikels	87
III.3.2 Funktion des Leitartikels	88
III.4 Analyse Algeriens in unterschiedlichen Presseartikel und Zeitungen	90
III.4.1 Algerien in der Handelsblatt Zeitung	90
III.4.2 Algerien in der Frankfurter Allg. Zeitung	92
III.4.3 Algerien in der Süddeutschen Zeitung	92
III.4.4 Deutsch-algerische Beziehung in der Frankfurter Rundschau Zeitung	93
III.4.5 Algerien in die Welt	93
III.4.6 Algerien in Kölnerstadtanzeiger	94
III.4.7 Algerien in Hannoversche Zeitung	94
III.4.8 Algerien in der Westdeutsche Zeitung	94
Schlußfolgerung	96
Literaturverzeichnis	98
Anhang	

Einleitung

Ziel der Presse ist es, die Menschen in unterschiedlichen Bereichen zu informieren.

In meiner Untersuchung konzentriere ich mich auf die Deutschen, die Zeitungsleser sind, deswegen behandle ich das Thema „Das deutsch-algerische Wirtschaftsbild in der deutschen Presse von 1999 bis 2008“.

Hier wird das Thema unter wissenschaftlichen Aspekten behandelt außerdem beziehen wir auf die Pressartikel, die das wirtschaftliche Wachstum zwischen Deutschland und Algerien widerspiegeln.

Dies ist ein wesentlicher Grund dafür, dass ich mich für ein solches Thema interessiere.

Im Allgemeinen geht es mir im Rahmen dieser Analyse darum, die Lernenden zu informieren und die deutsch- algerische Wirtschaft zu fördern.

Das Hauptziel dieser Untersuchung besteht konkret darin, den Lernenden dabei zu helfen, Kenntnisse über die Arbeitstechniken des Journalisten und ihre Verwendung im wirtschaftlichen Kreis zu gewinnen.

Im Rahmen meiner Arbeit befasse ich mich mit den deutsch- algerischen Beziehungen und die Wirtschaftsartikel werden in der deutschen Presse gründlich analysiert.

Der Journalist spielt auch eine wichtige Rolle, dass er ein Fachvertreter sein soll, d.h. Er kennt sich sehr gut im Bereich von Wirtschaftsdeutsch. Aus diesem Grund wird dieses Thema wissenschaftlich bearbeitet bzw. behandelt.

Folgende Fragen werden gestellt:

Wie sind die deutschen Redakteure gewöhnt Berichte und Analysen über die deutsch-algerische Wirtschaft zu schreiben?

Wie ist die Meinung der Journalisten im Hinblick auf die Beziehung zwischen Deutschland und Algerien?

Wie reagieren die deutschen Leser, bzw. wie rezipieren sie die Informationen über die deutsch-algerischen Beziehungen?

Diese Teilfragen lassen sich in der folgenden Hauptfrage zusammenfassen:

Inwiefern hat die deutsche Presse das deutsch-algerische Wirtschaftsbild behandelt?

Mit diesen Fragen möchte ich im Rahmen meiner Forschungsarbeit auseinandersetzen. Um sie zu beantworten, gehe ich von der Arbeitshypothese aus, dass der Journalist aktuelle Informationen zusammenfasst und einen entsprechenden Fachwortschatz benutzt.

Diese Hypothese, die im Zentrum meiner Recherche steht, kann in folgende Teilhypothesen aufgegliedert werden.

Die deutschen Redakteure beziehen sich bei der Vermittlung von Informationen auf die Pressekorrespondenten. Sie befinden sich nicht an Ort und Stelle. Dies führt dazu, dass die Meinung der Journalisten manchmal objektiv und manchmal subjektiv ist.

Die Rezeption den Lesern ist auch einmal positiv und einmal negativ.

Mit der vorgehenden Bemerkung und Analyse, die mit der Feststellung einiger Publikationen zusammenhängt bzw. sich auf einige Artikel bezieht, begründe ich meine Haupthypothese, die im Laufe meiner Arbeit überprüft wird.

Unsere Arbeit besteht aus einem theoretischen Teil und einem praktischen Teil.

Im theoretischorientierten Teil gibt es zwei kapiteln:

Im ersten Kapitel handelt es sich um, den Begriff der Wirtschaftspresse zu definieren sowie die Geschichte und die Rolle der Presse zu beschreiben und auch den Journalistenberuf zu analysieren.

Im zweiten Kapitel wird eine allgemeine Darstellung der deutsch-algerischen Beziehungen durchgeführt.

Überdies werde ich mich mit der Kommunikation in der Presse befassen.

Im praxisorientierten Teil bzw. im dritten Kapitel werden einige Artikel analysiert, außerdem wird die Rezeption der Wirtschaftspresse bei den Lesern untersucht.

Kapitel I

**Die Geschichte der Presse in
der deutschen Presse**

Einführung

Im ersten Kapitel handelt es sich um, die Geschichte der Presse in Deutschland zu befassen. Es folgt die Geschichte der Pressefreiheit. Darüberhinaus konzentriere ich mich auf die Fachzeitschriften. Zum Schluss behandle ich den Beruf des Journalisten.

I. Die Geschichte der Presse in Deutschland

I. 1 Ursprung der Presse

Die Presse ist das älteste Massenmedium. Das Wort „Presse“ ist von dem mittellateinischen Wort „Pressa“ und französischen Wort „Presse“ abgeleitet. „Unter Presse verstehen wir grundsätzlich alle zur Verbreitung geeigneten und bestimmten Druckerzeugnisse, die einmalig oder periodisch erscheinen, unabhängig von Inhalt, Preis oder Niveau“¹.

Seit 1380 (vom 12. Bis zum 15. Jahrhundert) berichteten die Kaufleute über ihre Briefe in verschiedenen Bereichen wie z.B. Politik und Wissenschaft. Diese Briefe enthielten private oder geschäftliche Nachrichten. Sie heißen Fuggerzeitungen.

Im Jahr 1445 erfand Johann oder Johannes von Gutenberg den eigentlichen Druck, denn in Babylon gab es schon bei den Römern bestimmte Drucktechniken. Nach Gutenbergs Erfindung waren die beweglichen Buchstaben, mit denen der Druckstock zusammengesetzt, d.h. die beweglichen Letter waren aus einer Legierung aus „Blei, Zinn, Wismut und Antimon“² gegossen. Anschließend wurde der gesamte Druckstock mit Farbe bestrichen und auf das Papier gepresst. Die meist benutzte Druckschrift dabei und später allgemein in Deutschland war „Fraktur“. Das erste Druckwerk Gutenbergs war die „Pelpliner Bibel“ oder allgemein auch Gutenberg-Bibel genannt. Sie hatte 42 Zeilen pro Seite und insgesamt 290 verschiedene Lettervariationen.

¹ Manfred, Raether : 150 Jahre Schlesische Zeitung (1742-1892), Schöneck Verlag 2008. S. 100

² <http://www.presserat.de/site/index.html>. Siehe Anhang S. XVII

Für das Projekt benötigte er rund zwei Jahre und anschließend im 1450 erschienen von ihm ebenfalls die ersten gedruckten Kalenderblätter mit astronomischen Hinweisen.

Die erste kommerzielle Verwendung des Drucks war im selben Jahr, die Vervielfältigung der Ablassbriefe, mit der sich die Menschen von ihren Sünden freikaufen konnten.

Später im Jahr 1480 wurden die eroberten Flugblätter neue Zeitungen genannt. Bei ihnen handelte es sich um Einblattdrucke im Format Folio „(etwa DIN A 4) oder Großfolio (etwa DIN A 5)“³. Sie wurden auf Märkte verkauft und waren oft mit Blickfängen aus Holz- oder Kupferstichen, meist anspruchslos bebildert.

1.1.1 Die inhaltliche Gleichschaltung einer Presse

Nach der nationalsozialistischen Machtübernahme erhielten die Zeitungen den Status eines „Trägers öffentlicher Aufgaben“, womit sie von einem Kontrolleur staatlichen Handelns zu einem staatlichen Instrument der Propaganda und der Beeinflussungen der deutschen Völker im Sinne des Nationalsozialismus wurden.

Unter Leitung von Joseph Goebbels wurde im März 1933 dazu als zentrale Überwachungs- und Anleitungsinstitution das Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda (Reichspropagandaministerium) geschaffen. Außerdem wer den braunen Machthabern ideologisch nicht passte, wurde entlassen, vertrieben oder ermordet.

Den Protest war selten, selbst die journalistischen und verlegerischen Standesvertretungen wagten nur mittelbaren Widerspruch.

„Die Journalistenvertretung „Reichsverband der Deutschen Presse“ wurde anders als andere Gewerkschaften nicht verboten, sondern die Mitglieder wählten 1933 einfach

³ <http://www.presserat.de/site/index.html>. Siehe Anhang S. XVII

den neuen nationalsozialistischen „Reichspressechef“ Otto Dietrich an ihre Verbandsspitze“⁴. Auch die Verleger bestimmten im Juni 1933 mit Max Amann einen Mann zu ihrem Vorsitzenden, der als „Reichsleiter für die Presse der NSDAP“ sowie als Präsident der für die Medienkontrolle zuständigen „Reichspressekammer“ zur Spitze des Nationalsozialismus gehörte.

Im 1933 wurde durch das Schriftleitergesetz des Journalistenberufs beschränkt: Nur wer die rassistischen Voraussetzungen erfüllte und als politisch zuverlässig galt, durfte publizieren, alle anderen hatten ein Berufsverbot. Nach der Anordnung zur Beseitigung der Skandalpresse von 1935 konnten Verleger, deren Zeitungen „Anstoß erregten“ oder „der Würde der Presse schaden“, aus dem „Reichsverband der deutschen Zeitungsverleger“ ausgeschlossen werden, was ebenfalls ein Berufsverbot bedeutete.

Damit hatte sich der NS-Staat ein Instrumentarium zugelegt, das die völlige inhaltliche Kontrolle über die Medien gewährleistete. Die Folge waren unterschiedliche Eingriffe in die Zeitungproduktion; wie z.B. der Dortmunder General-Anzeiger, zu jener Zeit die größte außerhalb Berlins erscheinende deutsche Tageszeitung, beauftragte einen der bekanntesten Pressezeichner der Zeit, Emil Stumpp, ein Portrait Hitlers zu dessen Geburtstag 1933 zu zeichnen. Das Portrait beziehungsweise besser die Karikatur Hitlers wurde am 20. April 1933 auf der Titelseite gedruckt, der Dortmunder General-Anzeiger daraufhin von den Nationalsozialisten übernommen und als Parteizeitung Westfälische Landeszeitung-Rote Erde weitergeführt. Stumpp erhielt Berufsverbot.

Zur Durchsetzung nationalsozialistischer Inhalte erhielten die Redaktionen vom Reichspropagandaministerium Anweisungen, welche Themen auf welche Weise zu behandeln waren. Um eine bessere Kontrolle der Inhalte durchsetzen zu können, wurde den Verlagen zudem die Kontrolle über die Redaktionen entzogen, indem Chefredakteure installiert wurden, die dem NS-Staat genehm waren und die nicht mehr

⁴Heinz Pürer, Johannes Raabe: Medien in Deutschland. Band 1: Presse. UVK Medien, Konstanz Verlag 1996.

den Verlegern untergeordnet waren, sondern ihre redaktionellen Entscheidungen eigenmächtig treffen konnten.

„Äußerst konsequent nutzte der NS-Apparat die Möglichkeiten der Medien, um seine Ziele in alle politischen und gesellschaftlichen Bereiche zu transportieren. Im Vordergrund stand zunächst die Presse mit ihren zahlreichen Druckerzeugnissen, die für die Bevölkerung flexible, billige und schnelle Informationsversorgung bedeutete. Goebbels Ziel war es von Anfang an, die gesamte Presse, den Rundfunk und auch alle anderen Formen der publizistischen Meinungsäußerung unter die strikte Kontrolle der Nationalsozialisten zu bringen. Die Gleichschaltung war die zentrale Voraussetzung dafür. Nach und nach bestimmte allein das RMVP, was zum offiziellen öffentlichen Thema wurde und was nicht. Joseph Goebbels in seiner typischen Diktion: „Ich sehe im Verbot von Zeitungen keinen normalen und auch keinen idealen Zustand“, doch die Regierung werde „nötigenfalls Mittel und Wege finden, um mit der Presse fertig zu werden“⁵.

Der Reichspropagandaminister forderte unerbittlich: „Wer... mitarbeiten will, der ist uns herzlich willkommen. Wir halten ihm die Hand entgegen und erwarten, dass er offen und vorbehaltlos in diese Hand einschlägt“⁶.

1.1.2 Eingriffe in die verlegerischen Strukturen

Zur nationalsozialistischen Pressepolitik gehörte jedoch nicht nur die inhaltliche Gleichschaltung, sondern auch die ökonomisch-verlegerischen Strukturen wurden zugunsten der NSDAP vereinheitlicht. Bereits im Frühjahr enteignete der NS-Staat die Zeitungen von SPD und KPD entschädigungslos, wodurch die NSDAP erstmals in den Besitz nennenswerter Ressourcen zur Herausgabe eigener Zeitungen kam.

⁵Rudolf Stöber: Deutsche Pressegeschichte, Konstanz Verlag 2005. S. 12

⁶Medienpolitik im Nationalsozialismus(FH Augsburgs),ws 2006/2007 PDF Verlag, S. 12

Zwar hatten die nach der Enteignung der sozialdemokratischen und kommunistischen Presse noch verbliebenen bürgerlichen Verleger anfangs gehofft, durch eine zunehmende Nähe zum NS-Staat wenn schon nicht die Pressefreiheit, so doch das Eigentum unversehrt erhalten zu können, doch verloren nach den Arbeiterparteien SPD und KPD nach und nach auch andere Eigentümer ihre Verlage: die jüdischen Verleger wurden schnell ausgeschaltet, später auch katholische und liberale Blätter, Kleinbetriebe, international renommierte Zeitungen z.B. „(Vossische Zeitung und Berliner Tageblatt)“⁷ und am Ende vereinzelt sogar frühe Vorkämpfer der braunen Bewegung enteignet beziehungsweise zum Verkauf ihrer Zeitungen gezwungen.

Der NS-Staat erließ dazu im 1935 zwei Verordnungen, die die ökonomischen Möglichkeiten der verbliebenen bürgerlichen Verlage beschränkten.

Erstens, die Anordnung über die Schließung von Zeitungsverlagen zwecks Beseitigung ungesunder Wettbewerbsverhältnisse ermöglichte es, Verlage in Städten mit mehr als einer Zeitung zu enteignen beziehungsweise zu einem Verkauf zu zwingen.

Zweitens, die Anordnung zur Wahrung der Unabhängigkeit des Zeitungswesens verbot die Organisation von Verlagen als Kapitalgesellschaften und schrieb persönlichen Besitz vor, wobei jeder Eigentümer nur an einer Zeitung beteiligt sein durfte.

Ein großer Teil der Verleger verkaufte, (anfangs wegen der schon vor 1933 schlechten ökonomischen Situation der Presse freiwillig, später unter Druck) ⁸. seit 1934 Beteiligungen an der eigenen Zeitung oder die ganze Zeitung an die von der NSDAP kontrollierten Verlage Phönix-Zeitungsverlags-GmbH (für die konfessionelle Presse)

⁷ <http://www.freischreiber.de>. Siehe Anhang S. XVII

⁸ <http://www.freischreiber.de>. Siehe Anhang S. XVII

und Vera Verlagsanstalt GmbH (für sonstige bürgerliche Zeitungen), fusionierte mit konkurrierenden NS-Blättern oder gab die Zeitungen komplett an die NSDAP ab.

Im Jahr 1944 kontrollierte die NSDAP schließlich im deutschen Reich 36 Prozent aller Zeitungen, die allerdings insgesamt 82,5 Prozent der täglichen Auflage herausbrachten.

Insgesamt sank die Zahl der Tageszeitungen im NS-Staat von 4.702 im Jahr 1932 auf rund 2.500 im Jahr 1937 und weiter auf 977 im Oktober 1944. In den letzten Kriegswochen kam es zu weiteren Zeitungsschließungen und Zusammenlegungen sowie Zerstörungen von Verlagen und Druckereien, bis die alliierten Truppen die nationalsozialistische deutsche Presse im April/Mai 1945 endgültig schlossen.

I.1.3 Die Entwicklung und Struktur der Presse seit 1945

I.1.3.1 Presse in der Besatzungszeit 1945–1949

Im Jahr 1945 schufen die Siegermächte durch das Verbot der bestehenden Zeitungen und ihre Lizenzpolitik für den vollständigen Neuaufbau des Pressewesens sowohl in der Bundesrepublik Deutschland als auch in der Deutschen Demokratischen Republik.

Vor Kriegsende hatten sich die Westalliierten weitaus weniger konkret auf die Umgestaltung der deutschen Medienlandschaft vorbereitet, als die sowjetische Seite. Die Sowjets begannen früh mit der Schulung von deutschen Exilkommunisten als Kader für den Medienaufbau, während die Westalliierten noch Strategien für die Nachkriegs-Pressewesen entwickelten. „Seit Juli 1943 gab es die deutsche Wochenzeitung „Freies Deutschland“ heraus und betrieb Radiosender in der Sowjetunion, beides zunächst vor allem als Mittel der psychologischen Kriegführung. Die kommunistischen Kader nahmen sofort nach der Eroberung deutscher Gebiete durch die Rote Armee die Arbeit auf“⁹. Sie gingen wie die Westalliierten von zum

⁹Jürgen Heinrich: Mediensystem, Zeitung, Zeitschrift, Anzeigenblatt. In: Medienökonomie. Band 1, ISBN Verlag 2001. S.110

Nationalsozialismus verführten Massen aus und sollten diese über NS-Verbrechen und die Kriegsschuld aufklären und zur Ausschaltung der verbleibenden Nazis beitragen. Anders als bei den Presseoffizieren der Westalliierten, die ein pluralistisches Leitbild für die deutsche Presselandschaft verfolgen sollten, gab es für die kommunistischen Kader einen klaren ideologischen Auftrag zur Umformung der Weltanschauung in Richtung Sozialismus.

Im 1943 beschlossen Briten und Amerikaner, Nachkriegsdeutschland als demokratischen Staat friedlich in Europa einzubinden und die Bevölkerung für dieses Vorgehen zu gewinnen. Im Oktober 1943 wurde gemeinsam mit der Sowjetunion die European Advisory Commission gegründet.

Sie fasste erste allgemeine Pläne für die deutsche Presselandschaft nach dem Krieg: Die deutsche Presse sollte übergangslos nach teilweise Personalaustausch mit alliierten Zensoren in den wichtigsten Redaktionen weiterarbeiten. Die Briten und Amerikaner gingen von diesem Vorgehen im Verlauf der folgenden Monate ab, weil sie es für zu diktatorisch hielten, während die Sowjets ihre eigenen Vorbereitungen für die Nachkriegsordnung der deutschen Presselandschaft betrieben. Im April 1944 übernahm für die Westalliierten die Psychological Warfare Division die Ausarbeitung konkreter Vorhaben. Ihr zufolge sollte eine zentrale alliierte Kommission gemeinsame und flächendeckend die Medienpolitik bestimmen. Die Konkreten Richtlinien für die Pressepolitik wurden am 16. April 1945 im Handbook for the Control of German Information vorgelegt.

Sein Ziel war es, die nationalsozialistische Durchwirkung der Presse zu beseitigen, wozu die Beseitigung der gesamten traditionellen Presse als notwendig erachtet wurde. Das „Handbook“ sah, mit Rückgriff auf eine Alliierte Verordnung vom 24. November 1944 deshalb im Wesentlichen für ihre Pressepolitik eine Abfolge von drei Stufen vor:

- „1. Verbot aller deutschen Medien
2. Herausgabe alliierter Heeresgruppenzeitungen
3. Genehmigung neuer deutscher Lizenzzeitungen“¹⁰

Zur Beseitigung des NS-Einflusses sollten zudem bis auf Ausnahmen alle Journalisten sowie die Altverleger Berufsverbot erhalten, die seit 1933 in Deutschland gearbeitet hatten.

Fast alle traditionellen Tageszeitungen mussten auf Anweisung der Besatzungsbehörden schließen. Einige Dutzend konnten jedoch (zum Teil inhaltlich auf lokale Berichterstattung, Bekanntmachungen und/oder Anzeigen beschränkt) zwischen April und Juli 1945 für einige Tage bis Wochen unter ihrem traditionellen Namen wieder erscheinen, so die Cellesche Zeitung, der Mühlhauser Anzeiger, das Tageblatt für Penig und Lunzenau, die Eisleber Zeitung, die Schaumburger Zeitung aus Rinteln oder die Deister und Weserzeitung aus Hameln. Auch die übrigen Maßgaben, insbesondere das Berufsverbot für Journalisten, wurden nicht konsequent umgesetzt. Parallel zur beginnenden Neuordnung der deutschen Presse gab es ab 1944 Kriegsgefangenenzeitungen, die allerdings eine untergeordnete Rolle spielten.

Die Franzosen orientieren sich grundsätzlich an den britisch-amerikanischen Vorgaben, betreiben jedoch zur eigenen Profilierung und wegen interner Auseinandersetzungen eine abweichende und uneinheitliche Medienpolitik.

¹⁰Jürgen Heinrich: Mediensystem, Zeitung, Zeitschrift, Anzeigenblatt. In: Medienökonomie. Band 1, ISBN Verlag 2001. S. 112

Die Vermittlung der Bevölkerung erfolgte wichtigen Informationen und Nachrichten in allen Besatzungsgebieten, zunächst vor allem durch die von den alliierten Truppen herausgegebenen Zeitungen „Heeresgruppenpresse“, aus denen eine Vielzahl heute noch bestehender großer Tageszeitungen hervorgehen sollte. Die Heeresgruppenzeitungen bestanden weitgehend aus für alle gleichen überregionalen Artikeln und unterschieden sich nur in der lokalen Berichterstattung sowie in den Bekanntgaben der jeweiligen militärischen Befehlshaber. Rund 20 deutsche Redakteure arbeiteten für die Blätter, die später den Kern für die Redaktionen der Lizenzzeitungen bilden sollten.

Ab Sommer 1945 bekam in der Nachfolge der Heeresgruppenpresse statt der nationalsozialistisch belasteten Verleger eine begrenzte Zahl von neuen Lizenznehmern, die nun notwendige besondere Genehmigung zur Herausgabe so genannter Lizenzzeitungen.

In den amerikanisch besetzten Gebieten wurde bereits im November 1945 die letzte Heeresgruppenzeitung eingestellt. Bei den Briten begann die Lizenzierung dagegen erst im Frühjahr 1946.

In dieser Zeit fiel die Gründung folgender Zeitungen und Verlage:

Vom 21. Mai bis 21. Juni 1945 von der Roten Armee als Heeresgruppenzeitung herausgegebene Berliner Zeitung wurde dem Berliner Magistrat und damit in deutsche Hände übergeben.

Die erste Lizenz der amerikanischen Militärverwaltung wurde am 1. August 1945 an die Frankfurter Rundschau vergeben, als erste Zeitung genehmigten die US-Truppen jedoch bereits am 24. Januar 1945 (ohne reguläre Lizenz) die Aachener Nachrichten, die am 27. Juni eine offizielle britische Lizenz bekamen.

„Ab dem 27. September 1945 erscheint in Berlin Der Tagesspiegel.

Im 1946 wurde der Axel-Springer-Verlag gegründet.

Im 1946 erschien das Nachrichtenmagazin Die Zeit erstmals.

Im 1947 erschien das Nachrichtenmagazin Der Spiegel erstmals¹¹.

Mit der Täglichen Rundschau wurde zudem das Modell der Besatzungszonenzeitung geschaffen. Teilweise parallel zur bereits angelaufenen Lizenzierung für Zeitungen mit meist kleinerem Verbreitungsgebiet übernahmen die übrigen Alliierten das sowjetische Modell der Zonenzeitung.

Die Zonenzeitungen wurden mit deutschen Redaktionen versehen, bei denen jeweils auf politische Ausgewogenheit geachtet wurde.

Dieses Modell sollte als Vorbild für die Lizenzzeitungen dienen. Zudem waren die Zonenzeitungen „Lehrredaktionen“ für die Journalisten späterer deutscher Zeitungen. Zonenzeitungen und Lizenzzeitungen erschienen zeitweise parallel und gingen ineinander über. Die Berliner Ausgabe der Neuen Zeitung stellte als letzte Zonenzeitung im 1955 ihr Erscheinen ein.

Trotz der Bemühung um weltanschaulich heterogene Redaktionen und Verlegergruppen in der amerikanischen Zone bildeten sich bald ideologisch ausgerichtete Blätter heraus. Bis 1948 werden 56 Zeitungen mit 112 Nebenausgaben lizenziert. Die wirtschaftlichen Bedingungen wurden streng reglementiert. Zunächst erschienen die Zeitungen wegen Papierknappheit zweimal wöchentlich mit durchschnittlich fünf Seiten. Dennoch wurden die Lizenzzeitungen wegen ihrer Monopolstellung wirtschaftliche Erfolge.

¹¹ [http://www.google.de/Entwicklung Zeitungen/Zeitschriften](http://www.google.de/Entwicklung%20Zeitungen/Zeitschriften) (verkaufte Auflage in Millionen Stück) 1997 - 2007. In: IVW. Siehe Anhang S. XVII

Die amerikanischen Presseoffiziere betrieben nur eine geringe Nachzensur, die Militärverwaltung gab aber Direktiven heraus, die Behandlung von Tabuthemen (beispielsweise Streit zwischen den Alliierten) verboten und die Trennung von Nachricht und Meinung sowie die Abkehr von Nazisprache durchsetzen sollten. Ab Juli 1947 war allerdings Kritik an den Sowjets zugelassen. Im Mai 1949 überstellte die amerikanische Verwaltung die Zuständigkeit an die deutschen Pressegesetze.

Die britische Militärverwaltung stützte sich bei ihrer später anlaufenden Lizenzierung auf die inzwischen gebildeten deutschen Parteien.

Die Lizenznehmer mussten einen deutlichen politischen Hintergrund haben. Bei den Briten sollte nicht die innere Pluralität, sondern die Konkurrenz der Zeitungen verschiedener Ausrichtungen d.h. die Meinungsvielfalt sichern. Wegen Papierknappheit und weitgehend zerstörter Druckereien kam die Lizenzierung in der britischen Zone nur langsam voran. Die Militärverwaltung betrieb eine besonders intensive Nachzensur, die bei der Masse der Blätter kaum effektiv wirkte.

Die Kritik an Versorgungslage, Militärbehörde und Sowjets konnte in der britischen Zone kaum unterdrückt werden. Die Zuteilung von Zeitungen an Parteien wurde Ende 1946 entsprechend der Landtagsergebnisse verändert. Zunehmend begannen die Briten aber die Radikalisierung der Parteizeitungen zu spüren und betrieben ab Mitte 1946 verstärkte Weiterbildungsinitiativen für Journalisten und gründeten die Agentur. Im 1948 wurden schließlich vier große parteiunabhängige Tageszeitungen lizenziert.

Die Franzosen begannen im August 1945 mit der Lizenzierung und sie behielten grundsätzlich das Prinzip der ideologisch heterogenen Redaktionen bei. Allerdings setzen sie stärker als die anderen Westalliierte Kontrolloffiziere in den Redaktionen. Zusätzlich erschienen auch in der französisch besetzten Zone ab 1947 Zeitungen der deutschen Parteien. Diese machten den Franzosen schnell ähnliche Probleme wie den Briten. Ab dem Frühjahr 1949 ging das Lizenzierungsverfahren auf den Zeitungsverlegerverband über.

Die Sowjets enteigneten sofort nach der Besetzung alle Verleger. Die Druckereien gingen an die SBZ-Verwaltung über, die den Druck von Zeitungen organisierte. Zunächst durften auch nicht parteigebundene Zeitungen mit bürgerlicher Ausrichtung erscheinen, die bis 1951 eingestellt werden.

„Das SMAD-Blatt Tägliche Rundschau übernahm sofort Führungsrolle in der SBZ. Es wurde ausschließlich von der sowjetischen Nachrichtenagentur beliefert. Nach der Bildung von Parteien erhielt jede ein Zentralorgan“¹². Die SED hatte dabei ein deutliches Übergewicht und dominierte zu dem wöchentlich erscheinende Kreis und Betriebszeitungen. Die Journalistenausbildung wurde an der Universität Leipzig und an der Berliner Rundfunkschule zentralisiert.

Die personelle Zäsur gegenüber dem „Dritten Reich“ wurde kaum konsequent umgesetzt. Verträge sicherten früh das weitere Erscheinen der Lizenzzeitungen in den Druckereien der Altverleger zu und auch wenn sie nicht publizistisch Einfluss auf die Druckprodukte nehmen durften. Denn die Altverleger verfügten über die Druckanlagen und waren in den Westzonen nicht enteignet worden. Zu dem griffen die Westalliierten trotz anders lautender Absichten vor allem auf Journalisten zurück, die bereits vor 1945 in Deutschland gearbeitet hatten.

Ab September 1945 erschienen auch Zeitschriften in Lizenz. Sie sollten sich vor allem mit politischen Hintergrundinformationen befassen. Alliierte ließen in ihnen vergleichsweise früh auch kritische Diskussionen zur Kriegsschuldfrage und zu Wiederaufbauplänen zu.

¹² [http://www.google.de/Entwicklung Zeitungen/Zeitschriften](http://www.google.de/Entwicklung%20Zeitungen/Zeitschriften) (verkaufte Auflage in Millionen Stück) 1997 - 2007. In: IVW. Siehe Anhang S. XVII

Am 21. September 1949 wurde in Westdeutschland die Generallizenz erteilt und jeder konnte eine Zeitung gründen. Die meisten danach erscheinenden Zeitungen wurden von den so genannten Altverlegern gegründet. Sie hatten sich bereit im 1948 neu in einem Verband formiert. Der Rückkehr auf den Pressemarkt gelang jedoch nur teilweise, da die Lizenzblätter sich bis 1949 weitgehend auch wirtschaftlich etabliert haben.

I.1.3.2 Presse in der Bundesrepublik Deutschland

Durch die Generallizenz kam es seit 1949 zu einem starken Anstieg der Zeitungszahl bzw. Titelanzahl. In die Gründungsphase nach 1949 fällt die Entstehung folgender Zeitungen:

„Am 1. November 1949 erschien die Frankfurter Allgemeine Zeitung als Nachfolgezeitung der Frankfurter Zeitung.

Die Bild-Zeitung erschien am 24. Juni 1952 erstmals mit einer Gesamtauflage von 250.000 Exemplaren¹³.

Die Deutsche Presseagentur wird 1949 durch einen Zusammenschluss der Deutschen Nachrichtenagentur, der Süddeutschen Nachrichtenagentur und dem Deutschen Pressedienst gegründet. Sie ist bis heute die größte deutschsprachige Agentur. Die zunehmende Konkurrenz vor allem unter den Lokalzeitungen führte zu einem starken Verdrängungswettbewerb zwischen den Zeitungen aus der Lizenzphase und der Presse der Altverleger. Meistens mussten letztere wieder aufgeben, da sich die Lizenzpresse meist bereits eine treue Leserschaft aufbauen konnte. Ab 1954 tritt eine starke Pressekonzentration ein, die besonders die Zahl der kleineren Lokalzeitungen dezimierte und die Stellung der großen Verlage erheblich verbesserte. Die Zahl der Einzeitungskreise verdoppelte sich.

¹³ <http://de.wikipedia.org/wiki/Pressegeschichte/am16.11.2012>. Siehe Anhang S. XVII

Im 1956 wird der Deutsche Presserat gegründet.

Im 1968 folgten dem auf den Studentenführer „Rudi Dutschke“¹⁴ verübten Attentat Studentenunruhen gegen den Axel Springer Verlag.

Im 1974 wird der Entwurf eines Presserechts-Rahmengesetzes vorgelegt, das aber nie realisiert.

Im 1976 ist der Prozess der Pressekonzentration weitgehend gestoppt, und bis zur Wiedervereinigung hat sich die größte und zahlenmäßige Struktur der Presselandschaft nicht mehr tief greifend verändert.

Im 1978 erscheint die Tageszeitung (taz) zum ersten Mal.

1.1.3.3 Die Presse in der Deutsche Demokratische Republik

Die sowjetische Besatzungsmacht und später die DDR-Regierung vergaben Lizenzen nur an Parteien und große Organisationen. „Lediglich zwischen 1946 und 1953 konnten auch private Tageszeitungen erscheinen, so die Leipziger Zeitung, Berlin am Mittag, Altenburger Nachrichten, in Weimar die Abendpost, in Potsdam die Tagespost und der Nacht-Express in Berlin. Der Express-Verlag konnte sich dabei mit Zeitschriftentiteln wie Illustrierter Radsport-Express. Der Sammler-Express oder Der Kleingärtner und Siedler entwickeln zu einem differenzierteren größeren Verlag. Auch die liberaldemokratischen Parteizeitungen Norddeutsche Zeitung oder Der Morgen hatten anfangs private Lizenzinhaber“¹⁵. Die privaten Zeitungen wurden jedoch bis spätestens Anfang der 1950er Jahre geschlossen bzw. die Lizenzen auf die ostdeutschen Parteien übertragen.

Die Lizenzen waren bis zum Zusammenbruch der DDR nötig, um einen Titel publizieren zu dürfen. Die Anzahl der Tageszeitungen der DDR blieb dadurch

¹⁴ <http://www.google.de/im> 1968 gibt es studentische Unruhen nach dem 11.04 an dem Studentenführer Rudi Dutschke verübten Attentat. Die Studenten werfen dem Verlagshaus Springer einseitige Berichterstattung Vor und besetzten das Bürohaus in Hamburg. Sie starten eine Enteignet Springer-Kampagne.

¹⁵ <http://www.google.de/am> 16.11.2012. Siehe Anhang S. XVII

während der vierzig Jahre nahezu. Auch in der DDR wurde in der Verfassung die formelle Pressefreiheit verankert. Jedoch gab es durch Verordnungen, Bestimmungen und Kontrollen der Behörden zahlreiche Einschränkungen.

Ebenso gab es kein Pressegesetz. Man kann nicht ganz öffentlich sein, um seine Meinung zu äußern.

Die Vertriebe wurden die Titel ausschließlich über den Postweg, so konnte der Staat am besten seine Kontrolle ausüben. Die Massenmedien wurden durch den Staatsapparat kontrolliert. Die oberste Behörde war hierfür die Abteilung Agitation und Propaganda des Zentralkomitees der SED.

Die Tageszeitung mit der höchsten Auflage war die Junge Welt, (im 1989 circa 1,3 Millionen Exemplare), vor Neues Deutschland (im 1989 knapp 1 Million Exemplare), dem Zentralorgan der SED. Im 1989 gab es in der DDR noch 39 Tageszeitungen davon 30 Regionalzeitungen. Ihre Gesamtauflage betrug um die 9,7 Millionen Exemplare. Die SED selbst gab 15 Bezirkszeitungen heraus, diese wurden nach der Wiedervereinigung an westdeutsche Verlage durch die Treuhand verkauft. Zu den Printmedien der DDR gehörten außerdem 30 Wochenzeitungen und Illustrierte, darunter Fernseh-, Familien-, Frauen- und Modezeitschriften (insgesamt circa 9 Millionen Exemplare)¹⁶; nicht zu vergessen die sehr beliebte und noch heute viel zitierte Satirezeitschrift Eulenspiegel.

¹⁶ <http://www.google.de/> Christoph Neuberger/Jan Tonnemacher (Hrsg.): Online – Die Zukunft der Zeitung? Das Engagement deutscher Tageszeitungen im Internet. VS Verlag, 1999, ISBN 3-531-33256-2 (Google Buchsuche, abgerufen). Siehe Anhang S. XVII

I.1.4 Die Presse nach der Wiedervereinigung und die Gegenwärtige Struktur

Im 1991 verkaufte die Treuhandanstalt die ostdeutschen Zeitungen und Zeitschriften, die sich in der DDR seit Beginn der 1950er Jahre ausschließlich im Besitz von Parteien (meist der SED) und Massenorganisationen befunden hatten.

Den Zuschlag bekamen ausschließlich westdeutsche Verlage (ein französischer chancenreicher Bewerber um die Märkische Allgemeine, die Dernières Nouvelles d'Alsace aus Straßburg, zog sein Angebot an die Treuhandanstalt „wegen des Golfkrieges“ wieder zurück). Da die schon zu DDR-Zeiten führenden Tageszeitungen, die früheren SED-Bezirkszeitungen, beim Verkauf nicht geteilt wurden, blieb deren monopolartige Stellung in Ostdeutschland bis heute erhalten.

Zwar gründeten andere (zumeist kleinere) westdeutsche Verleger zu Beginn der 1990er Jahre eine Vielzahl von Lokalzeitungen (Schätzungen liegen zwischen 70 und 140), die jedoch zumeist wieder eingestellt werden mussten. Nicht zuletzt der Verleger Dirk Ippen bewies jedoch mit der erfolgreichen Etablierung der Lokalzeitungen Oranienburger Generalanzeiger samt Gransee-Zeitung und Ruppiner Anzeiger sowie der Altmark-Zeitung, dass trotz der die alten Monopole erhaltenden Verkaufspolitik der Treuhandanstalt die Neugründung von Lokalzeitungen möglich war .

I.1.4.1 Die Presse und die Neuen Medien

Mitte der 1990er begannen Verlage von Zeitungen und Zeitschriften damit, ihre gedruckten Ausgaben durch Internet-Präsenzen zu ergänzen. Vorreiter dieser Entwicklung in Deutschland war die Schweriner Volkszeitung, deren Webauftritt bereits am 5. Mai 1995 online ging. Sie war damit die erste deutsche Tageszeitung im Internet.

Zunächst veröffentlichten die Presseerzeugnisse ihre ersten gedruckten Texte im Internet. Erst allmählich entstand ein eigenständiger Online-Journalismus. Im Herbst 2000 wurde mit der „Netzeitung in Deutschland“¹⁷ eine der ersten reinen Internetzeitungen gegründet. Sie verzichtete auf die Verbreitung und den Verkauf von Druckerzeugnissen.

Eine weitere bedeutende reine Internetzeitung im deutschsprachigen Raum ist Telepolis. Sie erschien bis 1998 auch als Printausgabe und befasst sich vor allem mit netzpolitischen Fragen, Datenschutz und Medien, aber auch mit wissenschaftlichen Themen, Politik und Kulturkritik beschäftigt.

Durch die immer stärker zunehmende Popularität Neuer Medien wie Blogs, Newsfeeds und Podcasts wurden nach 2001 auch traditionelle Medien auf die neuen Darstellungsformen aufmerksam und nutzen sie crossmedial zur Cross-Promotion.

I.2 Die Geschichte der Pressefreiheit

Im 18. Jahrhundert wurde Pressefreiheit als eher formaljuristischer Terminus angesehen, der obrigkeitlich den Druck von Zeitungen konzessionierte. Erst als neben der Religion auch die Politik zur Zielscheibe der Pressekritik wurde, begannen restriktive Maßnahmen gegen die Presse. Insofern hängt die Idee der Pressefreiheit stark mit der Entwicklung der Presse zusammen und entstand aus der Auflehnung der Schreibenden gegen die Zensur.

„Die Zensur von Büchern wurde bereits 411 v. Chr. in Athen dokumentiert, die in der Verbrennung von Büchern des Philosophen Protagoras gipfelte.

In Dänemark und Schleswig-Holstein wurde 1770 von Johann Friedrich Struensee die absolute Pressefreiheit eingeführt, die jedoch 1799 wieder stark eingeschränkt wurde.

Im Zuge der Amerikanischen Revolution deklarierte u. a. die Virginia Declaration of Rights 1776 die Pressefreiheit als ein unveräußerliches Menschenrecht, 1789 wurden die Pressefreiheit in die Bill of Rights der neu gegründeten USA übernommen.

¹⁷ http://de.wikipedia.org/wiki/Pressegeschichte/Siehe_Anhang_S._XVII

In Frankreich folgte am 26. August 1789. Vorausgegangen war in den USA das Verfahren gegen den deutschstämmigen Verleger John Peter Zenger, welcher 1735 vom Vorwurf der Verleumdung freigesprochen wurde, was den Grundstein für die Pressefreiheit in Nordamerika legte¹⁸.

Im Deutschen trat der Begriff Pressefreiheit erstmals 1774 als Perzeption der britischen Pressepraxis auf.

Die Deutsche Bundesakte wurde 1815 auch zum juristischen Garanten der Pressefreiheit:

„Die Bundesversammlung wird sich bei ihrer ersten Zusammenkunft mit Abfassung gleichförmiger Verfügungen über die Pressefreiheit und die Sicherstellung der Rechte der Schriftsteller und Verleger gegen den Nachdruck beschäftigen“¹⁹.

Doch schon 1819 erfolgte im Rahmen der Karlsbader Beschlüsse eine Wiedereinführung der Zensur. Sämtliche Schriften bis zu einem Umfang von 20 Bögen waren vorzensurpflichtig. So wurde auch 1832 das Pressegesetz in Baden von 1831 für nichtig erklärt, das „alle Zensur der Druckschriften“ untersagt hatte.

Bei der Revolution von 1848/49 in Deutschland forderte man die Freiheit der Presse.

Auch wenn die Paulskirchenverfassung nie in Kraft trat, wurde die Zensur vorerst nicht wieder eingeführt. Im Jahre 1854 entstand das erste Bundesgesetz, das die Pressefreiheit mit bestimmten Einschränkungen etablierte.

In der Verfassung des Deutschen Kaiserreiches von 1871 wird die Pressefreiheit ebenso wenig wie andere Grundrechte erwähnt. Mit dem Reichspressegesetz von 1874 wurde die Pressefreiheit in Deutschland erstmals einheitlich gesetzlich geregelt, durch

¹⁸ <http://www.google.de/Joachim>, Schwelien: Freie Pressefreie Welt. In: [Die Zeit](#), 25. Juli 1971, Nr. 26. Siehe Anhang S. XVII

¹⁹ <http://www.google.de/> Siehe Anhang S. XVII

den Erlass des „Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“ 1878 wurde sie jedoch wieder eingeschränkt.

Pressefreiheit bezeichnet das Recht von Presse, Rundfunk und anderen wie z.B. Online Medien auf freie Ausübung ihrer Tätigkeit, vor allem das unzensurierte Veröffentlichen von Informationen und Meinungen. Die Pressefreiheit soll die freie Meinungsbildung gewährleisten.

In Deutschland gewährleistet Artikel 5 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland die Pressefreiheit gemeinsam mit der Meinungsfreiheit, der Rundfunkfreiheit und der Informationsfreiheit.

Die Schweizer Bundesverfassung spricht von Medienfreiheit und bringt damit zum Ausdruck, dass dieses Grundrecht nicht nur für das gedruckte Wort, sondern auch für andere Mittel der Kommunikation gilt.

Die Pressefreiheit ist in Art. 5 GG geregelt: „Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt“²⁰

Der Begriff der Presse umfasst dabei, „alle zur Verbreitung an die Öffentlichkeit geeigneten Druckerzeugnisse, unabhängig von Auflage oder Umfang. Inwieweit Telemedien, beispielsweise Internet-Zeitungen, dem verfassungsrechtlichen Presse- oder Rundfunkbegriff „und damit der Rundfunkfreiheit und dem Rundfunkrecht) unterfallen, ist in der Fachliteratur umstritten“²¹. Einfachrechtliche Regelungen des Presserechts finden sich insbesondere in den Landespressegesetzen.

²⁰Hermann, Meyen: Massenmedien in Deutschland, Neuauflage, Konstanz Verlag 2004, S. 32

²¹Vgl. aus dem Schrifttum z.B. Arthur Waldenberger ; Presserecht im Internet und elektronische Presse ,München 2008, S. 421

Die Pressefreiheit bedeutet deshalb auch, dass Ausrichtung, Inhalt und Form des Presseerzeugnisses frei bestimmt werden können; zugleich, dass „Informanten geschützt werden und das Redaktionsgeheimnis gewahrt bleibt“²²

Die Pressefreiheit unterscheidet auch nicht zwischen seriöser Presse und Boulevardmedien. Das inhaltliche Niveau kann in der Abwägung mit anderen Rechtsgütern eine Rolle spielen, wo lediglich der oberflächlichen Unterhaltung dienende Presseerzeugnisse unter Umständen weniger ins Gewicht fallen als ernsthafte Erörterungen mit Relevanz für die öffentliche Auseinandersetzung „(vgl. Zulässigkeit von Äußerungen in der Berichterstattung und Journalistische Sorgfaltspflicht)“²³.

Anders als die Meinungsfreiheit umfasst die Pressefreiheit nicht den Schutz von Meinungsäußerungen an sich. Neben der abwehrrechtlichen Dimension bedeutet die Pressefreiheit auch eine Institutsgarantie für eine freie Presse, deren Rahmenbedingungen der Staat zum Beispiel durch Konzentrationskontrolle.

Die Pressefreiheit konkretisiert sich zum Beispiel in einem eigenen Zeugnisverweigerungsrecht für Journalisten, die auch nur unter erschwerten Bedingungen abgehört werden dürfen. Der Zugang zum Beruf des Journalisten ist auch nicht staatlich reglementiert, in dagegen die privaten Journalistenschulen bilden in eigener Regie und ohne staatlichen Einfluss Journalisten aus. Ein Pressestatus ist an bestimmte Voraussetzungen geknüpft.

²²Urteil des Ersten Senates des Bundesverfassungsgerichts von 12. März 2003

²³Vgl. aus dem Schrifttum z.B. Arthur, Waldenberger: Presserecht im Internet und elektronische Presse, München Verlag 2008, S. 422

I.2.1 Die Presse seit dem 20. und 21. Jahrhundert

Nach schweren Erschütterungen der Pressefreiheit in der Weimarer Republik, wie beispielsweise am „Weltbühne-Prozess“ erkennbar war, kam sie durch die nationalsozialistische Politik der Gleichschaltung vollständig zum Erliegen.

Nach der alliierten Besetzung wurde die Pressefreiheit in der Bundesrepublik rechtlich wiederhergestellt.

In der DDR gab es zwar offiziell keine Zensur, faktisch existierte jedoch keine Pressefreiheit, da das Erscheinen von Zeitungen und Zeitschriften einer staatlichen Lizenz bedurfte und die entsprechenden Inhalte durch das staatliche Presseamt vorgegeben waren sowie Bücher Druckgenehmigungen brauchten. Somit entschied der diktatorische Staat in allen Fällen darüber, was veröffentlicht wurde.

In einem Leserbrief im Spiegel vom 5. Mai 1965 schrieb Paul Sethe, „Pressefreiheit ist die Freiheit von 200 reichen Leuten, ihre Meinung zu verbreiten... Da die Herstellung von Zeitungen und Zeitschriften immer größeres Kapital erfordert, wird der Kreis der Personen, die Presseorgane herausgeben, immer kleiner. Damit wird unsere Abhängigkeit immer größer und immer gefährlicher...“²⁴. Er war einer der fünf Gründungsherausgeber der Frankfurter Allgemeinen Zeitung.

Auch zum Thema Pressefreiheit gehört die Problematik der inneren Aushöhlung aufgrund fortschreitender Pressekonzentration und Renditedrucks in den Medienhäusern. Bei weniger (angemessen) bezahlter journalistischer Arbeit ist davon auszugehen, dass am ehesten gut etablierte Journalisten auch kritisch sein können.

Im Bosnienkrieg (1992–1995) und im Kosovokrieg starben zahlreiche Journalisten.

Die jährliche Zahl der weltweit getöteten Journalisten und Medienassistenten stieg mit Beginn des Irakkriegs im Jahr 2004 erheblich an. Im Jahr 2004 starben 56 Reporter bei der Ausübung ihres Berufs, 23 von ihnen im Irak, teilte das CommitteetoProtectJournalists (CPJ) in New York mit. Acht Mitarbeiter hat der

arabische Sender al-Arabija seit Beginn der US-geführten Invasion im Jahr 2003 im Irak verloren – getötet von amerikanischen Truppen oder Aufständischen.

Für das Jahr 2006 berichtete die Organisation Reporter ohne Grenzen von 85 ermordeten Journalisten und 32 getöteten Medienassistenten.

Rund die Hälfte der ermordeten Journalisten (36 Journalisten) und mehr als zwei Drittel der getöteten Medienassistenten (24 Medienassistenten) kamen im Irak ums Leben.

In 2010 wurden nach Angaben der Organisation bisher 37 Journalisten und zwei Medienassistenten bei der Ausübung ihres Berufs getötet. „(Stand 11/ 2010)“²⁵

I.3 Die Zeitungen in Deutschland

Der Begriff Zeitung tauchte als „zidunge“ mit der Bedeutung Kunde oder Nachricht in Köln bereits am Anfang des 14. Jahrhunderts auf und wurde für mündliche oder schriftliche Botschaften bis ins 19. Jahrhundert gebraucht. Das Wort „tidinge“ aus dem Mittelniederdeutschen oder Mittelniederländischen bedeutet „so viel wie Botschaft oder Nachricht“²⁶.

Nach der Erfindung des Drucks mit beweglichen Lettern durch Johannes Gutenberg in der Mitte des 15. Jahrhunderts im 1445 waren neben der Buchproduktion bald auch PRESSEDrucke im eigentlichen Sinn. Also sie waren nicht periodisch erscheinende Blätter. Solche Einblattdrucke wie auch mehrseitige Flugschriften jener Zeit trugen gelegentlich den Titel Neue Zeitung bzw. „neue Nachricht“. Die Bedeutung des Begriffs Zeitung verschob sich von Nachricht auf den Nachrichtenträger selbst. Das Medium bezeichnet die Zeitungen bzw. die Nachrichten.

Die Zeitung ist nach JOHANN RUDOLF FISCHER: die letzte Weltsucht, seither ist eine Zeitung mit Nachrichten aus aller Welt gefülltes mehrseitiges Druckwerk, das mindestens einmal in der Woche öffentlich vertrieben wird.

²⁵ <http://www.Wikipedia.de/> Siehe Anhang S. XVII

²⁶ Rodolf Stöber: Deutsche Pressegeschichte, Konstanz Verlag 2005, S. 30

Neben der Gattung des Flugblattes existiert seit dem 15. Jahrhundert auch die Pressegattung der Flugschriften. Hierbei handelte es sich um mehr- bis vielseitige, ungebundene, nicht periodisch erscheinende Druckwerke, in denen Ereignisse und Gegenstände beliebiger Art thematisiert wurden.

Im Zeitalter der Reformation spielten Flugschriften eine überaus bedeutende Rolle im öffentlichen Streit der konfessionellen und politisch-sozialen Parteien.

Die Pressegeschichte im weiteren Sinne reicht zurück bis zu den Kaufmannsbriefen, die seit 1380 nachweisbar erschienen. Das erste gedruckte Nachrichtenblatt, das die

Bezeichnung einer Zeitung im modernen Sinn verdient, heißt „die Relation aller Fuernemmen und gedenckwuerdigen Historien“, d.h. häufig in der Forschung auch nur als Relation bezeichnet. Sie wurde ab dem Herbst des Jahres 1605 in Straßburg im Elsass von Johann Carolus gegründet und sie wurde, wie durch den überlieferten Jahrgang 1609 belegt, wöchentlich einmal ausgegeben.

Als die erste regelmäßig erscheinende Zeitung auf dem Gebiet des heutigen Deutschlands gilt der Aviso, Relation oder Zeitung. Dies war eine Wochenzeitung, deren erste Nummer am 15. Januar 1609 in Wolfenbüttel erschien.

„Um 1615 entstand die Frankfurter Postzeitung, die in den folgenden 250 Jahren regelmäßig von Postillons verteilt wurde und kuriose Neuigkeiten, später auch amtliche Nachrichten im ganzen Land verbreitete und erstmals eine mit heutigen Blättern vergleichbare überregionale Bekanntheit erreichte“²⁷.

Im Jahr 1650 erschien in Leipzig mit den Einkommenden Zeitungen zum ersten Mal eine Tageszeitung mit sechs Ausgaben pro Woche. Die älteste noch erscheinende Zeitung ist die seit 1645 in Schweden erscheinende „Post- och Inrikes Tidningar“.

²⁷Vgl. Margot Lindemann :Geschichte der deutschen Presse ,Bd1, Berlin Verlag 1969, S. 180

Im 18. Jahrhundert erlebten insbesondere die Zeitschriften eine Blütezeit. Die Tageszeitung blieb zunächst eine Ausnahme, ihre interessanteste Funktion gewann sie vor dem 19. Jahrhundert mit der seit 1702 in London erscheinenden „Daily Courant“, dem Blatt, das die Funktionen des Veranstaltungskalenders der Großstadt übernahm. Aber in kleineren Städten wurden die lokalen Veranstaltungen rascher durch den Ausruf vermeldet.

Zur heutigen Zeitung wurde vier Hauptmerkmale gegeben, die sind: die Aktualität d.h. eine zeitnahe Berichterstattung, die Periodizität d.h. ein regelmäßiges Erscheinen, die Publizität d.h. die Zugänglichkeit für den Leser und die Universalität d.h. inhaltliche Vielfalt.

Diese Hauptmerkmale charakterisieren die Zeitung, denn die Zeitung wurde in kurzen periodischen Zeitspannen, mindestens einmal wöchentlich, öffentlich erscheint.

Jede Zeitung hat auch ein bestimmtes Format wie z.B.

„Berliner Format (3,5x470 mm) Tageszeitung, Badische Zeitung

-Broadsheet (295x533 mm)

-Norddeutsches Format (400x570 mm) Bild, Frankfurter Allgemeine Zeitung, Frankfurter Rundschau, Süddeutsche Zeitung, Der Tagesspiegel, Die Welt.

-Tabloid, auch Half-Broadsheet oder Halbnordisches Format (235x3,5 mm, Sondermaß: 285x400 mm) Bz Berlin, Bild am Sonntag, Welt Kompakt.

-Tabloid Extra (305x510 mm, Sondermaß: 360x530 mm) Berliner Zeitung, Mitteldeutsche Zeitung, Rheinische Post, Rhein Zeitung, Rheinpfalz, Stuttgarter Zeitung, Südkuriers, Thüringer Allgemeine.

-Halbrheinisches Format (260x325 mm, Sondermaß: 260x350 mm) 20 Cent

-Schweizer Format (320x475 mm) Neue Zürcher Zeitung²⁸

Es ist bekannt, dass die Deutschen Zeitungsleser sind; Das bedeutet, dass Deutschland im Bereich der Zeitungen und Zeitschriften weltweit berühmt ist.

Tabelle 01: „Auflage wichtiger Presseorgane“²⁹

Tageszeitungen	Verlagsort	Exemplaren
Bild	Hamburg	4518000
Westdeutsche Allgemeine Zeitung	Essen	1175300
Hannoversche Allgemeine Zeitung	Hannover	560200
Sächsische Zeitung	Dresden	537800
ZTG-G-Thüringen	Erfurt	526400
Freie Presse	Chemnitz	479800
Süddeutsche Zeitung	München	402600
Rheinische Post	Düsseldorf	402400
Frankfurter Allgemeine Zeitung	Frankfurt/Main	390600
Augsburger Allgemeine	Augsburg	370000
Südwest-Presse	Ulm	359300
Hessische/Niedersächsische Allgemeine	Kassel	346800
B.Z.	Berlin	311100

²⁸ Wolfram Schrag: Medienlandschaft Deutschland, UVK Verlagsgesellschaft mbH, Konstanz 2007, S.32

²⁹ Boualem, Yetto: Wirtschaftsdeutsch, Oran 2004, S 171.

Unter den Tageszeitungen nimmt die „Bild“ Zeitung den ersten Platz mit 4518000 verkauften Exemplaren. Am zweiten Platz gibt es die Zeitung „Westdeutsche Allgemeine“ mit einer Zahl von 1175300 Verkauften Exemplaren.

Tabelle 02: „Nachrichtenmagazine“³⁰

Magazine	Verlagsort	Exemplaren
Der Spiegel	Hamburg	1033300
Focus	München	751800

Unter die Nachrichtenmagazine verkauft sich „Der Spiegel“ mit einer Zahl von 1033300 Exemplaren und „Focus“ mit einer Zahl von 751800 Exemplaren in München.

³⁰Boualem Yetto: Wirtschaftsdeutsch, Oran 2004 S. 171

Tabelle 03: „Wochenblätter und Sonntagszeitungen“³¹

Wochenblätter und Sonntagszeitungen	Verlagsort	Exemplaren
Bild am Sonntag	Hamburg	2613000
Die Zeit	Hamburg	479000
Welt am Sonntag	Hamburg	391700
Bayernkurier	München	155700
Die Woche	Hamburg	117400
Rheinischer Merkur	Bonn	110000
Wochenpost	Hamburg	102300
Das Sonntagsblatt	Hamburg	47000

Unter den Wochenblätter und Sonntagszeitungen kommt Bild am Sonntag mit 2613000 und Die Zeit mit 479000 Exemplaren. Das letzte Wochenblatt ist das Sonntagsblatt mit 47000 Exemplaren in Hamburg Verlagsort

I.3.1 Die Arten von Zeitungen

Die Zeitungen sind unterschiedlich und sie berichten über verschiedene

Themen und Bereiche. „Schütz, Walter J.“³² hat diese Zeitungen nach Erscheinungsweise, Verbreitungsgebiet, Vertriebsart oder nach ihrer Spezialität unterteilt; z.B.

Nach Erscheinungsweise gibt es:

1.Tageszeitung

2.Sonntagszeitung

³¹Boualem Yetto :Wirtschaftsdeutsch,Oran 2004, S 172

³²Schütz Walter J :Zeitungen in Deutschland ,Vistas 2005, S. 35

3. Wochenzeitung

4. Sonderausgabe

Nach Verbreitungsgebiet gibt es:

1. Stadtteilzeitung (meist von Bürgerinitiativen erstellt)

2. Lokalzeitung (häufig als Anzeigenblatt)

3. Regionalzeitung

4. Überregionalzeitung

Nach Vertriebsart gibt es:

1. Abonnementzeitung (durch Zusteller oder per Post)

2. Boulevardzeitung (Straßenverkauf)

3. Anzeigenblatt (wird kostenlos an alle Haushalte verteilt)

4. Offertenblatt (wird über den Pressevertrieb vertreiben)

5. Mitgliederzeitung (wird kostenlos oder gegen Kosten an Verband-, Vereins- bzw. Parteimitglieder verteilt)

6. Firmenzeitung (Herausgeber ist meist die PR-Abteilung des Unternehmens oder eine separate Abteilung für die unternehmensinterne Kommunikation)

7. Betriebszeitung

8. Kiosk

9. Pressevertrieb (Presse-Grosso)

10. Presseantiquariat (Lieferung alter Zeitungen für Museen, Archive, als Filmrequisiten oder als Geschenke)

11. Pendlerzeitung (kostenlos, durch Werbungfinanzierte, Zeitungen, die an Bahnhöfen, Tram- oder Busstationen verteilt werden)

12. Straßenzeitung, die von Menschen im Straßenverkauf vertrieben (manchmal auch geschrieben) werden

13. Elektronische Zeitung (elektronische Version einer Zeitung)

Nach speziellen Zeitungsformen gibt es:

1. Schülerzeitung

2. Abiturzeitung

3. Studentenzeitung

4. Parteizeitung

5. Kirchenzeitung

6. Hochzeitszeitung

7. Amtsblatt

8. Gefangenenzeiungen in Justizvollzugsanstalten

Nach Verbreitungsgebiet basieren wir auf die überregionalen Zeitungen, die bestehen aus:

1. Bildzeitung, Hamburg

2. Süddeutsche Zeitung, München

3. Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), Frankfurt am Main

4. Die Welt, Berlin

5. Frankfurter Rundschau, Frankfurt am Main

6. Die Tageszeitung, Berlin

7. Neues Deutschland, Berlin

8. junge Welt, Berlin

Es gibt auch andere überregionale Zeitungen, die nur den wirtschaftlichen Bereich behandeln, z.B.

1. Börsen-Zeitung, Frankfurt am Main

2. Handelsblatt, Düsseldorf

3. Financial Times Deutschland (FTD), Hamburg

I.4 Die Zeitschrift

Die Zeitschrift wird ein Printmedium genannt, das in regelmäßigen Abständen, meist wöchentlich, 14-täglich oder monatlich, in gleicher gehefteter oder gebundener Form erscheint. Neben diesem Printmedium sind die elektronischen Publikationen(elektronische Zeitschriften)hinzugekommen.

I.4.1 Die Geschichte der Zeitschrift

Der Begriff der „Zeitschrift“ etablierte sich seit 1750, zuvor wurde der französische beziehungsweise englische Begriff „Journal“ verwendet. Genauso variationsreich wie das heutige Zeitschriftenspektrum waren auch die Anfänge der Zeitschrift. Sie entwickelte sich aus den unterschiedlichsten Vorläufern: den Flugschriften und Flugblättern, den Streitschriften, den Relationen und Messrelationen, Avisen und Chroniken.

Die ersten bekannten Zeitschriften sind das erste Mal im Januar 1665 in Paris „Journal des Sçavan“³³ und die Londoner Zeitschrift „Philosophical Transactions of The Royal Society“ erscheint. Kurioserweise wurden beide schon in den jeweiligen Landessprachen geschrieben, während bis dahin das Lateinische wissenschaftlicher Standard war. Ab 1670 wurde in Leipzig in der lateinischen Sprache die erste deutsche Zeitschrift „Miscellaneacuriosamedicophysica“ verlegt.

Unter den ersten deutschsprachigen Zeitschriften waren die 1689 begonnenen „monatlichen Unterredungen einiger guter Freunde von allerhand Büchern und anderen annehmlichen Geschichten“ sowie die „Monatsgespräche“ des Christian Thomasius (ab 1688). 1709 erschienen mit der neuen Bibliothek eine weitere Zeitschrift in deutscher Sprache.

³³Edigna, Menhard, Tilo Treede: Die Zeitschrift. Von der Idee zur Vermarktung. Konstanz Verlag 2004.

Im 18. Jahrhundert entwickelten sich daraufhin die Gattungen der Fachzeitschriftz.B. Frauenzeitschrift und im 19. Jahrhundert spielen die illustrierten, wissenschaftlichen Zeitschriften eine fundamentale Rolle für den Fachdiskurs innerhalb der Wissenschaften.

Einer der wichtigsten Zeitschriftentheoretiker war Walter Hagemann.

I.4.2 Die Gattungen der Zeitschrift

Man unterscheidet zwischen Publikumszeitschriften und Fachzeitschriften:

I.4.2.1 Die Publikumszeitschriften

Sie werden unterteilt in General-Interest und Spezial-Interest-Zeitschriften. Zu den General-Interest-Zeitschriften gehören zum Beispiel Illustrierte, Nachrichtenmagazin, Wirtschaftsmagazin, Programmzeitschrift, klassische Frauenzeitschriften wie z.B. Mode, Wellness, Hochglanzmagazine usw., unterhaltende Frauenzeitschriften wie z.B. „Yellow Press“, klassische Männermagazine, Kinderzeitschriften wie „Bummi“ und Jugendzeitschrift wie Bravo, Popcorn usw.

Spezial-Interest-Zeitschriften sind beispielsweise die Filmzeitschrift, Rätselzeitschrift, Sportzeitschrift, Reisemagazine, Populärwissenschaftliche Zeitschrift, Schwulenmagazin, Satiremagazine, Kulturzeitschrift, Stadtmagazin und Independent-Titel.

I.4.2.2 Die Fachzeitschriften

Die Fachzeitschriften (facheinschlägige Publikationen) sind die titelreichste Gattung. Dazu zählen unter anderem Zeitschriften zu bestimmten Themen wie Computer, Sportarten oder Hobbys, Literaturzeitschriften, Wissenschaftszeitschriften oder Kulturzeitschriften.

Unter Corporate Publishing werden alle unternehmensbezogenen medialen Veröffentlichungen verstanden, darunter auch Zeitschriften. Hierbei sind Mitgliederzeitschriften, Kundenzeitschriften und Mitarbeiterzeitschriften besonders zu betonen. Sie erreichen oft hohe Auflagen wie z.B:

1. Alternativzeitschrift
2. Gefangenenzeitung
3. Moralische Wochenschrift
4. Intelligenzblatt
5. Konfessionelle Zeitschrift
6. Die anarchistischen Zeitschriften
7. Literaturzeitschrift

Außerdem kann man grundsätzlich nach ihrer Erscheinungsweise einteilen:

1. Wochenzeitschrift
2. Monatszeitschrift, Monatsheft
3. Quartalsschrift
4. Jahresschrift

I.5 Die Wirtschaftspresse

Austausch von Wissen und Informationen ist uns wichtig. candidus pflegt diesen Austausch mit Vordenkern in Wirtschaft und Wissenschaft in einer Reihe von Veröffentlichungen sowohl in eigenen Publikationen als auch in der Fach- und Wirtschaftspresse

I.6 Die Journalisten

Die Berufsgeschichte des Journalismus ist mit der Geschichte von Zeitung und Zeitschrifteng verbunden. Dieter Paul Baumert unterschied im 1928 vier Zeiträume der Entwicklung des Journalismus in Deutschland als Beruf:

Erstens, bis Mitte des 16. Jahrhunderts war die präjournalistische Phase (eher sporadisches, grundsätzlich nicht berufsmäßig betriebenes Nachrichtenwesen)

Zweitens, bis Mitte des 18. Jahrhunderts war den korrespondierenden/referierenden Journalismus (rein neutral vermittelnde Berichterstattung ohne redaktionelle Bearbeitung)

Drittens, bis Ende des Vormärz war den schriftstellernden rasonierenden Journalismus (geistig anspruchsvolle Flugblatt- und Zeitschriftenliteratur)

Viertens, war den redaktionellen Journalismus seitdem (planmäßiges Zusammenwirken von Nachrichtenwesen und Tagesliteratur)

Alle vier Phasen bezeichnen jeweils nur die dominante Erscheinungsform. Heinz Pürer fügte der Gliederung noch eine fünfte Epoche hinzu., „Aufgrund vor allem seit etwa 1975 eingetretener Veränderungen bei den Techniken der Zeitungsherstellung plädierte er für eine fünfte Phase des redaktionstechnischen Journalismus“³⁴.

³⁴Heinz Pürer „Johannes Raabe : Medien in Deutschland, Band 1 ,Presse 2 Überarbeitete Auflage, Konstanz Verlag 1996, S. 14

Die inhaltliche Entwicklung des Journalistenberufs prägt vier Faktoren:

- Maß der Pressefreiheit
- Verlauf des Parteienbildungsprozesses
- Kommerzialisierung der Presse
- Entwicklung des journalistischen Selbstverständnisses

Bis etwa 1819 entwickelte sich die deutsche Presse etwa gleich wie die Presse in England, den USA und Frankreich, als mit den Karlsbader Beschlüssen die Meinungskontrolle in den deutschen Bundesstaaten vereinheitlicht wurde.

Ende des 18. und in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts bildeten sich in Deutschland zwei Typen von Presse heraus: die Herausgeberpresse und die Verlegerpresse.

Also der Journalist war im 17. und 18. Jahrhundert ein Schriftsteller, der sich mitunter auch als Herausgeber, d.h. Er kann ein Schriftsteller sowie ein Herausgeber sein.

Im Falle des literarischen Journals befasst mit der Rezension neuester wissenschaftlicher Publikationen (Literatur) und im Falle des historischen oder politischen Journals der Kommentator von Zeitungsnachrichten, die zu diesem Zeitpunkt Zeitungen in der Regel ohne Kommentar und anonym abdruckten.

Der Journalist konnte sich jederzeit darauf zurückziehen, er kommentiere die Nachrichten des Korrespondenten lediglich. Er sei für sie selbst jedoch nicht verantwortlich und er trug vornehmlich den instabilen Schutz der Meinungsäußerung.

Die Zeitungen des Typs Herausgeberpresse waren jedoch meist kurzlebig.

Die restriktiven presserechtlich-politischen Rahmenbedingungen ließen sie schnell aufgeben. Aber die Zeitungen des Typs Verlegerpressewaren eher auf den ökonomischen und den politischen Erfolg abgestellt. Solche Zeitungen wie etwa die Vossische Zeitung waren auch die ersten, die ab etwa 1830 Journalisten fest anstellten.

Mit der Einführung eines stabileren Presserechts ab 1871 löste sich der Journalismus vom Journal. Die Analyse und der Kommentar zogen in die Zeitungen ein, die damit Plattformen öffentlicher Debatten wurden.

In der Ausdifferenzierung in Berichterstattung und Kommentar lebt innerhalb der Zeitung die alte Arbeitsteilung fort.

„Gegen Ende des 19. Jahrhunderts wandelte sich der Journalistenberuf selbst von einem Nebenberuf zu einem Lebens-Hauptberuf. Seine Arbeit besteht seit diesen Umschichtungen primär in der Recherche, der Aufarbeitung und dem Angebot von Information in den tagesaktuellen Medien des Drucksektors. Eine starke Schubwirkung auf die Presse ging zudem in den 1870er Jahren von der Parlamentarisierung und der politischen Fraktionierung des gesellschaftlichen Lebens aus“³⁵.

Die Herausbildung der Parteipresse, die schon seit 1840 in Ansätzen begonnen hatte, setzte sich jetzt vollends durch.

Durch den technischen Fortschritt weiteten sich die Funktionen des Journalisten aus. Je nach Betriebsgröße und Organisation werden auch Aufgaben wahrgenommen, die früher ein Setzer, ein Layouter oder ein Mitarbeiter der Lithografie erledigt hat.

Vor allem Hard- und Softwareprodukte in diesem Bereich ermöglichen, dass der schreibende Journalist auf seinem Bildschirm bereits die fertige Seite sieht und noch selbst mitprägen kann.

³⁵Susanne, Fengler, Stephan Ruß-Mohl: Der Journalist als Homo oeconomicus, Konstanz Verlag 2005, <http://www.wikipedia.de>. Siehe Anhang S. XVII

Dementsprechend erweitert sich auch das Spektrum der schreibenden Fähigkeiten um Spezialkenntnisse aus dem Bereich der Bilder-, Grafik- und Layoutwelt, d.h. Die technischen Redakteure können in fast allen Wirtschaftsbereichen Beschäftigung finden, traditionell in den Bereichen Maschinen- und Anlagenbau, bei Hard- und Softwareherstellern und der Unterhaltungselektronik-Industrie.

I.6.1 Berufsbild und Ausbildung des Journalists

Jeder kann ein Journalist oder Journalistin ohne spezielle Voraussetzungen oder einen bestimmten Ausbildungsweg sein, da die Berufsbezeichnung vom Gesetzgeber nicht geschützt wurde. In der Bundesrepublik wird dies mit dem Artikel 5, Absatz 1 des Grundgesetzes begründet, wonach, „...jeder das Recht hat, seine Meinung in Wort, Schrift oder Bild frei zu äußern und zu verbreiten“³⁶.

Trotz dieser ungeschützten Berufsbezeichnung findet das Berufsbild des Deutschen Journalisten-Verbandes weitgehende Anerkennung; ein Journalist, wer hauptberuflich, produktiv oder dispositiv sein soll, d.h. Die Redakteure sind verantwortlich über was und auf welche Weise die Gesellschaft informiert wird und tragen dadurch eine hohe Verantwortung. Sie arbeiten festangestellt oder freiberuflich unter anderem bei Presse, Hörfunk, Fernsehen, Nachrichtenagenturen, Pressediensten und Unternehmen die publizistische Dienstleistungen anbieten.

Auch Pressefotografen und Bildredakteure werden den Journalisten zugeordnet. Die Bezeichnung „Redakteur“ ist ebenfalls nicht geschützt, aber tarifvertraglich festgelegt.

Die frühere Vorstellung vom „Begabungsberuf“ wurde abgelöst durch ein professionelleres Berufsbild mit definierbaren Ausbildungsgängen sowie Kategorien für die fachliche Qualität im Journalismus.

³⁶Hermann Meyn: Massenmedien in Deutschland ,Neuaufgabe, Konstanz Verlag 2004, S.32

Im Wege in den Journalismus ist in der Regel ein Studium Voraussetzung von einer zweijährigen Ausbildung in einer oder mehreren Redaktionen als Volontariat gefolgt. Außerdem die Journalisten brauchen neben Wissen vor allem die Fähigkeit, bereits während des Studiums werden Erfahrungen in Praktika und in freier journalistischer Mitarbeit gesammelt. Weitere Möglichkeiten zum Zugang sind der Besuch einer Journalistenschule oder ein Journalistik bzw. Journalismus-Studium. Das Berufsfeld ist offen für Quereinsteiger, insbesondere mit Spezialwissen.

Die Voraussetzung für den Beruf des Journalisten ist in erster Linie die Kommunikation, sei es im Bereich Sprache, Foto oder Film. Darüber hinaus kommt es auf soziales und gesellschaftspolitisches Verantwortungsbewusstsein, logisches und analytisches Denken, Kreativität sowie Kontaktfähigkeit an. Abgesehen vom Lokaljournalisten, der ein Allrounder sein sollte, sind in den Mantelredaktionen der Printmedien sowie bei Hörfunk und Fernsehen zunehmend Fachleute gefragt.

Das Studium, insbesondere Journalistik und Publizistik, bildet heute meist die Grundlage. Danach sollte ein Volontariat absolviert werden, in dem man die praktische Seite des Berufs kennenlernt.

Die meisten Redaktionen verlangen mittlerweile ein abgeschlossenes Hochschulstudium, bevor sie eine Volontariatsstelle vergeben.

Die Journalistenschulen vermitteln Medienpraxis, da sie praktischer ausgerichtet sind als die Studiengänge an den Universitäten. Sie werden häufig nach dem oder parallel zum Studium besucht.

Bereits während des Studiums sollte praktische Erfahrung, beispielsweise als freier Mitarbeiter in einer Lokalredaktion, gesammelt werden, sonst ist es schwer, eine Volontariatsstelle zu bekommen. Ein Volontariat dauert zwischen 15 und 24 Monaten.

Die Journalisten arbeiten in Printmedien wie z.B. Zeitungen, Zeitschriften und Anzeigenblättern, aber auch im Hörfunk und Fernsehen, Öffentlichkeitsarbeit sowie Nachrichtenagenturen oder Pressebüros. „In Pressestellen haben rund 75 Prozent der

Mitarbeiter eine journalistische Ausbildung absolviert. Eine große Zahl der deutschen Journalisten arbeitet heute parallel als freier Journalist in diesen Bereichen³⁷.

Mit dem Online-Journalismus kamen als jüngstes Tätigkeitsfeld Online-Redaktionen hinzu. Ferner sind Journalisten als Pressesprecher oder Pressereferenten in den Pressestellen z.B. Marketingabteilungen von Wirtschaftsunternehmen, Behörden oder Organisationen tätig.

Im Bereich der Tageszeitungen arbeitet ein großer Teil als Lokaljournalist. Bei überregionalen Tageszeitungen, bei Zeitschriften und in den Bereichen Rundfunk und Fernsehen findet eine Spezialisierung auf bestimmte Ressorts statt, z. B. Nachrichten, Sport, Wirtschaft, Kultur, Musik, Wissenschaft, aber auch für Seitengestaltung, Überschriftenformulierung, Recherche und Koordination.

Wer bei Presse, Hörfunk oder Nachrichtenagenturen Nachrichten innerhalb einer Redaktion bearbeitet, also redigiert, gilt als Redakteur. Dabei werden Bild- und Text-Redakteur unterschieden. Im Gegensatz dazu arbeitet der Reporter vor Ort, etwa bei einem großen Unglück oder einer Naturkatastrophe, recherchiert also die Fakten einer Geschichte.

Ein Korrespondent ist für seine Heimatredaktion (Zeitung, Hörfunk, Fernsehen, Nachrichtenagentur) in der Bundes- oder Landeshauptstadt oder im Ausland tätig. Außerdem gibt es noch den Moderator, der Sendungen entweder im Fernsehen oder im Hörfunk präsentiert.

Laut „Schneider/Raue“ arbeiteten 2003 für Tageszeitungen circa 14.000 Redakteure, für Zeitschriften etwa die Hälfte, rund 8000 für die Rundfunkanstalten und 5000 für Anzeigenblätter³⁸.

³⁷Walther von La Roche: Einführung in den praktischen Journalismus. Econ Verlag, Berlin 2008, aus www.freischreiber.de. Abgerufen am 30.01.2010. Siehe Anhang S. XVII

³⁸Wolf Schneider, Paul Josef Raue: Das neue Handbuch des Journalismus, Reinbek 2003, aus www.freischreiber.de. Abgerufen am 30.01.2010. Siehe Anhang S. XVII

Neben den angestellten Journalisten gibt es auch, rund 40.000 freiberufliche Journalisten³⁹. Besonders bei den themenspezifisch arbeitenden Hauptstadt-Journalisten, wie z.B. Wirtschaftsjournalisten ist dies häufig der Fall, da sich viele kleinere Zeitungen keine eigenen Redakteure in der Hauptstadt bzw. keine für jedes einzelne Ressort leisten können. Diese arbeiten auf Honorar-Basis oder handeln Pauschalverträge aus.

Sie bekommen jedoch keine regelmäßigen Aufträge und müssen ein eigenes Büro unterhalten, dazu müssen sie sich an ihren Kunden und deren Themenwünschen orientieren. Ein freier Journalist im Pressewesen wird nach gedruckten Zeilen honoriert.

Viele Moderatoren im Fernsehen sind freie Journalisten. Neben denjenigen, die sich freiwillig gegen eine Festanstellung entschieden haben und gut verdienen, nimmt das Heer der auftragsknappen oder losen Journalisten mit Nebenjobs ständig zu. Selbst große Medien haben Festangestellte und freie Mitarbeiter entlassen.

Zeitschriften, Fernsehen und Hörfunk sind auf die „Freien“ angewiesen, da diese billiger und flexibler einsetzbar sind und Verlage sowie Zeitungshäuser in den letzten Jahren umfassend rationalisiert haben, da der Kostendruck wegen sinkender Auflagen gestiegen ist. Der Anteil der freien Journalisten an den Inhalten von Zeitungen und Zeitschriften steigt dabei sehr stark an. Nach Recherchen des Berufsverbandes Freischreiber stammen beispielsweise 55 Prozent der Texte im Wissenschaftsmagazin P.M. von freien Journalisten. „60 Prozent ist ihr Anteil am Zeit-Magazin. Bei der Wirtschaftszeitschrift Brand eins sind es nach Angaben des Verbandes sogar 68 Prozent“⁴⁰.

³⁹Wolf Schneider, Paul Josef Raue :Das neue Handbuch des Journalismus, Reinbek 2003, aus www.freischreiber.de. Siehe Anhang S. XVII

⁴⁰<http://www.freischreiber.de>. Siehe Anhang S. XVII

Neben den angestellten und freiberuflichen Journalisten gibt es noch die sogenannten Pauschalisten, die ein Pauschalhonorar bekommen und keine festen Arbeitszeiten haben.

In seiner Arbeit benutzt der Journalist unterschiedliche Darstellungsformen. Neben der reinen Vermittlung von Fakten: Nachricht, Bericht, Fotografie, Film und Interviewfließen in den anderen Darstellungsformen auch persönliche Eindrücke ein wie z.B. Reportage und Feature. Eine ausschließlich persönliche Wertung, Einordnung oder Erklärung eines Sachverhaltes findet sich im Kommentar und in der Glosse.

In dem ersten Kapitel haben wir bemerkt, dass die Zeitung sowie die Presse aus unterschiedlichen Arten, Merkmale und Aspekte bestehen. Überdies lernen wir die Arbeitstechniken des Journalisten.

Kapitel II

**Allgemeine Darstellung der
deutsch-algerischen
Wirtschaftsbeziehungen**

Einführung

In diesem zweiten Kapitel stellen wir die algerische Wirtschaftslage und seine Beziehung zu Deutschland in den politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Bereichen dar; sowie seine Verhältnisse zur Europäischen Union.

Wir erwähnen auch konkrete Beispiele von Kooperationen zwischen Algerien und Deutschland aus Zeitungen.

Schließlich zitieren wir neue Ereignisse aus www.Presse und Nachrichten.de

II Allgemeine Darstellung der deutsch-algerischen Wirtschaftsbeziehungen

II.1 Die Algerische Wirtschaft

Die Struktur der algerischen Volkswirtschaft ist nach einer staatlichen dominierten Rentenwirtschaft auf Basis von Erdöl und Erdgas. Algerien ist viertgrößter Erdgas- und zehnt größter Erdölproduzent der Welt. Der Erlös aus dem Verkauf von Öl und Gas betrug in 2008 rund 97,5% des Exportvolumens und ca. 40% des Bruttoinlandsproduktes. Die algerische Wirtschaft ist wenig diversifiziert. Nahezu alle Konsum- und Industriegüter werden aus dem Ausland bezogen. Der Privatsektor gewinnt nur langsam an Bedeutung.

Dank anhaltend hoher Ölpreise konnte Algerien über Jahre hinweg ein kontinuierliches „BIP“⁴¹-Wachstum von „durchschnittlich 3,5% verzeichnen. Nach einem realen BIP-Wachstum von 3% in 2007 und 2008 geht der „WIF“⁴² für 2009 von einer Wachstumsrate in Höhe von ca. 2,5% aus. Die algerische Außenhandelsbilanz weist für 2008 einen Überschuss von 39,1 Mrd. US-Dollar aus.

Die Devisenreserven sind zum Jahresende 2008 auf rund 240 Mrd. US-Dollar angestiegen.

⁴¹ BIP : Bruttoinlandprodukt, d. h. Es gibt den Gesamtwert aller Güter (Waren und Dienstleistungen) an, die innerhalb eines Jahres innerhalb der Landesgrenzen einer Volkswirtschaft hergestellt wurden und dem Endverbrauch dienen.

⁴²WIF: Webdesign International Festival

Algerien ist nach wie vor um eine Erleichterung des Auslands- schuldendienstes bemüht und hat deshalb seine Auslandsverschuldung konsequent zurückgeführt. So hat es 2006 nahezu sämtliche Schulden gegenüber den Mitgliedstaaten des Pariser Clubs (auch gegenüber Deutschland) vorzeitig zurückgezahlt.

Seit 2005 ist staatlichen Institutionen die Neuaufnahme von Auslandskrediten grundsätzlich untersagt. Entsprechend belief sich die Auslandsverschuldung Ende 2008 auf nur noch 3,9 Mrd. US-Dollar.

Die Inflation stieg 2008 auf „ 4,4% an (2007: 3,6%)“⁴³.

Die „OECD“⁴⁴ hat im April 2005 die Risikokategorie für Algerien von 4 auf 3 verbessert.

Algeriens Wirtschaft ist weiterhin außerordentlich stark vom Energiesektor abhängig, der von der staatlichen Öl- und Gasgesellschaft Sonatrach beherrscht wird. Im 2007 entfielen 98 % der Warenexporterlöse auf den Energiesektor.

Die Regierung plant, bis zum Jahr 2010 die Ölförderung von heute 1,3 Millionen auf 2 Millionen Barrel pro Tag und die Gasförderung auf 85 Milliarden Kubikmeter pro Jahr zu steigern. Dies könnte die Abhängigkeit der algerischen Wirtschaft vom Energiesektor weiter verstärken, zumal wenn die Ölpreise steigen.

Die Diversifikation der Wirtschaft, die stärkere Entwicklung der Wirtschaft außerhalb der Energiewirtschaft, ist deswegen ein Hauptziel der Regierung. Besondere Hoffnungen werden auf die Branchen Transport, Tourismus, Bauwirtschaft und Informationstechnologie gesetzt.

Die Baubranche erhielt bereits einen kräftigen Wachstumsimpuls mit einem staatlichen Investitionsprogramm im Umfang von 60 Milliarden USD, das unter anderem die Errichtung einer Million Neubauwohnungen vorsieht.

⁴³ [http:// www.djazair2003.org](http://www.djazair2003.org). Siehe Anhang S. XVII

⁴⁴ OECD: Organisation for Economic Cooperation and Development, d.h. Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, ist eine Internationale Organisation mit 34 Mitgliedstaaten, die sich der Demokratie und Marktwirtschaft verpflichtet fühlen.

Der Hydrokarbonsektor generiert zwar hohe Einnahmen, schafft aber nur wenige Arbeitsplätze. Erklärtes Ziel der Regierung ist daher seit Jahren die Schaffung von Wachstum und Beschäftigung außerhalb des Energiesektors. Bereits Ende der 1980er Jahre hat Algerien den Weg von der sozialistischen Planwirtschaft zur Marktwirtschaft eingeschlagen. Nach der weitgehenden Überwindung des islamistischen Terrors der 1990er Jahre führt die Regierung den Reformkurs fort. Der Handel ist bereits seit langem liberalisiert, Strukturreformen durch Privatisierung von Staatsbetrieben und Banken erweisen sich jedoch angesichts der ohnehin hohen Arbeitslosigkeit als schwierig.

Die Regierung bemüht sich, durch staatliche Unterstützungsprogramme, vor allem für kleine und mittlere Unternehmen und die Landwirtschaft, den Privatsektor zu stärken und so die Entstehung von Arbeitsplätzen zu fördern.

In der Landwirtschaft werden hauptsächlich Getreide, Oliven, Zitrusfrüchte und Datteln angebaut. Auf einem geringen Teil der Landfläche wird der Weinanbau immer interessanter. Erdgas und Erdöl werden seit Jahren gefördert und exportiert. An den Küsten sind Hotels für ausländische Touristen vorhanden, spielen in der Gesamtwirtschaft aber nur eine untergeordnete Rolle.

Die Wälder bedecken nur 1 Prozent der Gesamtfläche des Landes. In den siebziger Jahren wurden verschiedene Projekte zur Wiederaufforstung eingeleitet. Holz wird im Land hauptsächlich als Brennmaterial und, ebenso wie Kork, für industrielle und kommerzielle Zwecke verwendet, Baumrinde dient als Rohstoff für die Gerbereien. Aus Holz stellt man außerdem Holzkohle her, ebenfalls ein wichtiger Brennstoff.

Die Fischereiindustrie nimmt eine wichtige Stellung in Algerien ein. Der Großteil des Fanges besteht aus Sardinen, Anchovis, Sprotten, Thunfischen und Schalentieren.

„Die Arbeitslosenquote lag 2008 laut Angaben der nationalen Statistikbehörde bei 11,3%, was einen Rückgang zum Vorjahreswert darstellt (2007: 13,8%). Die hohe Jugendarbeitslosigkeit bleibt Algeriens Stabilitätsrisiko Nr.1. Insgesamt sind über 25%

der unter 20-jährigen arbeitslos (in Städten über 30%). Mehr als 75% aller Arbeitslosen sind jünger als 30 Jahre⁴⁵.

Algerien hat einen enormen Bedarf an Modernisierung seiner Infrastruktur. Während der ersten Amtszeit von Staatspräsident Bouteflika investierte der Staat rund 30 Mrd. USD zur Entwicklung von Infrastruktur und Humanressourcen. Nach seiner Wiederwahl im April 2004 legte Bouteflika ein zweites Programm zur Wiederankurbelung der Wirtschaft in Höhe von 50 Mrd. US-Dollar, verteilt auf fünf Jahre an. Die Summe wurde zwischenzeitlich mehrfach erhöht und beläuft sich, einschließlich zweier Regionalprogramme zur Entwicklung der sog. Hauts-Plateaux und des Südens auf nunmehr ca. 150 Mrd. US-Dollar. Zwischen 2010 und 2014 sollen erneut laut Ankündigungen des Präsidenten im Zuge seiner Wiederwahl im April 2009 weitere 150 Mrd. US-Dollar in die Modernisierung der Infrastruktur investiert werden.

Die Regierung hat zahlreiche große Projekte in Angriff genommen, u.a. die rund 1.200 km lange Ost-West-Autobahn, ein Schnellbahn- und Untergrundbahnnetz in Algier, Kraftwerke, Staudämme und Meerwasserentsalzungsanlagen, die Erneuerung des gesamten Wasserleitungssystems, ein Programm des sozialen Wohnungsbaus mit rund 1 Million Neubauwohnungen sowie den Bau von 60 neuen Krankenhäusern, die Rehabilitierung und den Ausbau des Eisenbahnnetzes. Dieses Netz ist einer der wichtigsten Eisenbahnlinien Algeriens und es ist auf Nordalgerien konzentriert.

Die wichtigsten Hafenstädte sind Algier, Annaba, Oran, Bejaia, Skikda und Arzew, von denen Fährverbindungen über das Mittelmeer ausgehen.

Das Schienennetz der Algerischen Eisenbahn (SNTF) hat eine Länge von 3.810 Kilometern, wovon 386,3 Kilometer elektrifiziert sind. Die wichtigste Bahnstrecke des algerischen Schienenverkehrs verläuft in West-Ost-Richtung meist im Tellatlas parallel zur Küste und hat Anschluss an das marokkanische und tunesische Eisenbahnnetz. Von ihr gehen Stichstrecken sowohl zu den Hafenstädten als auch nach Süden an den Rand der Sahara aus.

⁴⁵ <http://www.djazair2003.org>. Siehe Anhang S. XVII

Für das im Jahr 2009 in Algier eröffnete, 160 km/h schnelle S-Bahn-System wurden 64 vierteilige elektrische Triebzüge der Bauart FLIRT bei Stadler in der Schweiz bestellt.

Die Straßen (insgesamt 90.000 Kilometer, davon ist die Hälfte asphaltiert) gehen südlich des Atlasgebirges meist in Wüstenpisten über. Die befestigten Straßen im Süden des Landes verlaufen im Wesentlichen in Nord-Süd-Richtung und verbinden Algerien mit den Nachbarstaaten Niger (N 1) und Mali (N 6) sowie der Grenzregion zwischen Mauretanien und der von Marokko beanspruchten West-Sahara (N 50).

Der neue internationale Flughafen in Algier wurde nach langjähriger Bauzeit am 5. Juli 2006 in Betrieb genommen.

Trotzdem gibt es Internationale Flughäfen unter anderem in Algier (ALG), Oran (ORN), Annaba (AAE) und Chlef (QAS).

Da die Verkehrsinfrastruktur die wirtschaftliche Entwicklung Algeriens besonders hemmt, hat die Regierung im Jahr 2005 einen Fünf-Jahres-Plan ausgearbeitet, nach dem die Verkehrsinfrastruktur durch Joint Ventures mit dem privaten Sektor modernisiert werden soll. Großes Aufholpotential besteht verglichen mit den Nachbarländern auch im Tourismus. 70 Prozent der heutigen Touristen sind Algerier, die Freunde oder die Familie besuchen.

Zur Steigerung seiner Exportkapazitäten baut Algerien seine LNG-Anlagen und seine Exportpipelines aus und errichtet weitere Exportpipelines.

Die beiden Erdgaspipelines, die Algerien mit Europa verbinden, werden ausgebaut:

„Zum einen die 1.070 km lange Transmed-Pipeline, auch Enrico-Mattei-Pipeline genannt, von HassiR'Mel in der algerischen Sahara über Tunesien nach Sizilien. Die 1978–1983 gebaute Pipeline, die seit 1994 nach einer Erweiterung über eine Jahreskapazität von 24 Mrd. Kubikmetern verfügt, soll bis 2012 weiter auf 33,5 Mrd. Kubikmeter ausgebaut werden“⁴⁶.

⁴⁶ <http://www.ixpo.de>. Siehe Anhang S. XVII

Zum anderen die 1.375 km lange Maghreb-Europa-Gas-Pipeline, auch Pedro-Duran-Farrel-Pipeline genannt, von HassiR'Mel über Marokko und die Straße von Gibraltar nach Andalusien. Die im November 1996 eröffnete Pipeline hat eine Jahreskapazität von 8,6 Mrd. Kubikmeter, die auf 11,7 Mrd. Kubikmeter erweitert werden soll.

Zusätzlich zum Ausbau der bestehenden Pipelines sind neue Pipelines von Algerien nach Italien und nach Spanien im Bau bzw. in der Planung.

Die Medgaz (www.medgaz.com) wird von Beni Saf (bei Oran) in das 200 km entfernte spanische Almeria führen; noch 2009 sollen durch die Pipeline, deren Verlegung Mitte 2008 vorbereitet wurde, jährlich 8 Mrd. Kubikmeter Erdgas geleitet werden, die zum Teil nach Frankreich an die Gaz de France weiterfließen werden.

Die GALSI-Pipeline von HassiR'Mel über das algerische ElKala nach Sardinien und von dort nach Norditalien; die rund 1.500 km lange Pipeline soll spätestens von 2010 an jährlich 10 Mrd. Kubikmeter Erdgas transportieren.

Längerfristig vorgesehen ist ein Anschluss an die geplante 4.128 km lange Transsahara-Pipeline von Nigeria nach Algerien. Sie soll bis 2015 errichtet werden und bis zu 30 Mrd. Kubikmeter nigerianisches Erdgas für Europa bereitstellen.

II.1.1 Die Ausländischen Direktinvestitionen

Nach Angaben der Nationalen Investitionsförderungsagentur „(ANDI) wurden im 2007 in Algerien ausländische Direktinvestitionen in Höhe von rund 2,2 Mrd. US-Dollar getätigt bzw. beschlossen (2006: 1,8 Mrd. US-Dollar)⁴⁷. Herkunftsländer sind neben Europa und den USA zunehmend auch arabische Staaten.

Wie bisher wird der Großteil der Investitionen im Energiesektor getätigt; jedoch erfolgen auch zunehmend Zuflüsse in anderen Bereichen (u.a. Lebensmittel, Telekommunikation, Banken, Infrastruktur, Elektrotechnik, Baustoffe).

Die deutsch-algerische Industrie- und Handelskammer und die Agentur „Myriade Communication“ haben beschlossen, ihre Bemühungen zur Förderung der erneuerbaren Energien und der nachhaltigen Entwicklung in Algerien im Jahr 2012 gemeinsam voranzutreiben.

Ohne Zweifel wird Algerien als Absatzmarkt für Anbieter von Technologien zur erneuerbaren Energiegewinnung immer interessanter.

Im Februar 2011 hat die algerische Regierung einen neuen Masterplan zur Entwicklung Erneuerbarer Energien und Energieeffizienz bis 2030 abgesegnet. Der Masterplan sieht vor, neue Kapazitäten aus Erneuerbarer Energien von insgesamt 12 000 MW bis 2030 für den lokalen Markt zu installieren. Davon sollen 2 000 MW aus Windkraft, 2 800 MW aus Photovoltaikanlagen und 7 200 MW aus Solarthermie gewonnen werden.

Für diese Ziele stellt die Regierung 60-70 Mrd. USD zur Verfügung.

Grade ist der Solartechnologiepark der NEW EnergyAlgeria (NEAL) und der spanischen Gruppe ABENER in Hassi Rmel mit einem Hybridkraftwerk auf der Basis von Solarenergie (Concentrating Solar Power, CSP) und Gas mit einer Kapazität von 150 MW, davon etwa 25 MW aus Solarenergie, auf einer Fläche von fast 60 ha fertig

⁴⁷ <http://www.ixpo.de>. Siehe Anhang S. XVII

gestellt. Hierbei kommt auch deutsche Technologie zum Einsatz (Schott AG und Solar Millenium).

Ebenso zählt hierzu der Windpark in der Region Adrar, das Projekt wurde Ende 2010 an das französische Konsortium CEGELEC vergeben, mit Einsatz deutscher Technologie (Enercon), sowie der Solarturm in Tipasa, dessen Machbarkeitsstudie im Herbst 2010 mit dem Solarinstitut Jülich und den Kraftanlagen München GmbH im Auftrag des Forschungsministeriums abgeschlossen wurde. Ein deutscher Photovoltaikanlagenbauer, Centrotherm hat gemeinsam mit dem deutschen Ableger des US-Unternehmens Kinetic Anfang Februar 2011 einen 290 Mio. € Auftrag des staatlichen Stromversorgers Sonelgaz für den Bau einer Solarmodulfabrik in Rouiba gewonnen.

Zwei Messen treffen sich zum Thema grüne Wirtschaft in Oran:

Daher werden vom 15. bis zum 17. Oktober 2012 zum ersten Mal zwei bestehende Messen zusammengelegt, welche sich im „Centre des conventions“ in Oran Seite an Seite diesen zentralen Themen der Zukunft widmen werden. Zum einen handelt es sich dabei um die „ERA“, welche jährlich von der Agentur Myriade Communication organisiert wird, zum anderen um die „EnviroAlgérie“, eine zweijährlich stattfindende Messe, die von der AHK Algerien durchgeführt wird.

Dieser in Algerien einzigartige Versuch soll zeigen, dass Komplementaritäten möglich sind, sobald der gemeinsame Wille entsteht Synergien im Bereich der sauberen bzw. der neuen Energien zu erzeugen, welche zum Vorteil aller Fachleute aus Industrie und Wissenschaft sind.

Drei Erfordernisse bilden die Basis für diesen innovativen Ansatz. Zum einen soll ein Beitrag zu den staatlichen Bemühungen, die Sensibilität für diesen Schlüsselsektor unserer energietechnischen Zukunft zu erhöhen, geleistet werden. Des Weiteren soll diese Veranstaltung das nationale Programm zur Entwicklung der neuen und erneuerbaren Energien sowie der Energieeffizienz auf professionelle Art und Weise begleiten und drittens soll sie die Austauschmöglichkeiten für Fachleuten, welche letztendlich die einzigen sind, die neue Technologien, Erfindungen und

Forschungsprojekte in diesem Bereich tatsächlich erläutern können, verbessern und erweitern.

Auf einer Ausstellungsfläche von 10.000 m² haben Unternehmen aus den Bereichen erneuerbare Energien, Energieeffizienz, Wasserwirtschaft, Abfallwirtschaft und nachhaltige Entwicklung die Möglichkeit, ihre neuesten Technologien, Produkte und Dienstleistungen vorzustellen.

Darüber hinaus ermöglicht die Konferenz, die parallel zur Ausstellung stattfindet, nationalen sowie internationalen Unternehmen, ihr Know-how sowie ausgereifte Technologien in den Bereichen Umwelt, Wasserversorgung und -entsorgung, Abfallwirtschaft, erneuerbare Energien sowie Energieeffizienz vor Ort zu präsentieren, ihre Position auf dem algerischen und nordafrikanischen Markt zu stärken und Kontakte zu algerischen Entscheidungsträgern herzustellen. Dies dient der Intensivierung des Technologietransfers und der Bildung von strategischen Kooperationen. Die „AHK“⁴⁸ Algerien wird an allen drei Veranstaltungstagen für die Aussteller und Teilnehmer der Fachkonferenz „B2B“⁴⁹ Gespräche mit potentiellen algerischen Partnern organisieren.

⁴⁸ AHK: Deutsch-algerische Industrie und Handelskammer, d.h. Deutsche Auslandshandelskammer, kurz AHKs, gibt es in allen Ländern, die für die deutsche Wirtschaft von besonders Interesse sind.

⁴⁹B2B: Business to business wird allgemein für Beziehungen zwischen mindestens zwei Unternehmen benutzt. Im Gegensatz zu Beziehungen zwischen Unternehmen und anderen Gruppen (z. B. Konsumenten (Business-to-Consumer), also Privatpersonen als Kunden, Mitarbeitern oder der öffentlichen Verwaltung).

II.1.1.1 Der Außenhandel

Die Statistik der wichtigsten Handelspartner spiegelt, neben den traditionell engen Handelsbeziehungen mit Europa, auch das wachsende Interesse außereuropäischer Partner an Algerien wider. Deutschland war im Jahr 2008 nach Frankreich, Italien, China und den USA mit einem Volumen von 2,33, US-Dollar fünft wichtigstem Lieferanten für Algerien. Die wichtigsten Abnehmer für algerische Exporte (Erdöl, Erdgas und Raffinerieprodukte) waren im Jahr 2008 die USA und Italien. Als Energielieferland gewinnt Algerien zunehmend auch für Deutschland an Bedeutung.

Der Wechselkurs der nationalen Währung (algerische Dinar = DZD) liegt bei rund „96, 55,4 DZD für 1,- Euro (April 2009)“⁵⁰.

Später hat Algerien mit deutscher Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) bzw. „GmbH“⁵¹ zusammengearbeitet.

Die Arbeit von GTZ International Services ist in Algerien vor allem von den Themengebieten Wirtschaftsreform und Umwelt geprägt. So beraten wir beispielsweise das Industrieministerium bezüglich der entstehenden Euro-Mediterranen Freihandelszone und im Zuge der algerischen Transformation von einer Plan- zur Marktwirtschaft. In diesem Zusammenhang erarbeiten wir auch eine wettbewerbsorientierte Industriepolitik und unterstützen die Anpassung des algerischen Rechtssystems an die marktwirtschaftlichen Anforderungen.

Es gibt auch andere Projekte, sie adressieren die industrielle Umweltverschmutzung in Algerien: Im Auftrag der Weltbank sind wir an der Schaffung neuer Umweltinstitutionen beteiligt und stärken die Umweltgesetzgebung beispielsweise, indem wir Rahmenbedingungen zur Entsorgung gefährlicher Industriegüter erarbeiten

⁵⁰ [http:// www.wto.org](http://www.wto.org). Siehe Anhang S. XVII

⁵¹GmbH: Gesellschaft mit beschränkter Haftung, weithin bekannt als „GmbH“, ist die am weitesten verbreitete Rechtsform in Deutschland. Der Grund dafür liegt in der Beschränkung der Haftung. Die GmbH ist eine Kapitalgesellschaft mit eigenständiger Rechtspersönlichkeit.

oder den Bau der Sondermüllanlage in BirelAter planerisch unterstützen; wie zum Beispiel:

-Die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Statistik zwischen der EU und den Mittelmeer-Partnerländern (MEDSTAT)

-Die Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung der Provinzen Annaba und ElTarf

-Die Assistance to the Modernisation of the Ministry of Industry (EuropäischeKommission)

-Die Kontrolle industrieller Umweltverschmutzung (Weltbank)

Neben der deutschen Bundesregierung können auch internationale Institutionen, Regierungen, Stiftungen und weltweit agierende Unternehmen die GIZ beauftragen. Diese Kunden betreut in der GIZ der Geschäftsbereich International Services (GIZ IS). Sie profitieren von 35 Jahren praktischer Erfahrung in der internationalen Zusammenarbeit und von dem Wissen aus über 10.000 Programmen und Projekten. Diese hat die GIZ in mehr als 120 Ländern und in über 100 Fachgebieten erfolgreich realisiert.

Die Kunden von „GIZ IS“ können auf eine besonders hohe Seriosität und Integrität vertrauen. Die transparenten Verfahren minimieren Korruption, insbesondere im Bereich Projekt- und Finanzmanagement. So erhalten die Kunden verlässliche Qualität von einem Bundesunternehmen seriös, integer und transparent „Made in Germany“. GIZ IS unterstützt als Geschäftsbereich die deutsche Bundesregierung ebenfalls dabei, ihre entwicklungspolitischen Ziele zu erreichen, sowie die Wirkung und Sichtbarkeit der deutschen Technischen Zusammenarbeit zu steigern.

Erwirtschaftete Gewinne fließen ausnahmslos wieder in Vorhaben der Entwicklungszusammenarbeit. Jedes neue Vorhaben bedarf der Zustimmung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) und des Auswärtigen Amtes.

Die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) bietet seinen Kunden hochkompetente und leistungsfähige Teams aus deutschen, internationalen und lokalen Fachleuten. Dank dieses breitgefächerten, jeweils individuell auf die Programme zugeschnittenen Know-how, ist GIZ IS in der Lage, auch hochkomplexe Herausforderungen zu meistern.

GIZ IS arbeitet nach dem Leitbild der nachhaltigen Entwicklung der GIZ und realisiert Programme gemeinsam mit den Kunden. Dies garantiert vor Ort eine hohe Identifikation aller Beteiligten mit den Programmen und führt zu dauerhaften Wirkungen.

Die Kunden von GIZ IS möchten ihre Ressourcen effektiv und effizient einsetzen. Deshalb unterstützt GIZ IS Partner und Institutionen durch gezielte Entwicklungsfähigkeit.

II.1.1.2 Mitgliedschaft in Wirtschaftsgruppen

Algerien hat am 22. April 2002 ein Assoziierungsabkommen mit der EU geschlossen, das am 1. September 2005 in Kraft trat. Zu den Zielen des Abkommens gehört die Schaffung einer regionalen Freihandelszone durch den schrittweisen Abbau von Handelshemmnissen in einem Zeitraum von 12 bis 15 Jahren nach in Kraft treten.

Algerien führt außerdem intensive Verhandlungen zur Aufnahme in die Welthandelsorganisation WTO. Es ist Mitglied im Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen (ECOSOC).

Daneben arbeitet die AHK Algerien im Zusammenhang mit der deutschen Unternehmen:

„Mit 700“⁵² deutschen und algerischen Mitgliedsunternehmen genießt die Deutsch-Algerische Industrie- und Handelskammer (AHK Algerien) aufgrund ihrer paritätischen Besetzung seit mehr als 5 Jahren einen ausgezeichneten Ruf sowohl bei den offiziellen Stellen als auch bei den Unternehmen beider Länder.

Die AHK Algerien wird wie eine Brücke zwischen zwei Nationen bezeichnet. Sie besteht aus einige Vorteile:

- Geschäfts- und Kontaktvermittlung zwischen Mitgliedern durch die AHK Algerien.
- Interessenvertretung durch die AHK Algerien gegenüber staatlichen Einrichtungen.
- Teilnahme an allen Gesprächsrunden / Seminaren / Veranstaltungen, die regelmäßig von der AHK Algerien organisiert werden (z.B. mtl. stattfindender Mitglieder-Stammtisch) .
- Bezug der vierteljährlich erscheinenden Kammerzeitschrift „Bilatérale“. Unsere AHK-Dienstleistungen und Publikationen kostenlos oder zu ermäßigten Preisen .

⁵² [http:// www.wto.org](http://www.wto.org). Siehe Anhang S. XVII

-Ermäßigte Preise bei verschiedenen Hotels und Fluggesellschaften in Algerien.

-Vielseitiges Seminar- und Weiterbildungsangebot zu ermäßigten Mitgliedspreisen.

Im Jahre 2012 wird die AHK Algerien in Zusammenarbeit mit der IHK Würzburg-Schweinfurt ein Projekt zur Förderung des Absatzes bayerischer Produkte und Dienstleistungen in Algerien durchführen. Im Rahmen des Projektes soll bayerischen Unternehmen durch intensive Beratung sowie Vermittlung zuverlässiger algerischer Geschäftspartner ein erfolgreicher Markteintritt ermöglicht werden.

„Mit einem Bruttoinlandsprodukt von ca. 160,3 Mrd. USD war Algerien in 2010 die viertgrößte Volkswirtschaft Afrikas. Die Devisenreserven betragen derzeit über 170 Mrd. USD, die Auslandsschulden sind sehr gering.

Das Wirtschaftswachstum entwickelt sich nach Einschätzung der GTAI weiterhin positiv (+4% in 2011 und +4,1% in 2012). Bis Ende 2014 läuft ein Investitionsprogramm von insgesamt 286 Mrd. USD, mit dem die Infrastruktur ausgebaut und das Gesundheits- und das Bildungswesen modernisiert werden sollen⁵³. Das Programm wird vollständig aus eigenen Mitteln finanziert. Algerien ist mit seinen fast 35 Millionen Einwohnern ein klassisches Importland und hat einen enormen Erneuerungsbedarf auf allen Gebieten. Aufgrund der guten Zusammenarbeit während der 70er und 80er Jahre sowie der qualitativ hochwertigen deutschen Erzeugnisse und des Know-Hows sind deutsche Produkte in Algerien sehr geschätzt. Einige deutsche Unternehmen konnten in der jüngsten Vergangenheit wieder Erfolge auf dem algerischen Markt verzeichnen. „Die deutschen Exporte nach Algerien haben sich in den letzten Jahren stark erhöht und betragen 2010 2,4 Mrd. USD und im ersten Halbjahr 2011 1,3 Mrd. USD⁵⁴.

⁵³ www.wto.org am 11.05.2011 Siehe Anhang S. XVII

⁵⁴ www.wto.org am 11.05.2011 Siehe Anhang S. XVII

Algerien ist der drittichtigste Absatzmarkt der bayerischen Wirtschaft auf dem afrikanischen Kontinent.

Der Freistaat Bayern fördert Projekte des AWZs aus Mitteln der High-Tech-Offensive Zukunft Bayern. Gefördert werden alle Unternehmen mit Sitz in Bayern, die die Definition der kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) durch die EU-Kommission erfüllen, d.h.: weniger als 250 Beschäftigte haben, Umsatz nicht über 50 Mio. Euro oder Bilanzsumme, nicht über 43 Mio. Euro erzielen, nicht mehr als 25 % im Besitz eines Unternehmens, das diese Definition nicht erfüllt und keine offensichtliche Insolvenzgefährdung.

Die Markterschließung Algerien – Chancen „(AWZ-Projekt)“⁵⁵ basiert auf zwei Schwerpunkte: die Umwelttechnologie und Gesundheitswesen.

Erstens: die Umwelttechnologien

Die unkontrollierte Urbanisation in den Ballungszentren, die durch den Druck des hohen Bevölkerungswachstums entstanden ist, sowie mangelnde Infrastruktureinrichtungen (Kläranlagen, Abfall und Sonderabfallanlagen usw.) haben die Umweltsituation Algeriens in den vergangenen Jahren kontinuierlich verschlechtert. „Allein für Wasser- und Abwasserprojekte plant die Regierung Investitionen in Höhe von 20 Mrd. USD bis 2014. Ein weiterer wichtiger Bereich sind die erneuerbaren Energien, für deren Ausbau bis 2030 70 Mrd. USD investiert werden, um damit einen Anteil von 30% am Stromverbrauch zu erzielen“⁵⁶.

⁵⁵AWZ: AllesWas Zählt

AWZ-Projekt Markterschließung Algerien – Chancen für Umwelttechnologie und Gesundheitswesen.

⁵⁶ www.google.de/ahk.de/am 20.05.2012/Siehe Anhang S. XVII

Zweitens: Gesundheitswesen

Ein wichtiger Bereich des Investitionsprogramms der Regierung für 2010-2014 ist die Modernisierung und der Ausbau des Gesundheitssektors.

„Das Programm sieht unter anderem den Bau von 172 Krankenhäusern, 377 Polikliniken und 45 Gesundheitszentren bis 2014 vor. Bis 2025 sollen zudem 86.000 neue Betten zur Verfügung gestellt werden. Dafür stellt die Regierung 20 Mrd. USD bis 2025 bereit.

Der Markt für Medizintechnik wird von Einfuhren dominiert, die sich in den ersten neun Monaten des Jahres 2010 auf 147 Mio. USD beliefen - pharmazeutische Importe auf 1,12 Mrd. USD. Diese Zahlen sprechen für sich und erklären den enormen Bedarf⁵⁷.

Das Projektverlaufs der Markterschließung Algerien bietet vier Phasen zum Erfolg:

Die erste Phase: Informationen

- Informationsveranstaltungen in Bayern für geeignete und interessierte Unternehmen.
- im Rahmen von Gesprächen in den Unternehmen findet eine individuelle Erstberatung durch Marktexperten zum Zielland Algerien statt.

Die zweite Phase: Vorbereitung

- Gemeinsame Erarbeitung eines Firmenprofils Festlegung von Alleinstellungsmerkmalen und Zielgruppen.
- Erstellung eines Firmenprofils in französischer Sprache.
- Ansprache potenzieller Geschäftspartner.
- Kontaktaufnahme und Terminvereinbarung.

⁵⁷ www.ixpo.de am 20.02.2010/Siehe Anhang S. XVII

Die dritte PHASE: Kooperationsgespräche in Algerien

- Gemeinsame Unternehmerreise nach Algerien.
- Die Teilnahme an einer Informationsveranstaltung bzw. Fachseminar zur Vorbereitung.
- Die Beratung von Branchenexperten hinsichtlich Recht, Steuern und Kultur intensive Vorbereitung auf die Gespräche mit den algerischen Unternehmen.

Die vierte Phase: Nachbesprechung

- Analyse der geführten Gespräche
- Die Vorbereitung auf weitere Treffen und eventuelle Betriebsbesuche
- Abschlussbericht

II.2 Die algerischen Beziehungen mit Deutschland

Seit der Unabhängigkeit Algeriens im Jahr 1962 beteiligen sich deutsche Unternehmen als verlässliche Partner am Aufbau und der Entwicklung der algerischen Volkswirtschaft. Ein großer Teil der algerischen Industrieanlagen aus den 1970er und 80er Jahren ist deutschen Ursprungs.

Heute kommt das Land mit seinem enormen Modernisierungsbedarf bei Industrieanlagen und Infrastruktur der deutschen Produktionspalette in idealer Weise entgegen. Deutsche Produkte genießen von jeher einen ausgezeichneten Ruf. „Dagegen gibt es zwischen Algerien und Deutschland seit der algerischen Unabhängigkeit gute Beziehungen entschieden durch die Anzahl der Verträge der Gas und Erdöllieferung“⁵⁸.

Deutschland importierte 2008 Waren im Wert von 2,58 Mrd. US-Dollar aus Algerien, zu einem Anteil von 98,5% Erdöl und Mineralölerzeugnisse. Der Gesamtwert des deutschen Exports lag im gleichen Zeitraum bei 2,33 Mrd. US-Dollar. Die wichtigsten Ausfuhr Güter sind Maschinen, Fahrzeuge, sowie elektrotechnische und chemische Erzeugnisse.

Etwa 200 deutsche Unternehmen sind bereits mit Niederlassungen, Repräsentanzen und Verbindungsbüros in Algerien vertreten.

Die Eröffnung des Büros eines „Koordinators der deutsch-algerischen Wirtschaftsbeziehungen“ im November 2004 in Algier war ein entscheidender Schritt zur besseren Erschließung der Geschäftsmöglichkeiten des algerischen Marktes für deutsche Unternehmen. Auf Initiative des Koordinators, Andreas Hergenröther, wurde im Februar 2005 der deutsch-algerische Unternehmerverband APREAA gegründet. Der Verband wurde am 3. Oktober 2005 in eine bilaterale Handelskammer umgewandelt.

⁵⁸Elkorso, Kamel, l'Algérie et la presse allemande, une vue ou une image ? Imago revue n°1, 1998.

Die deutsch-algerische Handelskammer ist seitdem Teil des Außenhandelskammernetzes des DIHK. Am 1. Juni 2006 wurde die AHK Algerien, anlässlich eines Besuchs des DIHK-Hauptgeschäftsführer Dr. Wansleben gemeinsam mit dem algerischen Handelsminister Djaaboub offiziell eröffnet.

Wichtig ist die Teilnahme deutscher Aussteller an der jährlich Anfang Juni stattfindenden Internationalen Messe in Algier „FIA - Foire Internationale d'Alger“.

Die Messeteilnahme wird vom Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie gefördert. Im Juni 2008 beteiligten sich zum achten Mal in Folge mehr als 50 Unternehmen am deutschen Gemeinschaftsstand. Auch im Jahr 2009 wird die Bundesbeteiligung an der FIA fortgesetzt. Die 42. Ausgabe der Messe findet in diesem Jahr zwischen dem 30. Mai und dem 04. Juni 2009 statt.

Im Juli 2005 hat die Lufthansa den Direktverkehr zwischen Frankfurt und Algier nach einer Unterbrechung von 15 Jahren wieder aufgenommen.

Deutschland und Algerien unterhalten ein Investitionsschutzabkommen und ein Schifffahrtsabkommen. Ein neues Luftverkehrsabkommen ist in Vorbereitung.

Ein Doppelbesteuerungsabkommen ist im Dezember 2008 in Kraft getreten.

II.2.1 Die politischen Beziehungen

Die politischen Beziehungen zwischen Algerien und Deutschland sind traditionell gut und freundschaftlich. Auch in den 90er Jahren, als Algerien in beispielloser Weise vom islamistischen Terrorismus heimgesucht wurde, wurden diplomatische Kontakte aufrechterhalten.

Algerien hat inzwischen seine aus diesen "schwarzen Jahren" rührende Außenpolitische Isolation überwunden und ist als aktiver Spieler auf die politische Bühne zurückgekehrt; das Land festigt kontinuierlich seine Stellung als Regionalmacht in Afrika und im arabischen Raum sowie als Gesprächspartner des Westens.

Die Beziehungen zwischen Deutschland und Algerien befinden sich seitdem in einem kontinuierlichen Aufschwung. Anfang April 2001 hat Präsident Bouteflika als erster algerischer Präsident einen offiziellen Besuch abgestattet.

Der Besuch von Bundeskanzler Schröder im Oktober 2004 war der erste Besuch eines deutschen Bundeskanzlers in Algerien seit 30 Jahren und stellte einen bedeutenden Schritt zur Fortentwicklung der deutsch-algerischen Beziehungen dar. „Er wollte einen Kurs der Öffnung in Algerien unterstützen“⁵⁹.

Bundespräsident Köhler besuchte im November 2007 als erstes deutsches Staatsoberhaupt Algerien. Bundeskanzlerin Merkel reiste im Juli 2008 nach Algerien und wurde dabei von einer wichtigen Wirtschaftsdelegation begleitet.

Auf Einladung der Bundesregierung hielt sich Staatspräsident Bouteflika von 07. bis 09. Dezember 2010 in Berlin auf.

⁵⁹Presse – und Informationsamt der Bundesregierung, Die Welt, 18-10-2004, S 4

II.2.2 Die wirtschaftlichen Beziehungen

Nach weitgehender Überwindung der innenpolitischen Krise der 1990er Jahre und wirtschaftlicher Erholung bergen die Beziehungen heute ein enormes Potenzial. Algerien gewinnt als Energielieferant für Europa zusehends an Bedeutung. Weltweit steht Algerien bei der Erdölproduktion auf Platz elf beim Erdgas auf Platz vier der wichtigsten Produzenten. Sein Modernisierungsbedarf bei Industrieanlagen und Infrastruktur kommt der deutschen Produktionspalette entgegen. Die deutschen Direktinvestitionen der letzten Jahre summieren sich auf ca. 350 Mio. Euro, darunter mehrere bedeutende Joint Ventures wie zum Beispiel bei der Herstellung von Industriegasen und im Bereich der Elektrifizierung der Eisenbahn. Über 150 deutsche Unternehmen sind bereits mit Niederlassungen, Verbindungsbüros und Handelsvertretern auf dem algerischen Markt aktiv.

„Der deutsch-algerische Unternehmensverband APREAA wurde am 3. Oktober 2005 in eine bilaterale Handelskammer umgewandelt und ist seitdem Teil des Außenhandelskammernetzes des DIHK. Am 1. Juni 2006 wurde die AHK Algerien offiziell eröffnet. Sie hat derzeit rund 600 Mitglieder“⁶⁰.

⁶⁰ <http://www.ahk.de> am 03.09.2012

Deutschland importierte 2008 Waren im Wert von 2,58 Mrd. US-Dollar aus

Algerien, zu einem Anteil von 98,5 Prozent Erdöl und Mineralölerzeugnisse.

Der Gesamtwert des deutschen Exports lag 2008 bei 2,33 Mrd. US-Dollar. Die

wichtigste Ausfuhr Güter sind Maschinen, Fahrzeuge, sowie elektrotechnische

und chemische Erzeugnisse.

Deutschland und Algerien unterhalten ein Investitionsschutzabkommen, ein

Schiffahrtsabkommen sowie ein Abkommen zur Vermeidung von

Doppelbesteuerung, das im Dezember 2008 in Kraft trat. Ein neues

Luftverkehrsabkommen ist in Vorbereitung.

II.2.3 Die kulturellen Beziehungen

In bilateralen Zusammenarbeit wollen Deutschland und Algerien vor allem in drei Bereichen vertiefen, das kündigten Westerwelle und Medelci nach ihrem Treffen an: Erstens wolle man die wirtschaftlichen Beziehungen zum gegenseitigen Nutzen weiter intensivieren, insbesondere bei den erneuerbaren Energien.

Zweitens planen Deutschland und Algerien bei Kultur und Bildung enger zusammenzuarbeiten.

Drittens soll der außenpolitische Dialog verstärkt werden: Hierzu habe man bei dem Treffen außenpolitische Konsultationen auf Ebene der Staatssekretäre vereinbart.

Auch im Gespräch mit Abdelmalek Sellal, dem Premierminister Algeriens, standen bilaterale und regionale Fragen sowie die innenpolitische Lage in Algerien im Mittelpunkt.

„Westerwelle unterstrich, dass die Beziehungen mit Algerien eine Intensität, Konstruktivität und Offenheit erreicht hätten, durch die auch schwierigen Fragen wie die innenpolitische Lage und das Investitionsklima mit den algerischen Partnern besprochen werden können. Zur inneren Entwicklung des nordafrikanischen Landes“⁶¹, sagte der Außenminister.

Am Sonntagmorgen tauschte sich Außenminister Westerwelle mit Studierenden und jungen Nachwuchsfachkräften aus. Im Fokus standen dabei die Perspektive junger Menschen auf die deutsch-algerischen Beziehungen und ihre Vorstellungen für die Zukunft. Es gab viele Fragen an den deutschen Außenminister: Es ging um wirtschaftliche Entwicklung, um Ausbildung, um Universitäten und um die Arbeit des Goethe-Instituts.

⁶¹ <http://www.ahk.de>. Siehe Anhang S. XVII

Seit 2001 ist der Goethe-Institut in Algier wieder in aktuell kleinem Umfang aktiv; einer der Schwerpunkte seiner Arbeit ist der Deutschunterricht. Das Ziel des Goethe-Instituts ist die Unterstützung und Verbreitung der deutschen Sprache im Ausland.

Das Bild von Deutschland wird durch Informationen über das kulturelle, gesellschaftliche und politische Leben vermittelt. Das Goethe-Institut Algier war wegen des Terrorismus in Algerien seit 1994 geschlossen. Aber im 2003 hat es seine Aktivitäten wieder aufgenommen. Seit Oktober 2004 gab es im Goethe-Institut Algier wieder Sprachkurse. Im November 2005 wurde an der Universität Oran den Dialogpunkt Deutsch gegründet. Er ist eine Bibliothek, in der man Informationen und Zeitschriften zu Deutschland und deutsch-algerischen Themen sowie deutsche Literatur in arabischer Übersetzung, Filme, CDs, CD-ROMs, DVDs und andere Zeitschriften finden kann.

Nach Schätzungen ist über ein Viertel der Bevölkerung Algeriens im Alter von unter 15 Jahren. Der Außenminister Westerwelle bestärkte die jungen Leute, sich ihre Ungeduld, die in der Diskussion zum Ausdruck kam, zu bewahren. Den akademischen Austausch und die kulturelle Zusammenarbeit wollen Deutschland und Algerien in Zukunft weiter ausbauen, darauf hatte sich Außenminister Westerwelle bereits am Vortrag mit seinem algerischen Amtskollegen verständigt.

Die Demokratische Volksrepublik Algerien unterhält diplomatische Beziehungen mit Deutschland und es wird in Deutschland durch einen Botschafter in Berlin, S.E. Madjid Bouguerra, und ein Generalkonsulat in Bonn vertreten.

Es existiert eine deutsch-algerische Gesellschaft, deren Ziel es ist, die deutsch-algerischen Beziehungen auf allen Gebieten, insbesondere auf wirtschaftlichem, kulturellem, wissenschaftlichem und technischem Gebiet durch Treffen und Seminare, kulturelle Veranstaltungen, Besuche von Delegationen, Reisen von Jugendlichen, Studentenaustausch, um die freundlichen Beziehungen zwischen den beiden Völkern und Ländern durch persönliche Kontakte zu vertiefen.

In Algerien sind eine Reihe verschiedener deutscher Organisationen aus Kultur und Wissenschaft aktiv.

Hier werden deutsche Wissenschaft und Kulturinstitutionen im Partnerland durch Name, Adresse, Telefon, E. Mail zitiert.

„Friedrich-Ebert Stiftung 60b Bd Bougara 16030 El Biar Alger 021- 92 68 95 Fax: 021- 92 12 49

Konrad-Adenauer Stiftung 157, rue Larbi Zekkal 021- 27 29 50 Fax: 021- 27 78 19
Kasalger@hotmail.com

Friedrich-Naumann Stiftung 41, rue Abdelkader Stambouli 021- 69 01 57

GIZ (GIZ) 24, lotissement El Feth. El Biar Alger 021- 92 09 88/ 92 09 89 Fax: 021- 92 09 90 gtz-algerie@gtz.de

Goethe-Institut in Algerien c/o Deutsche Botschaft Algier 165, Chemin Sfindja, Algier 021- 74 25 59 Fax: 021- 74 09 26⁶²

⁶² <http://www.ahk.de>. Siehe Anhang S. XVII

Die deutsch-algerische Handelskammer bietet in Algier einen umfangreichen Service für alle Unternehmen an, die sich in Algerien etablieren oder mit algerischen Unternehmen Handel treiben wollen.

Es gibt auch Institutionen der deutschen Wirtschaft (Deutsch-Algerische Industrie und Handelskammer (AHK)) „11, rue Mohamed Khoudi El Biar Alger 021- 92 17 79 Fax: 021- 92 18 27 info@ahk-algerie.de“⁶³

⁶³ <http://www.ahk.de>. Siehe Anhang S. XVII

II.3 Die Entwicklungszusammenarbeit

Die deutschen Institutionen der Entwicklungszusammenarbeit (EZ) sind seit der Unabhängigkeit des Landes im Jahr 1962 mit Projekten in Algerien präsent. Als eines von wenigen Ländern entschied sich Deutschland in den 1990er Jahren trotz der schwierigen Sicherheitslage für eine Fortsetzung der Zusammenarbeit. Damals erfolgte die Planung und Kontrolle der Projekte sowie die Fortbildung der Partner im Rahmen der sog. „Fernsteuerung“ in Deutschland oder in den Nachbarländern Algeriens. Seit 2003 werden wieder Fachkräfte zu Langzeiteinsätzen nach Algerien entsandt. Aufgrund der langjährigen positiven Erfahrungen gilt Deutschland in Algerien als zuverlässiger Partner in der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit.

Seit 1999 ist die deutsch-algerische Entwicklungszusammenarbeit auf zwei Schwerpunkte fokussiert, deren Auswahl in Abstimmung mit der algerischen Regierung erfolgte.

Der erste Schwerpunkt: „Nachhaltige Wirtschaftsentwicklung“

Dieser Schwerpunkt unterstützt Algerien bei seinen Reformen hin zu einer sozial verträglichen Marktwirtschaft und dem Bemühen um Schaffung von Wachstum und Beschäftigung außerhalb des Energiesektors. Dabei engagiert sich Deutschland besonders für die Förderung kleiner und mittlerer

Unternehmen sowie Berufs- und Fachverbänden und die berufliche Bildung.

Der zweite Schwerpunkt: „Umwelt / Wasser“

Das Bevölkerungswachstum und der andauernde Wirtschaftsaufschwung

bringen eine intensivere Nutzung der natürlichen Ressourcen mit sich. Dies wird

vor allem im Umgang mit Wasser deutlich. Algerien gehört zu den

wasserärmsten Ländern der Mittelmeerregion. Vier Fünftel des Staatsgebiets

sind als aride und semiaride Gebiete von Bodenverschlechterung und Erosion

betroffen. Abwässer und Abfälle aus Industriebetrieben und Haushalten

verschmutzen zunehmend das knappe Grund- und Oberflächenwasser. Die

Küstengewässer leiden unter dem Bauboom in den dicht besiedelten

Küstenregionen und der Zunahme der Aktivitäten in den zehn großen

Mittelmeerhäfen Algeriens. Der zweite Schwerpunkt der

Entwicklungszusammenarbeit mit Algerien liegt daher in der Förderung eines

nachhaltigen Ressourcenmanagements im Wasser- und Umweltbereich.

Die rechtlichen Grundlagen in den Bereichen Wassererschließung,

Trinkwasserversorgung, Abwasserentsorgung und Umweltschutz wurden mit

Unterstützung der deutschen technischen Zusammenarbeit modernisiert.

Algerien verfügt sowohl im Umwelt- als auch im Wasserbereich über eine

umfangreiche institutionelle Infrastruktur. Allerdings sind die meisten

Institutionen erst in der jüngeren Vergangenheit entstanden. Sie sind daher noch auf politische, technische und logistische Unterstützung angewiesen.

Die deutschen Leistungen im Rahmen der Technischen Zusammenarbeit belaufen sich seit Aufnahme der Zusammenarbeit 1962 „(ununterbrochen seit 1974) auf insgesamt rund 200 Mio. Euro. Für die finanzielle Zusammenarbeit wurden im gleichen Zeitraum ca. 180 Mio. Euro für langfristige Kredite und Finanzierungsbeiträge zur Verfügung gestellt. Im November 2005 fanden in Algier zum 15. Mal deutsch-algerische Regierungsverhandlungen zur Entwicklungszusammenarbeit statt. Ein neues Rahmenabkommen zur technischen Zusammenarbeit trat am 16. Dezember 2006 in Kraft“⁶⁴.

⁶⁴ <http://algier.diplo.de> am 03.09.2012. Siehe Anhang S. XVII

II.4 Die Beziehungen zur Europäischen Union

Die Handelsbeziehungen zwischen der EU und Algerien sind eng. „Im Jahr 2008 gingen etwa 48,7 Prozent des Gesamtwerts der algerischen Exporte in die EU (rund 39,9 Mrd. US-Dollar)⁶⁵, gleichzeitig stammen 44,5 Prozent der algerischen Importe von dort (rund 20,84 Mrd. US-Dollar). Unter den 10 wichtigsten Handelspartnern Algeriens sind mit Italien, Frankreich, Spanien, den Niederlanden, Belgien und Deutschland sechs EU-Mitglieder.

Die EU ist Hauptabnehmer algerischer Energie-Exporte. Dabei nimmt Erdgas eine herausragende Stellung ein: 90 Prozent der algerischen Gas-Exporte sind für den europäischen Markt bestimmt. Algerien ist drittgrößter Gaslieferant Europas und versorgt insbesondere die Mittelmeeranrainer Portugal, Spanien, Italien und Frankreich. Mit dem Bau von zwei neuen Pipeline-Verbindungen zwischen Algerien und Spanien bzw. Italien sollen die Transportkapazitäten zur Lieferung von Erdgas aus Algerien nach Europa in den nächsten Jahren weiter erhöht werden.

Ein Assoziierungsabkommen mit der Europäischen Union trat am 01.09.2005 in Kraft. Algerien wird damit Teil einer das gesamte Mittelmeer umspannenden Freihandelszone, die bis zum Jahr 2014 vollendet sein soll.

⁶⁵ <http://www.algier.diplo.de> am 03.09.2012. Siehe Anhang S. XVII

Die EU unterstützt den Prozess der Restrukturierung und Öffnung der algerischen Wirtschaft mit Programmen zur finanziellen Zusammenarbeit (MEDA bzw. ENPI).

In den Jahren 1996 bis 2001 wandte die EU 194 Millionen Euro hierfür auf, für die Jahre 2002 bis 2006 wurden 271 Millionen Euro bereitgestellt. Für den Zeitraum 2007 bis 2010 wird die EU insgesamt 220 Mio. Euro zur Verfügung stellen.

II.5 Neue Ereignisse aus www.Presse und Nachrichten.de

„Besuche in Algerien

Am 27.02.- 01.03.2010: **Jörg Bode**(Wirtschaftsminister Niedersachsen)

Am 06.- 08.03.2010 : **Dieter Posch**(Staatsminister, Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung)

Am 21.- 23.03.2010 : **Dr. Hans Freudenberg** (Ministerialdirektor, Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg)

Am 15.- 16.09.2010 : **Katja Hessel** (Staatssekretärin im bayrischen Staatsministerium für Wirtschaft, Verkehr und Technologie)

Am 27.02.- 03.03.2011: **Günter Gloser** (Vorsitzender der Parlamentariergruppe Maghreb-Staaten des Bundestages)

Am 26.-29.11.2011 hat **Dr. Hans-Gert Pöttering** (Vorsitzender KAS) Algerien besucht.

Stand Februar 2012 hat **Dr. Guido Westerwelle**(Bundesminister für Auswärtige) genau am 07.-08.01.2012 Algerien besucht⁶⁶.

⁶⁶<http://www.google.de/ahk.de/> am 20.05.2012. Siehe Anhang S. XVII

Abdelaziz Bouteflika, unser Präsident der Republik hatte am 8. Dezember 2010 in Berlin ein Gespräch mit der Bundeskanzlerin Angela Merkel.

Am 7. Dezember 2010 hat Bouteflika in Berlin mit dem Bundestagspräsidenten Norbert Lammert gesprochen.

Der Präsident der Republik Abdelaziz Bouteflika, der Deutschland einen zweitägigen Staatsbesuch abstattete, hat am Mittwoch mit dem Bundespräsidenten Christian Wulff gesprochen.

Der Präsident der Republik Abdelaziz Bouteflika hat am 8. Dezember 2010 in Berlin den Vizekanzler und Bundesaußenminister Guido Westerwelle in Audienz empfangen.

Zusammen mit der Bundeskanzlerin Angela Merkel hat Abdelaziz Bouteflika im Bundeskanzleramt eine Pressekonferenz abgehalten. Bei dieser Gelegenheit hat der Staatschef darauf hingewiesen, dass Algerien und Deutschland „einvernehmlich“ beschlossen haben, „unverzüglich“ eine gemischte deutsch-algerische Kommission ins Leben zu rufen.

Der Außenminister Mourad Medelci hat am 7. Dezember 2010 in Berlin bekräftigt, dass es für Algerien stets notwendig sei, seine Entwicklung in Bezug auf Investitionen zu erklären.

Abdelaziz Bouteflika, Präsident der Republik hat der Bundesrepublik Deutschland auf Einladung der Bundeskanzlerin Angela Merkel am 7. und 8. Dezember 2010 einen Staatsbesuch abgestattet.

Der Präsident der Nationalen Volksversammlung (APN), Abdelaziz Ziari, hat dem Präsidenten von Burkina Faso Blaise Compaoré, der am 21. November 2010 wiedergewählt wurde, eine Botschaft des Präsidenten der Republik Abdelaziz Bouteflika überreicht.

In dieser Botschaft richtet der Staatschef dem Präsidenten Compaoré herzliche Glückwünsche aus, wünscht ihm viel Erfolg sowie Fortschritt und Wohlstand für das Volk von Burkinafaso.

Der erste Minister Ahmed Ouyahia hat am 19. Dezember 2010 vor dem Rat der Nation eine allgemeine politische Regierungserklärung für das Jahr 2009 und das erste Halbjahr 2010 abgegeben.

Abdelkader Messahel, Minister für afrikanische und maghrebische Angelegenheiten, hat im marokkanischen Marrakesch die algerische Delegation bei den Arbeiten des 4. hochrangigen Kongress über die Kindheit angeleitet.

Bei diesem Kongress, der von 20. bis 21. Dezember 2010 stattfand und an dem Mitglieder der Arabischen Liga teilgenommen haben, wurde hauptsächlich der Halbzeitbericht zur Bewertung des 2. Arabischen Plans für die Kindheit 2011-2015 geprüft.

Die Tagesordnung beinhaltete außerdem die Prüfung einer Reihe von Expertenuntersuchungen zu den Themen „Rechtsvorschriften bezüglich der Kindheit in den arabischen Ländern: Realität und Ausblick“.

„Die Rolle der Zivilgesellschaft bei der Umsetzung des arabischen Plans für die Kindheit“, „Analyse der institutionellen Mechanismen, die in den arabischen Ländern mit der Kindheit betraut sind“ und schließlich „Der vergleichende arabische zur Umsetzung der Empfehlungen aus der Studie des UN-Generalsekretärs zur Bekämpfung der Gewalt gegen Kinder“⁶⁷.

⁶⁷ [http:// www.alger.diplo.de](http://www.alger.diplo.de) am 03.09.2012. Siehe Anhang S. XVII

Des Weiteren fand am 2. Arbeitstag auf Ministerebene ein runder Tisch statt, bei dem die Lage der Kinder unter israelischer Besatzung geprüft wurde.

Am 21. Dezember 2010 wurde in Algier ein Partnerschaftsabkommen zwischen Algerien und Globale Umweltfazilität (GEF) geschlossen. Diese Vereinbarung beinhaltet insbesondere die Bereitstellung von 8,2 Millionen Dollar zur Finanzierung der Neustadt von Boughezoul (Médéa).

Das Abkommen sieht den Transfer von sauberen Technologien zugunsten der Neustadt von Boughezoul vor, wobei Algerien 12 Millionen Dollar beisteuert, um die neue Strategie zur Umsetzung der Neustadt und den Transfer von umweltfreundlichen Technologien zu unterstützen.

Für die algerische Seite haben Chérif Rahmani, Minister für Raumplanung und Umwelt, und seitens der GEF dessen Präsidentin und Generaldirektorin Monique Barbut unterzeichnet.

Der Generaldirektor des Nationalen Amts für Tourismus (ONT), Ahmed Bouchedjira, hat der Wochenzeitschrift „Les Afriques“ ein Interview gewährt, das gleichzeitig in den drei Ausgaben für Casablanca, Dakar und Yaoundé erscheinen wird.

Die algerische Arbeitslosenquote beläuft sich derzeit auf 10%, d.h. 1.076.000 Menschen gehen keiner Erwerbstätigkeit nach.

Dies ist eine Schätzung nationalen Amts für Statistik (ONS) aus dem 4. Quartal 2010. Der Wert liegt leicht unter dem Wert des Jahres 2009 (10,2%) und ist viel niedriger als der entsprechende Wert aus dem Jahr 2008 (11,3%), wie aus einer Untersuchung des Amts hervorgeht.

Für den gleichen Zeitraum des laufenden Jahres gemäß den Vorgaben der internationalen Arbeitsorganisation (ILO) wurde die erwerbstätige Bevölkerung auf 10.812.000 Menschen geschätzt, teilt das ONS mit.

Die Ergebnisse der Untersuchung « Erwerbstätigkeit, Beschäftigung und Arbeitslosigkeit im 4. Quartal 2010 » zeigen, dass "es ein erhebliches Gefälle in Bezug auf Alter, Geschlecht und Bildungsniveau » gibt.

So liegt die Arbeitslosenquote bei den Männern bei 8,1% bei 19,1%⁶⁸ bei den Frauen. Von Arbeitslosigkeit sind mit 21,5% hauptsächlich Jugendliche betroffen (16-24 Jahre) d.h. ein Fünftel der Jugendlichen ist ohne Arbeit, während die Quote bei den Erwachsenen (ab 25 Jahre) bei 7,1% liegt.

Die algerische Arbeitslosenquote beläuft sich derzeit auf 10%, d.h. 1.076.000 Menschen gehen keiner Erwerbstätigkeit nach. Dies ist eine Schätzung nationalen Amtes für Statistik (ONS) aus dem 4. Quartal 2010. Der Wert liegt leicht unter dem Wert des Jahres 2009 (10,2%) und ist viel niedriger als der entsprechende Wert aus dem Jahr 2008 (11,3%), wie aus einer Untersuchung des Amtes hervorgeht.

Im zweiten Kapitel haben wir die Lage Algeriens von 1999 bis 2008 sowohl mit Deutschland als auch mit den europäischen Ländern in verschiedenen Bereichen dargestellt.

Wir bemerken, dass die deutsch-algerischen Beziehungen positiv besonders nach der Zeit 1999 sind, weil die algerische Lage verbessert wird.

Aus den neuen Ereignissen, die wir zitiert haben, können wir sagen: spätestens wird die algerische Lage in einer hervorragenden Aufschwung verbessert.

⁶⁸ [http:// www.algier.diplo.de](http://www.algier.diplo.de) am 03.09.2012. Siehe Anhang S. XVII

Kapitel III

Darstellung und Analyse der Pressartikeln

Einführung

In dem dritten Kapitel beginnen wir bei der Medienanalyse nach unterschiedlichen Meinungen der Wissenschaftler zu definieren. Dann stellen wir Handlungsorientierte und Rezipientenorientierte Medienanalyse. Zweitens stellen wir die Titelseite und ihre Einzelheiten sowie der Leitartikel. Am Ende Konzentrieren wir über Presse-Artikelanalyse.

III. Darstellung und Analyse der Pressartikel

III.1 Die Medienanalyse

Die Medienanalyse ist ein Forschungsfeld der Kommunikations- und Medienwissenschaft. Sie befasst sich mit dem Medium an sich aus verschiedenen Perspektiven wie z.B. ausgehend vom Rezipienten.

Um einen großen Überblick über die Möglichkeiten zu geben, die medienanalytische Verfahren bieten, werden einige methodologische Vorgehensweisen vorgestellt. Dazu sollen verschiedene Theorien kurz umrissen werden, die zum Verständnis der auf ihnen aufbauenden Analysemethoden unerlässlich sind. Die verschiedenen Ansätze zur Medienanalyse unterscheiden sich nicht nur hinsichtlich ihrer methodischen Vorgehensweise sondern vor allem durch ihre erkenntnistheoretischen Hintergründe. Ihr Verständnis soll als Grundlage für die Differenzierung der unterschiedlichen methodischen Herangehensweisen dienen.

Gegenstand der Hermeneutik, die mit dem Humanismus Anfang des 16. Jahrhunderts entstand, war zunächst der Inhalt der Bibel. Deren Wahrheitsgehalt galt bis dahin als konkret gegeben. Die Theologen versuchten deshalb, ein methodisches Regelwerk zu schaffen, das das Auffinden der biblischen Wahrheit und vor allem die möglichen Interpretationen auf die eine und einzig wahre Auslegung einschränken sollte. Diese

Auffassung grenzte sich deutlich ab von der Vorstellungswelt des Mittelalters, in welcher der Gedanke des so genannten vierfachen Schriftsinns der Bibel vorherrschte.

Anhand dieser Ausführungen wird deutlich, dass für den Umgang mit Texten immer auch das Verständnis von Wahrheit und damit Machtfragen eine entscheidende Rolle spielen. Am Ende des Mittelalters stand die Hermeneutik noch ganz im Dienste kirchlichen Machterhalts, so war das Ziel der Hermeneutik des Philosophen Wilhelm Dilthey im 19. Jahrhundert vor allem die Abgrenzung der verstehenden Geisteswissenschaften gegenüber einer rein erklärenden Naturwissenschaft.

Dilthey sah aus positivistisch- soziologischer Perspektive den Vorgang des Interpretierens als geschlossenen, vom Rezipienten selbst unabhängigen Prozess der sich auf einen übergeordneten „objektiven Geist“ stütze und damit vom historischen Kontext unabhängig sei.

Drittens erklärt den Schüler Hans-Georg Gadamer von Martin Heideggers dagegen in seinem berühmt gewordenen Buch „Wahrheit und Methode“⁶⁹, dass der Vorgang des Verstehens in historisch wandelbare Gegebenheiten eingebettet ist und damit, den jeweiligen Horizont des Erkenntnisaktes, berücksichtigen muss. Dieser Horizont ist durch Vorkenntnisse geprägt und wird durch das Rezipieren des Untersuchungsgegenstandes erweitert oder korrigiert. Es kommt also mit der Auslegung zu einem neuen Verstehen des Forschungsobjektes.

Das Dilemma der kreisförmigen Bedingtheit von Vorwissen und Auslegung bezeichnet Gadamer als „hermeneutischen Zirkel“. Hermeneutik ist so immer Horizontüberschreitung die jedoch mit eigenen vorgeprägten Begriffen geschieht.

⁶⁹Vgl. Hans-Georg Gadamer: Wahrheit und Methode. Grundzüge einer philosophischen Hermeneutik, (Gesammelte Werke; Bd. 1,1), Mohr, Tübingen 1975?, S. 214

Ausgehend von Heidegger dehnte die Hermeneutik ihren Gegenstandsbereich auf das ganze Spektrum verstehender Erkenntnis aus, indem sie betonte, dass jegliche Form von Wissen letztlich auf Auslegung beruhen müsse.

III.1.1 Handlungsorientierte Medienanalyse

Die handlungsorientierte Medienanalyse stellt keine fest gegründete medienanalytische Schule dar. Sie wird hier angeführt, weil sie mit einer noch recht jungen, einer auf der Handlungstheorie aufbauenden Perspektive an die Interpretation von medialen Inhalten herangeht. Bei einem so gearteten Zugriff auf eine Interpretation ist das zentrale Anliegen die Handlungsweisen des Autors zu analysieren und zu erklären. Vereinfacht ausgedrückt, herauszufinden warum der Autor schreibt was er schreibt. Um die Motive offen zu legen gibt es in Anlehnung an die Handlungstheorie verschiedene Ansätze, die sich gegenseitig ergänzen können. Bei den zweckrationalen Handlungstheorien steht die Nutzenorientierung des Autors, eine Art Homo oeconomicus, im Mittelpunkt der Betrachtung.

Die eher an Normen orientierten Richtungen der Handlungstheorie gehen davon aus, dass nicht nur die bloße Nutzenkalkulation interessiert, sondern die geltenden kulturellen Werte und sozialen Normen und die Reproduktion der sozial-kulturellen Welt durch den Homo sociologicus.

Aus einer verständnisorientierten Perspektive der Handlungstheorie kann man den Verfasser medialer Inhalte als Homo communicans betrachten. Das Handeln des Autors wird als abhängig von seinem biographischen Erfahrungskontext betrachtet, womit diese Perspektive gewisse Parallelen zum Ansatz Gadamer aufweist.

Letztens ergeben sich für eine handlungstheoretisch informierte Medienanalyse ganz ähnliche Probleme wie in der Hermeneutik. Die Suche nach dem Handlungsverstehen findet ihren erkenntnistheoretisch blinden Fleck in der Unmöglichkeit der Horizontverschmelzung. Das Dilemma entspricht dem, was Gadamer schon 1975 als

hermeneutischen Zirkel bezeichnet hat. Der Erfahrungsschatz des Interpretierenden vergrößert sich zwar im Sinne der Horizonterweiterung, er wird allerdings nie deckungsgleich mit dem des Autors sein.

III.1.2 Rezipientenorientierte Medienanalyse

Die Situation des Betrachters wird in der rezipientenorientierten Medienanalyse zum Objekt der Forschung gemacht. Sie ist nicht nur weniger eine Medienanalyse im eigentlichen Sinne, sondern auch vielmehr als eine Art der Medienwirkungsforschung zu sehen.

Ausgehend von der Feststellung, dass jede Wahrnehmung mit einer inneren Einstellung des Wahrnehmenden zusammenhängt, die aus Weltanschauung, charakterlicher Haltung, Kenntnissen und Erfahrung erwächst folgert „Lippert“⁷⁰,

dass „die Bedeutung von medialen Botschaften und ihre Wirkungen rezipientenorientiert untersucht werden müssen. „Um die individuellen Reaktionen des Rezipienten und deren Bedingungen zu untersuchen können folgenden Grundfragen gestellt werden:

1. Welche Bedeutung schreiben die Rezipienten dem Medialen Produkt zu?
2. Wie werden von dem Rezipienten Bedeutungs- und Sinnzusammenhänge rekonstruiert?
3. Wie wird die aktuelle Rezeptionssituation als eine sinnhafte Realität gesehen und gedeutet?“⁷¹

⁷⁰Heinrich Lippert: Rezipienten-orientierte Medienwirkungsforschung. Grundlegung und Modell einer rezipienten-orientierten Medienanalyse, Selbstverlag, Münster 1987 S.73

⁷¹Noelle-Neumann, Elisabeth; Schulz, Winfried; Wilke, Jürgen (Hrsg.): Fischer Lexikon. Publizistik Massenkommunikation. Frankfurt 2000. S. 124-125

Lippert fasst die grundlegenden Einflüsse auf die Wahrnehmung folgendermaßen zusammen: „Die Situationsspezifische Bedingtheit, die sozialen Randbedingungen und die Personengebundenheit rezeptiver Handlungen sind die Bezugspunkte aller Versuche, Aussagen über Wirkungen von medial vermittelten Botschaften zu machen“⁷². Die Rezipientin oder der Rezipient also das Subjekt steht im Mittelpunkt der Forschung. Es wird in der Medienwirkungsforschung somit nicht versucht ‚die Realität‘ zu untersuchen, sondern die durch die Strukturen der Wahrnehmung, des Denkens und des Fühlens vollzogene Symbolik welche für das Individuum in Bildern und Sprache erscheint. Durch die Fixierung auf das Individuum wird ein erkenntnistheoretischer Widerspruch aber nur scheinbar umgangen. Erstens wird eine objektive Realität unterstellt, die zwar nicht ungetrübt erkannt werden kann, aber gewissermaßen als Basis aller Wahrnehmungen doch vorhanden ist. Zum zweiten kann man sich als Forscherin der Wahrnehmung des Rezipienten wieder nur im Sinne des hermeneutischen Zirkels annähern. Eine Horizontverschmelzung kann natürlich auch hier niemals stattfinden.

⁷²Heinrich Lippert: Rezipienten-orientierte Medienwirkungsforschung. Grundlegung und Modell einer rezipienten-orientierten Medienanalyse, Selbstverlag, Münster 1987 S.71

III.2 Titelseite

Die Titelseite heißt den Zeitungskopf und sie wird als Visitenkarte und zugleich das Schaufenster der Publikation bezeichnet. „die Titelseite ist die wichtigste Seite von allen Seiten, die in einer Zeitung oder Zeitschrift gibt“⁷³. Die Titelseite ist hingegen nicht zu verwechseln mit dem Titelblatt oder dem Buchtitel eines Buches.

III.2.1 Aufbau und Gestaltung der Titelseite

Auf der Titelseite ist meistens der Titel des Druckwerkes, sowie Ausgabennummer oder Erscheinungsdatum und der Preis in den jeweiligen Vertriebsgebieten angeführt sowie ein Element, das die Art des Druckwerkes beschreibt. Diese Angaben sind in so genannten Titelseite bzw. Zeitungskopf enthalten.

Die Titelseite besteht bei Zeitschriften meistens aus einem Titelbild und Ankündigungen der Artikel. Die Titeltex te sollten möglichst aussagekräftig sein, um die Aufmerksamkeit der Leser bzw. Käufer anzuregen. Eine Titelseite sollte grundsätzlich übersichtlich gegliedert sein. Die Schriftgröße ist hierarchisch eingeteilt, dabei wird die Schlagzeile mit der größten Schrift der Seite dargestellt.

⁷³Menhard, Edigna; Treede, Tilo: Die Zeitschrift. Von der Idee zur Vermarktung, Konstanz 2004

Die Schlagzeile sollte auffallend und zugleich auch verstanden werden. Zudem sollte, dass der Leser oder der Käufer sofort erkennen kann um welchen Titel es sich handelt, das heißt die Wiedererkennung ist sehr wichtig. Deswegen sollten das Logo oder der Titelkopf möglichst nicht modifiziert werden.

Das Logo ist zumeist der Schriftzug des Zeitungs- oder Zeitschriften- name und ist der wichtigste Faktor der Wiedererkennung. Das Logo und Titeltex te werden meist oben links gestanden, damit es auch einsortiert in Regalen noch sichtbar ist. Gelegentlich werden sie bei Zeitschriften zum Teil durch das Titelfoto teilweise überdeckt oder farblich geändert.

Das Schwerpunktthema der Ausgabe wird meistens auf der Titelseite mit einem prägnanten Foto bzw. Bild dargestellt, oft wird ein Foto von einem Prominenten gewählt, um das Interesse der Leser auf einen Artikel über denjenigen zu gewinnen.

Es muss durch die Gestaltungsweise klar erkennbar sein, um welchen Zeitschriftentyp es sich handelt. Gleichzeitig sollten bei Zeitschriften die Titelseiten der verschiedenen Ausgaben sich nicht zu stark ähneln, damit die einzelnen Ausgaben unterscheidbar bleiben. Für jede Art von Zeitung und Zeitschrift gibt es verschiedene Normen für die Gestaltung der Titelseite. Ihre Gestaltung muss dem Geschmack der Zielgruppe der Publikation entsprechen. Dies betrifft besonders die Wahl der Farbe, des Bildes, des Textes und der Gestaltung.

Bei einer Zeitung ist zumeist der Leitartikel auf der Titelseite. Bei Tageszeitungen sollten außerdem lokale Themen, die Sonderthemen der Ausgabe und das Wetter erwähnt oder dargestellt werden.

III.2.2 Ziel der Titelseite

Bei Publikumszeitschriften und Kaufzeitungen, die hauptsächlich über den Handel vertrieben werden, spielen eine wichtige Rolle. Die Titelseite beeinflusst sehr stark die Kaufentscheidung des Lesers, je nach dem ob ihn die Titelseite anspricht oder nicht.

Die Titelseitegestaltung (Layout) und -inhalt d.h. (Text und Bild) beeinflussen immer noch zu einem wesentlichen Teil bei Neukunden die Kaufentscheidung, ungefähr so, wie die Fassadengestaltung eines Kaufhauses oder die Verpackung („Cover“) eines Produkts im Supermarkt.

Früher als diese Medien sich sozusagen jeden Tag (bei Tageszeitungen) neu und selbst verkaufen mussten, weil Werbung und andere Medien den Verkauf nicht unterstützten.

Allerdings arbeiten vor allem Boulevardblätter auch heute noch mit Titelseiten mit plakativen und gelegentlich farbigen Überschriften, schockierenden, aufreizenden oder prominenten Bildern wie z.B. Kriegsoferbilder, leicht bekleidete Frauen, Skandalfotos und Skandalschlagzeilen. Deswegen basieren die Redakteure auf diese Visitenkarte und stellen sie darauf eine bestimmte Wert.

III.3 Leitartikel

Der Leitartikel einer Zeitung gehört zu den meinungsorientierten Darstellungsformen, neben dem Feuilleton, den Kommentaren und den Glossen. Er ist ein besonders herausgestellter Meinungsartikel.

III.3.1 Geschichte und Begriff des Leitartikels

Der Begriff „Leitartikel“ stammt vom englischen Wort „leadingarticle“⁷⁴ ab, der ab dem 19. Jahrhundert in England eingeführt wurde. Zuvor nannte man die deutschen Leitartikel Hauptartikel, wahrscheinlich wegen ihres großen Umfangs. Bevor es Zeitungen und Leitartikel gab, wurde die Meinung zumeist auf Flugschriftengeäußert. In Frankreich hat es schon seit der Französischen Revolution Leitartikel gegeben.

Die Themen der Leitartikel werden längerfristig in einer wöchentlichen Leitartikelkonferenz festgelegt. Dort haben in der Regel auch alle Redaktionsmitglieder Gelegenheit, die Inhalte mitzudiskutieren. Im Leitartikel wird zumeist ein wichtiges politisches oder gesellschaftliches, zunehmend auch wirtschaftliches Ereignis des Tages kommentiert. Leitartikel befassen sich abseits von tagesaktueller Aufgeregtheit auf eine grundsätzlichere Art mit gesellschaftlichen, politischen, wirtschaftlichen, kulturellen oder auch sportlichen Entwicklungen der letzten Zeit. Ein Leitartikel sollte mit einem Resultat abschließen. Abonnementzeitungen und vor allem die überregionalen Tageszeitungen veröffentlichen in jeder Ausgabe einen Leitartikel.

Die Redaktion vergibt den Schreibauftrag an das Mitglied, das am kompetentesten die Meinung der Redaktion wiederzugeben vermag, wobei - anders als beim Kommentar unterschiedliche Positionen (redaktionsinterner Meinungsstreit) im Leitartikel durchaus aufscheinen dürfen.

⁷⁴Noelle-Neumann, Elisabeth; Schulz, Winfried; Wille, Jürgen (Hrsg.): Fischer Lexikon. Publizistik Massenkommunikation, Frankfurt 2000, S. 127

III.3.2 Funktion des Leitartikels

Da der Leitartikel in den meisten Medien, die eine solche Darstellungsform pflegen, ist länger als die Kommentare. Es gibt ausreichend Platz für solche Pro- und Contra-Darstellung, wie in anderen meinungsorientierten Darstellungsformen muss jedoch für den Leser stets erkennbar sein, dass es sich um eine journalistische Meinungsäußerung und nicht um eine Nachricht oder einen Bericht handelt. Hier wird die Meinung, vor allem „die politische Meinung des jeweiligen Redakteurs beziehungsweise der jeweiligen Redaktion, nach außen dargestellt“⁷⁵, wie z.B. in der New York Times wird der Verfasser des jeweiligen Leitartikels nicht genannt, so wird der Artikel als Kommentar der gesamten Redaktion dargestellt. In politischen Krisenzeiten zeichnet sich der Leitartikel vor allem durch seine kämpferischen spannungsgeladenen Worte, Standpunkte und Themen aus. Heute wird von Fachleuten und Medienkritikern bemängelt, dass der Leitartikel oft nur noch eine Erklärung oder Erläuterung von Sachverhalten ist.

Insgesamt ist der Leitartikel ein "Aushängeschild" der Redaktion und steht in der Regel im Einklang mit der Tendenz des Publikationsorgans.

In diesem praxisorientierten Teil werden wir einige Artikel analysieren.

Diese Analyse wird unter dem Aspekt der Wirtschaft eingenommen.

Es geht Beispielsweise um die deutschsprachige Presse: wie z.B. (Handelsblatt, süddeutsche Zeitung und die Welt), die am 18-10-2004 erschienen sind.

Wir haben diese Presse ausgewählt, weil sie aus dem Gebiet der Wirtschaft besteht, besonders die Handelsblatt, die für Wirtschaft spezialisiert.

⁷⁵Noelle-Neumann, Elisabeth; Schulz, Winfried; Wilke, Jürgen (Hrsg.): Fischer Lexikon. Publizistik
Massenkommunikation, Frankfurt 2000

Außerdem versuchen wir die aktuelle Informationen geltende Sprache der Wirtschaft in Hinblick der deutsch-algerischen Beziehungen zu untersuchen.

Wenn wir einen Pressartikel analysieren wollen, sollen folgende Fragen gestellt werden z.B.

- „1. Die Zeitung identifizieren.
2. Aus welcher Zeitung ist dieser Artikel genommen?
3. Wann wurde dieser Artikel geschrieben?
4. Den Journalist identifizieren.
5. Den Inhalt identifizieren.
6. Was ist der Titel?
7. worüber spricht den Autor?
8. Für wen schreibt er?
9. Fragen für Kritik
10. Hat der Journalist Aspekte behandelt?⁷⁶.

Nach unserer Meinung, können diese Fragen wie Schlüssel für die Artikeln deutlich analysieren.

⁷⁶ Elzein, Jihane : die algerische Wirtschaft in der westdeutsche Presse von 1962 bis 1978, Oran, 2004, S. 11-12

III.4 Analyse Algeriens in unterschiedlichen Presseartikel und Zeitungen:

III.4.1 Erstens: Algerien im Handelsblatt

Im Monat Oktober sind fünf Artikel über deutsch-algerischen Beziehungen veröffentlicht worden.

Der erste Artikel erschien am 14. Oktober 2004 auf der Seite 09 mit der Schlagzeile „Kanzlerreise: Vergessene Märkte“, dieser Artikel wurde vom Journalisten „sK“ geschrieben.

Es handelt um das Besuch Bundeskanzlers Gerhard Schröder und seine 20 deutschen Top-Manager nach Algerien, um die Lage Algeriens zu verbessern. „Die 90er-Jahre haben sie in Algerien, verschreckt durch den Terror, nahezu komplett verschlafen und den Franzosen den Vortritt gelassen. Jetzt sollten sich die Deutschen besser wappnen: Der große Modernisierungsschub in Algerien steht noch bevor“. Siehe Anhang Seite I

Der zweite Artikel erschien am 14. Oktober 2004 mit der Schlagzeile „Industrie setzt in Libyen auf Neuanfang: Bei der Kanzlerreise nach Tripolis und Algier will die deutsche Wirtschaft an alte Beziehungen anknüpfen“. Dieser Artikel wird von den Journalisten Markus Hennes und Andreas Rinke geschrieben. Die beiden Journalisten stellen in diesem Artikel fest, Algerien mit Deutschland in einem besseren Zusammenhang. „Algerien ist sicher der stärker unterschätzte Märkte im Vergleich zu Libyen“, sagte Jochen Clausnitzer; Denn nach der Unabhängigkeit gab es in Algerien deutsche Unternehmen, die eine Industriestruktur aufbauten. Siehe Anhang Seite II

Der dritte Artikel erschien am 15. Oktober 2004 mit der Schlagzeile „Libyen und Algerien sollen sich Europa öffnen: Bundeskanzler Schröder startet Nordafrika-Reise“;

Da soll Algerien sich mit seinem Nachbarland Libyen Europa öffnen, außerdem brauchen die beiden Staaten Hilfe, um am Uno-Sicherheitsrat zu teilnehmen.

„Gemeinsam wollen sie versuchen, beiden Ländern auf ihrem angestrebten Weg in die WTO und bei der Annäherung an die EU zu helfen“. Siehe Anhang Seite III

Der vierte Artikel erschien am 18. Oktober 2004 mit der Schlagzeile „Nordafrika stärker einbeziehen“, dieser Artikel wird in der Art vom Dialog gestellt. Der Journalist heißt Andreas Rinke und der Nachgefragt heißt ReinierZwitsersloot. Hier wird den Nordafrika als ein reiches Gebiet bei den Bodenschätzen betrachtet, aber zu dieser Zeit wird genau in Algerien als negatives Land betrachtet. Deswegen wurden die Verhältnisse nicht stimmt. „Die Aussicht auf Ertrag ist zu gering“. Siehe Anhang Seite IV

Der fünfte Artikel erschien am 18. Oktober 2004 mit der Schlagzeile „Vertrauensarbeit an der europäischen Südflanke: Schröder empfiehlt die Deutschen in Nordafrika“, der Journalist Andreas Rinke hat diesen Artikel geschrieben. Hier wird die Zusammenarbeit bei den beiden Ländern in einer hervorragenden Beziehung, weil die beiden Staaten das gleiche Interesse ausgetauscht haben.

„ Schröder braucht ...Zeit und noch...Geduld.....Bouteflika redet...über die Notwendigkeit der Reformen.....zu lenken und zu leiten...schließlich ist der Kanzler in Nordafrika, um gute Mine zu machen“. Siehe Anhang Seite V

III.4.2 Zweitens: Algerien in der Frankfurter Allg. Zeitung

Aus dieser Zeitung wird ein Artikel, der am 14. Oktober 2004 auf der Seite 08 mit der Schlagzeile „Selbstbewusstsein und hohe Staatseinnahmen: Bundeskanzler Schröder besucht zum ersten Mal Algerien“, der Journalist Hans Christian Rößler hat diesen Artikel geschrieben. Er stellte, dass Algerien eine beispiellose Weise von islamistischen heimgesucht wurde, d.h. die algerische Regierung sieht sich als wichtigen Partner in der internationalen Koalition gegen Terrorismus. Da schien dem Präsident Bouteflika und seiner Ideologie das Versöhnungsprojekt, das war eine Hoffnung für das algerische Publikum. „immer wieder versuchte der Präsident eine Politik des nationalen Versöhnungsprojekts,...“. Siehe Anhang Seite VI

III.4.3 Drittens: Algerien in der Süddeutschen Zeitung

Im Monat Oktober sind zwei Artikel über die deutsch-algerischen Beziehungen veröffentlicht.

Der erste Artikel erschien am 18. Oktober 2004 auf der Seite 03 mit der Schlagzeile „Durch die Wüste wie geölt“, Kurt Kister hat die Ereignisse in diesen Artikel geschrieben. Diese Ereignisse sind genau am 16. Oktober 2004 geschehen.

Hier will Schröder die beste Stelle im Nordafrika zwischen Algerien und Libyen auswählen. Im Vorzug wird Algerien ausgewählt, denn die Lage Algeriens wird noch in den wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Bereichen. „Bouteflika, 2004 mit einem ...hohen Ergebnis von 85 Prozent als Präsident wiedergewählt, hat sich den Umbau der Staats- und Planwirtschaft in der Demokratischen Volksrepublik Algerien auf die Fahnen geschrieben“. Siehe Anhang Seite VII

Der zweite Artikel erschien am 18. Oktober 2004 auf der Seite 07 mit der Schlagzeile „Schröder: Öffnung fortsetzen, Bundeskanzler knüpft in Algier Wirtschaftskontakte“, dieser Artikel wird vom AP/Reuters geschrieben. Ausgehend von diesem Artikel können wir sagen, dass der Bundeskanzler unser Land weiter unterstützen bzw. ermutigen will, um sein Interesse zu ermöglichen.

„Der Kanzler rief dazu auf, im Kampf gegen den Terrorismus die Ursachen stärker zu berücksichtigen“. Siehe Anhang Seite IX

III.4.4 Viertens: Algerien im Frankfurter Rundschau

Im Monat Oktober sind zwei Artikel über die deutsch-algerischen Beziehungen veröffentlicht.

Der erste Artikel erschien am 18. Oktober 2004 auf der Seite 05 mit der Schlagzeile „Ein Präsident nach Schröders Geschmack: Bundeskanzler lobt Algerien als Land im Aufbruch-dessen Reformen deutschen Firmen Aufträge beschern könnten“; Richard Meng hat diesen Artikel geschrieben. Es handelt um die deutsch-algerischen Beziehungen, die traditionell und freundschaftlich in allen Bereichen sind. „...wird in Algier ...Freunde nennen Gerhard....des Algeriers größter Wunsch an Berlin“. Siehe Anhang Seite X

Der zweite Artikel erschien am 18. Oktober 2004 auf der Seite 03 mit Schlagzeile „Kommentar: Kanzlers Umarmungen“. Richard Meng hat auch diesen Kommentar geschrieben. Er stellt, dass das Austausch zwischen den arabischen Ländern und europäischen Ländern besonders auf dem Bereich der Ökonomie. „Die jüngste Kanzlervisite in Libyen und Algerien rundet ab, was im Verhältnis zu Russland, China und Türkei,...sogar Iran angelegt ist: eine Umarmungsstrategie gegenüber all denen,...“. Siehe Anhang Seite XI

III.4.5 Fünftens: Algerien in die Welt

Aus dieser Zeitung wird ein Artikel, der am 18. Oktober 2004 auf der Seite 04 mit der Schlagzeile „Schröder will Kurs der Öffnung in Algerien unterstützen“ erschien. In diesem Artikel beschreibt der Journalist den ersten Staatsbesuch eines deutschen Bundespräsidenten in Algerien.

Dieser Bundespräsident stellte einen bedeutenden Schritt zur Fortentwicklung der deutsch-algerischen Beziehungen dar. „Das Interesse der deutschen Wirtschaft an dem Land sei enorm gestiegen“. Siehe Anhang Seite XII

III.4.6 Sechstens: Algerien im Kölnerstadtanzeiger

Aus dieser Zeitung wird ein Artikel, der am 18. Oktober 2004 auf der Seite 04 mit der Schlagzeile „Am schwarzen Golde hängt doch alles: nationale Interessen sind in Zeiten der Globalisierung Wirtschaftsinteressen“ erschien. Der Journalist Sybille Quenett hat diesen Artikel geschrieben. Da sieht den Journalist, die europäische Chance, die direkt in Algerien verwirklicht; wegen Öl und Gas. „Vor allem für Europa ist das eine Chance“. Siehe Anhang Seite XIV

III.4.7 Siebtens: Algerien in der Hannoversche Allg. Zeitung

Aus dieser Zeitung wird ein Artikel, der am 18. Oktober 2004 auf der Seite 02 mit der Schlagzeile „Schröder will Algerien beim Schuldenabbau helfen“. Dieser Artikel wird von dem Journalist Michael Fischer geschrieben. Der Journalist stellt, dass die Vision des Bundeskanzlers sehr optimistisch wurde, weil sein Interesse an das Land in Hochachtungsvoll sei. „Im Infrastrukturbereich stehen der Ausbau des Flughafens in Algier, der Bau einer Autobahn sowie einer U-Bahn in der Hauptstadt Algier an ...darunter die Beteiligung von Siemens an einem Bahnprojekt, sowie Motorbauprojekt der Firma Deutz“. Siehe Anhang Seite XV

III.4.8 Achtens: Algerien in der Westdeutsche Zeitung

Aus dieser Zeitung wird ein Artikel, der am 18. Oktober 2004 auf der Seite 04 mit der Schlagzeile „Eine herzliche Umarmung für Bouteflika“, dieser Artikel wird von dem Journalist Ralph Schulze geschrieben. Er stellte, dass Algerien nicht nur positive Seiten, sondern auch negative Seiten in allen Bereichen besonders im gesellschaftlichen Gebiet wie z.B. die Armut, Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot, ...u.a.

Trotzdem konnte Algerien seine Probleme verhindern. „...dank saftigen Wirtschaftswachstum (2003 sieben Prozent) und steigenden Öl-preisen“. Siehe Anhang. Zu dieser Zeit bekam Bouteflika in die Hauptstadt Algier eine herzliche Umarmung von Schröder.

In diesem dritten Kapitel des praxisorientierten Teils haben wir die deutsch-algerischen Beziehungen in dem Zeitungsartikel analysiert. Als Resultat können wir sagen, dass im allgemein diese Beziehungen sehr optimistisch betrachtet werden.

Schlussfolgerung

In der vorgelegten Arbeit haben wir das Thema „Das deutsch-algerischen Wirtschaftsbild in der deutschen Presse von 1999 bis 2008“ behandelt, d.h. wir haben die Verhältnisse zwischen den beiden Ländern auf den politischen, gesellschaftlichen, kulturellen und besonders wirtschaftlichen Gebieten analysiert.

Als Korpus nehmen wir die Zeitungsartikel, die über deutsch-algerischen Beziehungen berichten. Wir haben uns auf den Zeitraum zwischen der Periode von 1999 bis 2008 beschränkt. Das Jahr 1999 ist ein bedeutendes Jahr für Algerien, weil es seine schlimme Lage verbesserte. Zu dieser Zeit wird Deutschland wieder mit Algerien in einem besseren Zusammenhang gearbeitet.

Dieses Forschungsthema ist nämlich von vorliegender Kernfrage ausgegangen: ***Inwiefern hat die deutsche Presse das deutsch-algerische Wirtschaftsbild behandelt?***

Um diese Kernfrage zu beantworten, stellten wir folgende Hypothese auf: Der Journalist hat aktuelle Informationen zusammengefasst. Er hat auch den Fachwortschatz benützt.

Zuerst möchten wir die wichtigsten Punkte meines Forschungsthemas zusammenfassen.

Einerseits haben wir schon über die Presse/Zeitung gesprochen, weil sie eine wichtige Rolle spielt. Sie informiert uns über alles, was in der Welt geschieht.

Andererseits können wir auch die Arbeitstechniken des Journalisten entdecken, denn er spielt eine wichtige Rolle.

Wir beziehen uns auf die beiden Länder, denn Deutschland ist ein Industrieland und Algerien ist ein Entwicklungsland, trotzdem haben die beiden Länder gute Verhältnisse in vielfältigen Bereichen und spätestens werden diese Verhältnisse verbessert.

Algerien hat gute Beziehungen weder mit Deutschland noch mit den anderen europäischen Ländern der Welt.

Wir haben heraus gefunden, dass wir die Erfahrung des Redakteurs entdecken, wie er mit seiner Arbeit bedient kann. Vor allem wie kann er über die beiden Länder im ökonomischen Bereich berichten?

Als Ergebnisse können wir sagen, dass er ein Forscher sowie ein Fachmann sein soll. Er benützt den Fachwortschatz wie z.B. Öl, Gas, Vorrat, Auskommen Export, Einfuhr ...u.a. Wir finden diesen Wortschatz nur in der Ökonomie.

Auf jeden Fall soll der Journalist objektiv in seinen Berichten. Manchmal bekommt er die Ereignisse und Nachrichten von Kollegen-Korrespondenten, wie z.B. In Handelsblatt schreiben die Autoren Markus Hennes und Andreas Rinke ihr Artikel in Berlin/Düsseldorf und das Ereignis wird in Algerien geschieht.

Die deutschen Berichter versuchen in ihren Redaktionen den deutschen Lesern, eine bessere Vorstellung über Algerien zu geben.

Schließlich kann behauptet werden, dass Algerien in einem positiven Wachstum aufschwingt und sich in der Weltpolitik integriert hat; deswegen bleiben noch offene Fragen und Kritiken bestehen.

Literaturverzeichnis

1. Crone, Bernd: Wirtschaft heute, Hamburg Verlag, 2007
2. Edigna, Menhard; Treede, Tilo: Die Zeitschrift. Von der Idee zur Vermarktung, Konstanz, 2004
3. Elkorso, Kamel : l'Algérie et la presse allemande, une vue ou une image ? Imago revuen°1, 1998
4. Elzein, Jihane : die algerische Wirtschaft in der westdeutschen Presse Von 1962 bis 1978 Oran, 2004
5. Engel, Christine: Die Geschichte der Presse in Deutschland: von den Anfängen bis zum Ende des 18. Jahrhundert, GRIN Verlag, 2006
6. Gadamer, Hans-Georg: Wahrheit und Methode. Grundzüge einer philosophischen Hermeneutik, (Gesammelte Werke; Bd. 1,1), Mohr, Tübingen, 1975
7. Gröske, Schneider: Wörterbuch der Wirtschaft, Kröner, 2003
8. Halmut, Ludwig: Zeitschrift für gutes Deutsch, Verlagspostamt, Leipzig, April 1977
9. Kuhne, Berthold: Grundwissen Deutschland, kurze Texte und Übungen Verlag GmbH, 1. Auflage, München, 2003, 2. Erweiterte Auflage, München, 2003
10. Kulesa(Hrsg.), Altmann: Internationale Wirtschaftsorganisationen, BerlinVerlag 1998
11. Lindemann, Margot: Geschichte der deutschen Presse ,Bd1,Berlin, 1969
12. Lippert, Heinrich: Rezipienten-orientierte Medienwirkungsforschung.Grundlegung und Modell einer rezipienten-orientierten Medienanalyse, Selbstverlag, Münster, 1987
13. Meyn, Hermann: Massenmedien in Deutschland ,Neuaufgabe, Konstanz Verlag, 2004
14. Noelle-Neumann, Elisabeth; Schulz, Winfried; Wilke, Jürgen (Hrsg.): Fischer Lexikon. Publizistik Massenkommunikation, Frankfurt, 2000

15. Pürer, Heinz; Raabe, Johannes: Medien in Deutschland, Band 1 ,Presse2
Überarbeitete Auflage, Konstanz Verlag, 1996
16. Raether, Manfred: 150 Jahre Schlesische Zeitung(1742 - 1892)Schöneck, 2008
17. Römer, Karl; Bulka, M.A. ; Dieter, Heinz: Tatsachen über Deutschland, Verlag GmbH, Gütersloh, 1978-1981
18. Schmidt, Edward: Wirtschaft und Kultur, München, 1999
19. Schmidt, Erich: Deutsche Sprache, Zeitschrift für Theorie, Praxis, Dokumentation, Berlin, Schmidt Verlag, 1979
20. Schöningh, Ferdinand: Wort und Sinn, Sprache System und Funktion, München, Wien, Zürich Verlag, 1980
21. Schrag, Wolfram: Medienlandschaft Deutschland, UVK Verlagsgesellschaft mbH, Konstanz, 2007
22. Schütz, Walter J. : Zeitungen in Deutschland,Vistas Verlag, 2005
23. Stöber, Rodolf: Deutsche Pressegeschichte, Konstanz, 2005
24. Waldenberger, Arthur: Presserecht im Internet und elektronische Presse, München Verlag, 2008
25. Wolf, Schneider; Paul Josef, Raue: Das neue Handbuch des Journalismus, Reinbek Verlag, 2003.
26. Yetto, Boualem: Wirtschaftsdeutsch, Oran, 2004

Internetquellen

<http://www.abo-kompass.de> 2005-2006 am 20.05.2011

<http://www.ahk.de> am 20.05.2011

<http://www.algier.diplo.de> am 03.09.2012

<http://www.alpha.dz.com> am 10.10.2009

<http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de> am 10.10.2009

<http://www.djazair2003.org> am 23.12.2010

<http://www.freischreiber.de> am 20.10.2012

<http://www.invest-in-germany.de> am 20.09.2011

<http://www.ixpo.de> am 20.09.2011

<http://www.wto.org> am 11.20.2010

Anhang



KANZLERREISE

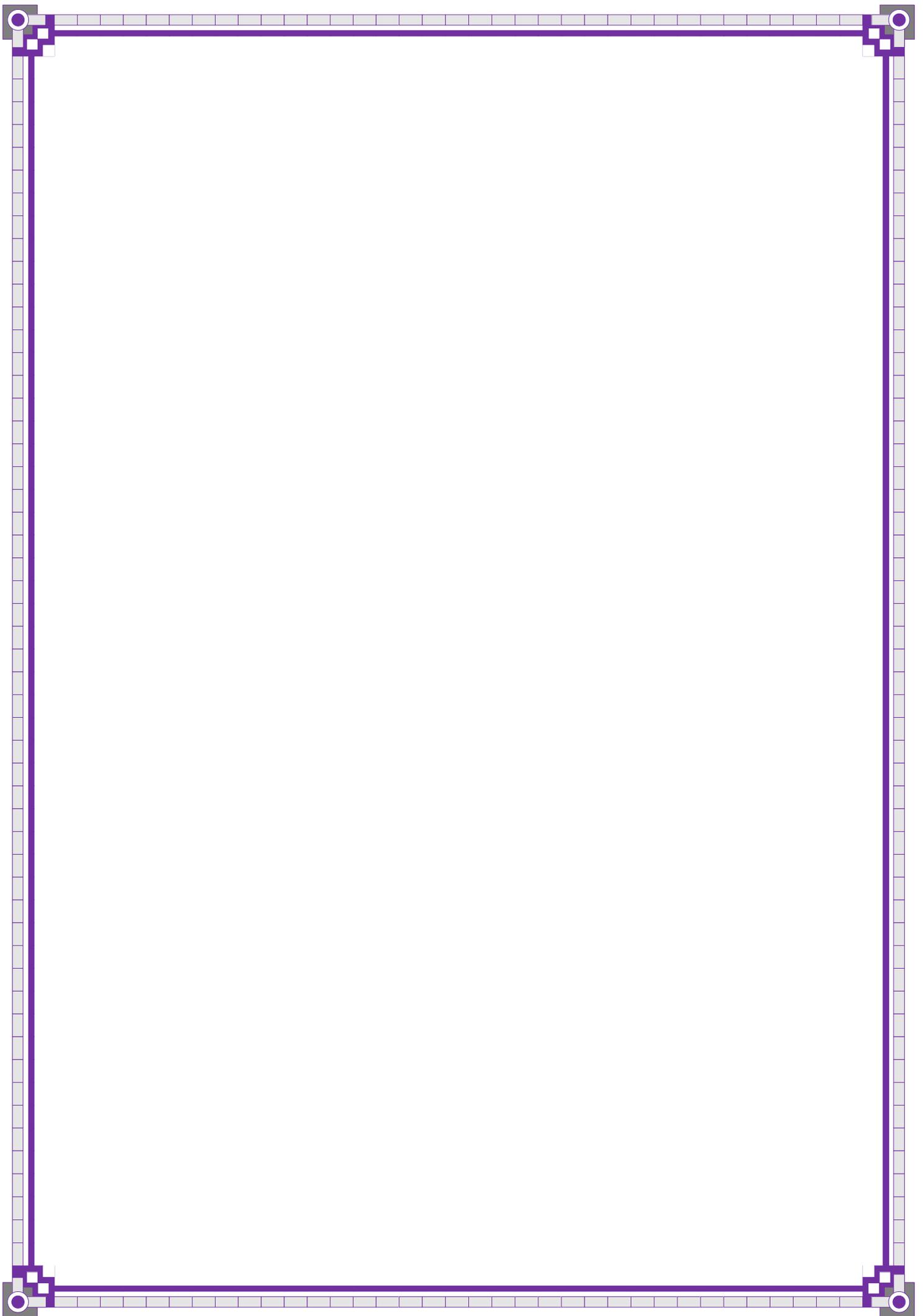
Vergessene Märkte

Bundeskanzler Gerhard Schröder reist nach Libyen und Algerien - und 20 deutsche Top-Manager mit ihm. Das hat gute Gründe: Libyen, das bisher global geächtete Land, will sich auf seinem Weg aus jahrzehntelanger Isolation zurück in die internationale Staatengemeinschaft für Auslandsinvestoren öffnen. Da hofft auch die deutsche Wirtschaft auf Geschäfte.

Die Gelegenheit ist günstig wie nie: Libyen ist nicht nur reich, weil das erdölreiche Land von einem hohen Ölpreis profitiert und schon jetzt Devisenreserven von 20 Milliarden Dollar angesammelt hat, denen Auslandsschulden von nur vier Milliarden Dollar gegenüberstehen. Der Wüstenstaat hat auch einen gewaltigen Modernisierungsbedarf - ob im Energiebereich, in der Telekommunikation oder in der Verkehrsinfrastruktur. Und deutsche Unternehmen genießen wie im Irak einen guten Ruf. Seit August sind auch Hermes-

Bürgschaften wieder möglich. Kurz: Es ist Zeit, schnell zu konkreten Abschlüssen zu kommen; um nicht von der Konkurrenz abgehängt zu werden. Vor allem Amerikaner drängen ins Land.

Was für Libyen gilt, gilt noch mehr für Algerien. Es ist dank seiner riesigen Gasreserven ebenfalls ein reiches Land. Die Devisenreserven werden auf 35 Milliarden Dollar beziffert. Darüber hinaus ist der Markt mit seinen 30 Millionen Einwohnern gut fünfmal so groß wie das Land von el Gaddafi, das Potenzial ist damit deutlich höher. Die deutsche Wirtschaft hat allerdings noch einiges aufzuholen, wenn aus ihr ein ernst zu nehmender Player werden soll. Die 90er-Jahre hat sie in Algerien, verschreckt durch den Terror, nahezu komplett verschlafen und den Franzosen den Vortritt gelassen. Jetzt sollten sich die Deutschen besser wappnen: Der große Modernisierungsschub in Algerien steht noch bevor. sk





Industrie setzt in Libyen auf Neuanfang

Bei der Kanzlerreise nach Tripolis und Algier will die deutsche Wirtschaft an alte Beziehungen anknüpfen

MARKUS HENNES, ANDREAS RINKE

HANDELSBLATT, 14.10.2004

BERLIN/DÜSSELDORF. Wenn Bundeskanzler Gerhard Schröder heute Abend nach Libyen fliegt, geht es ihm nicht nur darum, dem Land den Weg in den Westen zu ebnet. Gleichzeitig will er in dem ölreichen Land wie anschließend auch in Algerien den politischen Türöffner für die deutsche Wirtschaft spielen. Denn in beiden Ländern machen sich deutsche Firmen große Hoffnungen auf Aufträge. So gehören Matthias Mitscherlich, Vorstandschef von MAN Ferrostaal und Wintershall-Boss Reinier Zwitserloot zu den 20 deutschen Topmanagern, die den Bundeskanzler begleiten. Zur Wirtschaftsdelegation gehören auch Vertreter der Baukonzerne Bilfinger Berger und Hochtief, des Anlagenbauers Krupp Uhde, von Linde, ABB, RWE Dea, Siemens und dem Pumpenhersteller KSB.

Die politische Flankierung gilt als notwendig, zumal die politische und wirtschaftliche Öffnung gerade Libyens auch US-Firmen zurück in den lukrativen Markt bringt. Seit Juni liefert das Land wieder Öl in die USA. „Unsere schärfsten Konkurrenten kommen aber traditionell aus Italien und Griechenland“, sagte Mitscherlich. Preislich könnten die Deutschen mit Anbietern aus diesen Ländern häufig nicht mithalten.

Ferrostaal will den Libyen-Umsatz von derzeit etwa 100 Mill. Euro „in absehbarer Zeit verdoppeln“. So

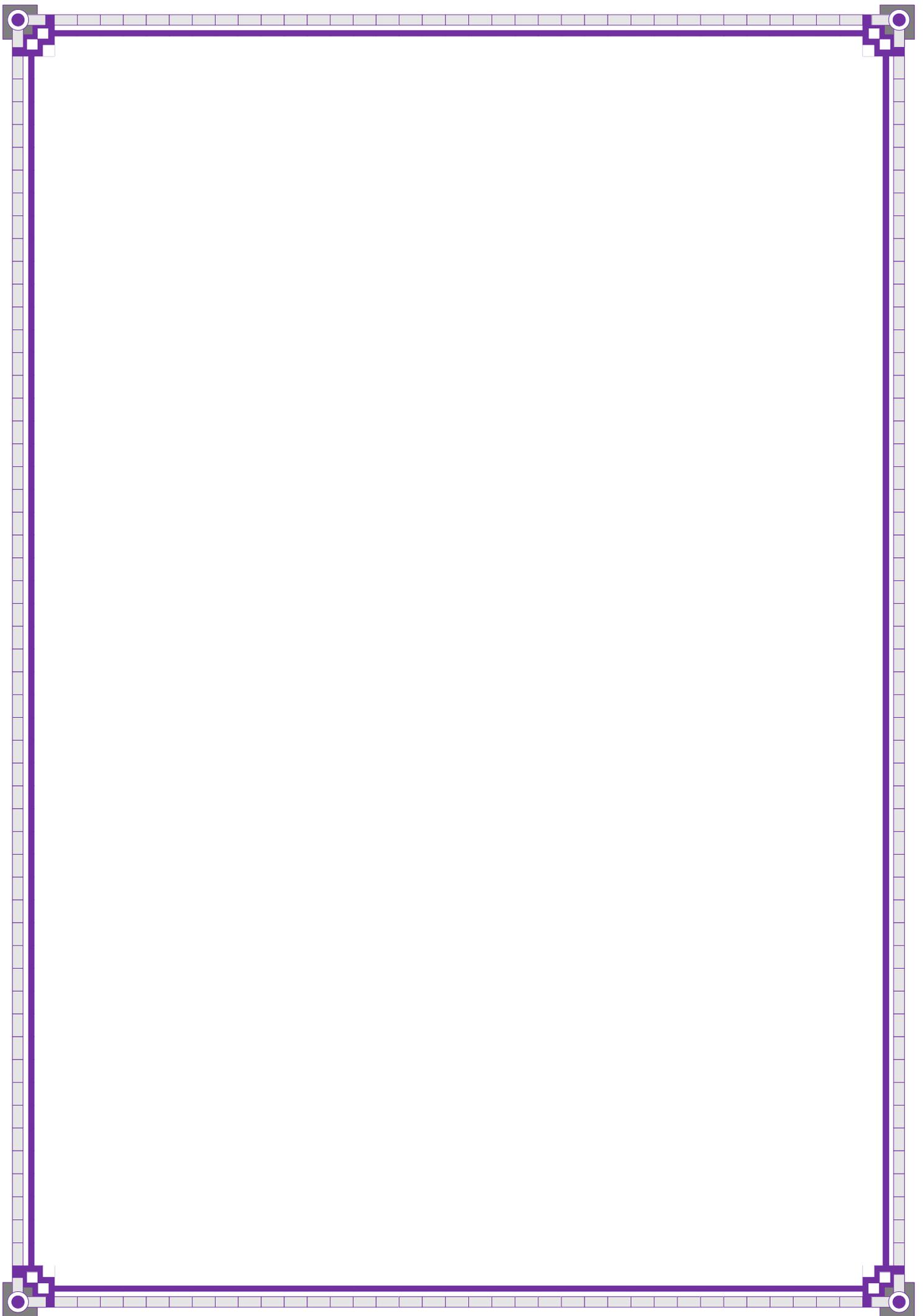
sind Aufträge mit einem Volumen von 215 Mill. Euro in Abwicklung, vier weitere Projekte mit einem Auftragswert von 655 Mill. Euro befinden sich in der konkreten Akquisitionsphase. Libyen habe seit der Öffnung nach Westen erhebliches Wachstumspotenzial, findet auch der Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau (VDMA). In den 70er und 80er Jahren habe das Land zu den fünf wichtigsten deutschen Kunden gehört. Allerdings erschwerten Bürokratie und eine unklare Gesetzeslage das Geschäft. Ende November soll ein deutsch-libysches Investitionsschutzabkommen unterzeichnet werden.

Zu den wichtigsten Infrastrukturprojekte der kommenden Jahre zählen etwa der geplante Bau von acht Kraftwerken, einer Eisenbahnlinie von Tunesien bis Tripolis, der Bau von Wasserkanälen zu den Küstenstädten sowie der Ausbau des Telefonnetzes. Im Ölsektor will vor allem Wintershall von der langjährigen Präsenz vor Ort profitieren. Nach Informationen dieser Zeitung ist das Unternehmen bei fünf Bohrungen in ihren Konzessionsgebieten in der libyschen Wüste fündig geworden. Bei zwei Bohrungen wurden neue Ölfelder entdeckt. Bundeskanzler Schröder wird am Freitag eine neue Bohrung in Betrieb nehmen. Wintershall hat zudem mit dem norwegischen Energiekonzern Norsk Hydro eine strategische Partnerschaft vereinbart, um bei der Lizenzvergabe für 15 weitere Explorati-

onsblöcke zum Zuge zu kommen.

Ähnlich viel versprechend wie in Libyen sieht die deutsche Industrie die Lage in Algerien, der zweiten Station der Schröder-Visite in Nordafrika. Algerien verfügt zwar über weniger nachgewiesene Ölreserven, gilt aber als potenzieller Gaslieferant für Europa. Zudem hoffen deutsche Firmen auf Aufträge im Wassersektor. „Algerien ist sicher der stärker unterschätzte Markt im Vergleich zu Libyen“, sagte Jochen Clausnitzer vom Deutschen Industrie- und Handelskammertag (DIHK). Bisher habe die deutsche Industrie dort „eine riesige Chance“ verpasst. Denn nach der Unabhängigkeit des Landes waren es vor allem deutsche Unternehmen gewesen, die in Algerien eine Industriestruktur aufbauten. Die Kontakte rissen dann aber während der Terrorwelle der 90er Jahre ab. Die frühere Kolonialmacht Frankreich ist seither wesentlich stärker im Geschäft. Im ersten Halbjahr 2004 stiegen die deutschen Exporte immerhin um 29 Prozent auf 450 Millionen Euro.

Vom 15. November an wird in Algier der Koordinator für die Deutsch-Algerischen Wirtschaftsbeziehungen seine Arbeit aufnehmen. Unterstützt wird das Büro unter anderem durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit (BMWA), den DIHK und den algerischen Unternehmerverband „Forum des Chefs d'Entreprises“.





Libyen und Algerien sollen sich Europa öffnen

Bundeskanzler Schröder startet Nordafrika-Reise

HANDELSBLATT, 15.10.2004

BERLIN. Bundeskanzler Gerhard Schröder ist als erster deutscher Regierungschef am Donnerstagabend nach Libyen geflogen. Der Besuch soll helfen, das Land bei seiner Öffnung nach Westen zu unterstützen. Die Visiten in Tripolis sowie anschließend in Algerien seien Teil der Stabilisierungsbemühungen für die gesamte Region Nordafrika, hieß es gestern in deutschen Regierungskreisen. Bundeskanzler Gerhard Schröder hatte die Reise zugesagt, nachdem Libyen Entschädigungen an die Opfer des Bombenanschlages auf die Berliner Diskothek „La Belle“ 1986 gezahlt hatte.

Schröder ist nicht der erste EU-Staatschef, der Tripolis seit dem Kurswechsel von Staatspräsident

Muammar Gaddafi besucht. Vor ihm waren etwa der britische Premierminister und der italienische Ministerpräsident da. Allesamt versuchen sie, ihren nationalen Unternehmen politische Flankierung in dem ölreichen Land zu bieten. Gemeinsam wollen sie versuchen, beiden Ländern auf ihrem angestrebten Weg in die WTO und bei der Annäherung an die EU zu helfen.

Die Kontakte mit der algerischen Regierung werden in Berlin auch deshalb als wichtig angesehen, weil das Land für zwei Jahre nicht-ständiges Mitglied im Uno-Sicherheitsrat ist. Sowohl die Regierungen in Algerien wie auch Tripolis haben bereits öffentlich den deutschen Wunsch nach einem ständigen Sitz im obersten Uno-Gremium unterstützt.



NACHGEFRAGT: REINIER ZWITSERLOOT

„Nordafrika stärker einbeziehen“

Herr Zwitserloot, warum war die Kanzlerreise nach Nordafrika wichtig?

Um dies zu verstehen, muss man einen Blick auf die künftige europäische Energiesituation werfen. Zur Zeit produzieren wir Europäer rund die Hälfte unseres benötigten Gases selbst, der Rest wird importiert. In zehn Jahren müssen wir aber bereits 75 Prozent unseres Verbrauches einführen. In absoluten Zahlen bedeutet dies, dass die benötigten Importe von jetzt 200 auf 400 Milliarden Kubikmeter steigen werden.

Mit Russland bietet sich doch das Land mit den größten Gasreserven als dauerhafter Lieferant an.

Schon, aber auch in Russland wachsen die Herausforderungen. Denn dort wird man künftig entweder in weiter entfernten oder in klimatisch und geologisch schwierigeren Gebie-

ten fördern müssen. Deshalb müssen wir Nordafrika in Europas Energieversorgung stärker einbeziehen. Ich bin sicher: Es wird nicht bei einer Pipeline in die EU bleiben.

Wieso ist Wintershall in Libyen stark engagiert, im ebenfalls gasreichen Algerien dagegen kaum?

Im Öl- und Gasgeschäft muss es ein realistisches Verhältnis zwischen dem eingegangenen Risiko und dem Ertrag geben. In Libyen haben wir die Erfahrung gemacht, dass sich unsere Partner zuverlässig an Zusagen halten. In Algerien haben wir nach den letzten Ausschreibungsrunden den Eindruck, dass das Verhältnis nicht stimmt. Die Aussicht auf Ertrag ist zu gering. Bei anderen Rahmenbedingungen wären wir bereit, uns auch dort stärker zu engagieren.

Haben die Europäer die Bedeutung der Versorgungssicherheit erkannt?

Der Bundeskanzler schon, die EU-Kommission noch zu wenig. Auch die europäische Energiepolitik muss auf der Erkenntnis aufbauen, dass Firmen nur dann in die nötige teure Infrastruktur investieren, wenn sie Aussicht auf Ertrag haben. Deshalb ist das Misstrauen etwa gegenüber Langfristverträgen absolut unverständlich.

Es wird aber in Europa investiert.

Nur nicht genug, um den künftigen Bedarf zu decken. Die USA sind ein abschreckendes Beispiel: Dort ist Erdgas knapp geworden, der Preis liegt über dem europäischen Niveau. Die Folge ist, dass die auf Gasverarbeitung spezialisierte chemische Industrie nicht mehr wettbewerbsfähig ist und abwandert.

Die Fragen stellte Andreas Rinke.

Vertrauensarbeit an der europäischen Südflanke

Schröder empfiehlt die Deutschen in Nordafrika

ANDREAS RINKE, TRIPOLIS/ALGIER
HANDELSBLATT, 18.10.2004

Wer in arabischen Ländern erfolgreich sein will, der braucht Zeit und Geduld. Gerhard Schröder braucht sogar viel Zeit und noch mehr Geduld. So sitzt er im obersten Stock des Staatsgästehauses der algerischen Regierung mit atemberaubendem Blick über die Millionenstadt Algier und lauscht den Ausführungen seines Gastgebers. Und der algerische Präsident Abdelaziz Bouteflika redet und redet. Über die Notwendigkeit der Reformen in seinem Land und die Aufgabe des Staates, diese Reformen zu lenken und zu leiten.

Schröder schaut in der deutsch-algerischen Unternehmerschar vor ihm nach rechts, er schaut nach links. Aber jeden Impuls, Ungeduld zu zeigen, bezwingt er. Schließlich ist der Kanzler in Nordafrika, um gute Mine zu machen. Außerdem weiß er, was ihn erwartet: Am Vorabend war Bouteflika beim Staatsbankett mühelos aus dem Zwangskorsett der vereinbarten 3-Minuten-Rede ausgebrochen. Und die größten Geduldsproben hatte Schröder zuvor im Zelt des libyschen „Führers“ Muammar al Gaddafi bestanden. Der dozierte noch beim Abendessen über das Problem deutscher Minen aus dem 2. Weltkrieg.

Doch Schröder ficht dies nicht an. Er ist der erste Kanzler, der Libyen besucht und der erste seit 1974 in Algerien. Das ist die Geduld wert – zumal der Kanzler ja um bessere Geschäfte für die deutsche Wirtschaft werben will. Schon das erfordert demonstratives Verständnis. Und Schröder macht schnell klar, dass es für ihn um mehr geht als um

Aufträge – ihn treibt immer stärker um, dass Deutschland generell stärker in der Welt präsent sein sollte. Nach der vollendeten Osterweiterung entdeckt Berlin nun auch die Südflanke der Europäischen Union.

Die Linie des Auftritts ist dabei klar: Entschlossen soll er wirken, aber bescheiden, interessiert, aber nicht aufdringlich. Weshalb Schröder anders als Frankreichs Staatspräsident Chirac nicht mit 150 Unternehmern einflog, sondern „nur“ mit 20; weshalb er vor den algerischen Unternehmern erwähnt, dass die Frankfurter Buchmesse den Schwerpunkt arabische Literatur hatte.

Und weil es so schön zum gewünschten Bild der Deutschen als vorbildliche Partner passte, war er am Vortag extra in die libysche Wüste geflogen. Dort produziert die Kasseler Ölfirma Wintershall, wie es dem Kanzler (und den Libyern) gefällt: Um einen Dattelpalmen-Hain zu schützen, wurde das Bohrloch um 800 Meter verlegt, das ebenfalls frei werdende Gas wird nicht abgefackelt, sondern ebenfalls genutzt. Zudem symbolisiert die Tatsache, dass der Konzern seit 1958 in Libyen tätig ist, dass die Deutschen verlässliche und dauerhafte Partner sind. „Ein Leuchtturmprojekt“, betont Schröder deshalb zufrieden.

Am Ende der Kurzreise ist er zufrieden. Deutschland hat seine politische Duftmarke nun auch am Südrand des Mittelmeers hinterlassen. Aber jetzt kommt wieder der Faktor Zeit ins Spiel. Denn wie lange es dauert, bis die in Tripolis und Algier versprochenen Reformen greifen, das weiß niemand. Nur eins scheint fest zu stehen: Die Reden werden wohl in keinem Fall kürzer werden.



Selbstbewußtsein und hohe Staatseinnahmen

Bundeskanzler Schröder besucht zum ersten Mal Algerien / Von Hans-Christian Rößler

Bei seiner Ankunft in Algerien wird Bundeskanzler Schröder am Freitag abend einem Präsidenten gegenüber treten, dessen Selbstbewußtsein noch gewachsen ist. Nicht, daß es Abdelaziz Bouteflika, den der Bundeskanzler schon mehrfach außerhalb Algeriens getroffen hat, daran mangelte. Doch im April ist der algerische Staatspräsident mit fast 85 Prozent der Stimmen im Amt bestätigt worden. Zugleich verfügt er wegen des gestiegenen Ölpreises über so hohe Einnahmen wie keiner seiner Vorgänger: 30 Milliarden Dollar (nach 24 im Vorjahr) wird die staatliche Ölgesellschaft Sonatrach wohl in diesem Jahr mit Öl und Erdgas verdienen. Bis zu 50 Milliarden Dollar will die Regierung in den nächsten fünf Jahren für die Modernisierung des Landes ausgeben; noch ist das Gesetz dafür nicht verabschiedet.

Es ist kein Zufall, daß den Bundeskanzler, der am Freitag aus Libyen kommen wird, eine große Wirtschaftsdelegation begleitet. In Algerien ist für ausländische Investoren das Fell noch nicht verteilt. Langsamer als geplant kommt die Privatisierung der staatlich gelenkten Wirtschaft voran. Aber schon jetzt bieten sich für deutsche Unternehmen Chancen, die schon früher Maschinen und Ausrüstung für die Ölförderung lieferten. Als Teil des EU-Mittelmeerprogramms klinkt sich Algerien schrittweise in die geplante Freihandelszone ein, die den wirtschaftlichen Austausch erleichtert. Gleichzeitig bringt diese Zone dem Land aber schmerzhaft Eingriffe in das jahrzehntelang staatlich gelenkte Wirtschaftssystem.

Im Kampf gegen den internationalen Terrorismus arbeitet Algerien immer enger

mit den Vereinigten Staaten zusammen. Washington baut seine Kooperation mit den Sahel- und Maghreb-Staaten aus, weil man befürchtet, daß sich dort islamistische Terroristen reorganisieren könnten. Die über Monate andauernde Entführung der 32 europäischen Sahara-Touristen im vergangenen Jahr – darunter 16 Deutsche – zeigte, wie leicht sich militante Islamisten im Wüstengebiet bewegen und Grenzen überwinden können.

In Algerien selbst sind die militanten Islamisten auf dem Rückzug. Sie sind allerdings nicht so geschwächt, wie es die Regierung manchmal darstellt. Zwar gelang den Sicherheitskräften im Juni ein Schlag gegen die Führung der größten und gefährlichsten Terrorgruppe „Groupeement salafiste pour la prédication et le combat“ (GSPC). Doch die konnte sich seitdem offenbar neu organisieren und hat neue Anschläge verübt. Die „Nummer zwei“ der GSPC, Amari Saïfi, der auch Abderrazak el Para genannt wird, halten Rebellen im Nachbarland Tschad gefangen. Er war der Rädelsführer der Geiselnahme der Sahara-Touristen. Algerien verlangt die Auslieferung des Terroristen, von dem es heißt, er arbeite auch mit Al Qaida zusammen. Auch in Deutschland liegt gegen den Islamisten ein Haftbefehl vor. Im August hatte er in einem Interview bestätigt, die Geiseln gegen ein Lösegeld von fünf Millionen Euro aus Deutschland freigelassen zu haben, von dem dann auch Waffen und Munition gekauft worden seien.

Nach seiner Wiederwahl ließ Bouteflika eine neue Offensive gegen die militanten Muslime beginnen, nachdem sie auf ein weiteres Amnestieangebot nicht eingegangen waren. Immer wieder versuchte der Präsi-

dent eine Politik der „nationalen Versöhnung“, die in Teilen der politisch weiterhin einflussreichen Armeeführung auf Widerstand stieß. Prominentester Vertreter der „Ausrotter“ (der Terroristen) war Generalstabschef Lamari. Dessen Rücktritt – angeblich aus gesundheitlichen Gründen – wurde in Algerien als ein Zeichen dafür gewertet, daß Bouteflika seine Position gegenüber den Generälen ausbaute, ohne die in Algerien keine wichtigen politischen Fragen entschieden werden. Lamaris 72 Jahre alten Nachfolger betrachten viele Algerier nur als Übergangslösung.

Auf Widerstand konservativer Muslime stoßen die Bemühungen der algerischen Regierung, das Familienrecht zu modernisieren. Im Vergleich zu den Rechten, die Frauen mittlerweile in Marokko oder Tunesien haben, ist das algerische Gesetz rückständig. Frauenverbänden und regierungsunabhängigen Zeitungen geht der vorliegende Gesetzentwurf wiederum nicht weit genug. Bouteflika aber legte gegenüber Kritikern in den Medien nach seiner Wiederwahl eine härtere Gangart an den Tag: Seit Anfang August 2004 verbüßt Mohamed Bencheïou, Chefredakteur der Zeitung „Le Matin“, eine zweijährige Haftstrafe wegen angeblicher Devisenvergehen. Kurz darauf mußte auch seine Zeitung ihr Erscheinen einstellen; „Steuerrückstände“ wurden als Grund dafür genannt. Schon zuvor beklagten internationale Organisationen wie „Reporter ohne Grenzen“ Behinderungen der Pressefreiheit. Seit Bouteflikas Wiederwahl sei „eine gefährliche Zunahme der Repression gegen die private Presse“ zu beobachten.



Durch die Wüste wie geölt

Plaudern in Gaddafis Zelten – Gerhard Schröder und deutsche Unternehmer zu Besuch in schwierigem Gelände

Von Kurt Kister

Algier, 16. Oktober – Wenn man Gerhard Schröder lange genug verfolgt hat, dann erkennt man an seinem Tonfall, was ihm gerade durch den Kanzlerkopf geht. Im Moment spricht er mit der Nervt-mich- bloß-nicht-mit-euren-Fragen-ich-will-nach-Hause-Stimme. Menschlich ist das verständlich, denn Schröder war noch am letzten Montag in Afghanistan, dann flog er über Berlin kurz nach Italien, wieder zurück nach Berlin, packte die Koffer und begab sich anschließend auf die Reise nach Nordafrika. Jetzt ist Pressekonferenz in Algier, der letzte Termin auf Schröders kurzer Maghreb-Reise.

„Ich denke“, sagt Schröder zu den Journalisten, „dass Sie in Algerien gespürt haben, dass sich das Land auf einem richtigen Weg befindet.“ Nein, haben wir offen gestanden nicht so richtig. Wie sollten wir auch. Nachts zuvor hatte man den Kanzlertruss bei schwarzer Finsternis vom Flughafen zu einem Hotel gekarrt. Vom Bus aus sah man wenige Menschen, dafür aber deutlich mehr Reklametafeln als zuvor in Libyen. In Tripolis war das Hauptmotiv der Reklametafeln der Revolutionsführer Gaddafi, in Algerien gab es Werbung für Coca-Cola, Citroën und französische Windeln. Dies deutet grundsätzlich darauf hin, dass in Algerien die Marktwirtschaft weiter fortgeschritten ist als in Libyen – aha, doch der richtige Weg? – und außerdem wurde im algerischen Hotel Bier ausgeschenkt, was im libyschen Hotel nicht der Fall war, weil Gaddafi in seinem Reich auch den Alkohol verboten hat.

Sonst haben wir nicht viel gespürt in Algerien, weil wir außer dem Hotel und einem hochbetonierten Gästehaus der Regierung praktisch nichts von Algier und Algerien gesehen haben. Wäre übrigens auch schwierig gewesen, mehr zu sehen oder zu spüren, denn der Inhalt des Kanzlerflugzeugs nebst Kanzler hielt sich ganze 18 Stunden in Algerien auf und die Hälfte dieser Zeit war auch noch Nacht.

Der Kanzler hat natürlich viel mehr gespürt in Algerien als wir. Zweimal hat er mit dem Staatspräsidenten Abdelaziz Bouteflika geredet, der körperlich noch kleiner ist als Schröder und einen Schnurrbart trägt. Bouteflika, 2004 mit einem verdächtig hohen Ergebnis von 85 Prozent als Präsident wiedergewählt, hat sich den Umbau der Staats- und Planwirtschaft in der Demokratischen Volksrepublik Algerien auf die Fahnen geschrieben. Dieser Transformationspro-

läuft, wie das ein Schröder-Diplomat subtil ausdrückt, nicht unbedingt parallel zum Prozess der gesellschaftlichen und politischen Liberalisierung.

Zwar ruht der innere Krieg in Algerien mit seinen grässlichen Massakern seit ein paar Jahren, und das Militär zieht sich, wie es heißt, erstmals Schritt für Schritt aus der Politik zurück. Die Situation aber bleibt gespannt und explosiv. Wie in anderen Ländern der Region auch entfernt sich die Elite in Algerien mehr oder weniger schnell vom lange identitätsbestimmenden Muster der nationalistisch orientierten Einheitspartei-Herrschaft mit starker Dominanz von Militär und Geheimdiensten. Das Modell der sozialistisch geprägten, repressiven Offiziers-Regime, entstanden im Entkolonialisierungs-Kampf, gilt dem Bürgertum in weiten Teilen des Orients und der südlichen Hemisphäre als schrecklich überholt – und sei es nur, weil das Bedürfnis nach wachsendem Wohlstand die wirtschaftliche Öffnung und Annäherung an den Westen im weitesten Sinne erfordert. Wenn Schröder in Algerien

sagt, sein politisches Hauptinteresse liege in der „Unterstützung des Reformkurses“, dann schwingt dabei die alte Theorie mit, dass mit dem Wohlstand auch die Freiheit wächst. Außerdem soll, so der zweite Hauptsatz des Orientreisenden Schröder, die deutsche Industrie an diesem Wohlstands- und Freiheitswachstum dergestalt partizipieren, dass sie davon auch profitiert. „Ich habe mich nie dafür geschämt, im Ausland auch als Lobbyist der deutschen Wirtschaft aufzutreten“, sagt Schröder. Als Konsequenz dieses pragmatischen Ansatzes füllen auch auf dieser Reise zwei Dutzend deutsche Manager und Unternehmer die Business-Klasse des Kanzler-Airbus.

Kamelmilch mit Mythen

Algerien befindet sich zweifelsohne im Umbruch, auch wenn man noch nicht so genau weiß, ob Bouteflikas marktwirtschaftliche Aussöhnungspolitik Bürgerkrieg, Islamismus und ethnische Konflikte auf Dauer ruhig stellen oder gar beenden kann. Auf welchem Weg sich aber Libyen befindet, ist weniger klar. Der Hauptmann Muammar Gaddafi, der sich nach seinem Coup d'etat 1969 selbst zum Oberst beförderte, ist samt Beduinen-Stasi, Offizierskaste und potenziellem Nachfolger-Sohn bis heute die Verkörperung des reinsten Putschisten-Prinzips: Der Volkswille bin ich. Andererseits hat er dem Staatsterrorismus und den Mas-

senvernichtungswaffen abgeschworen und öffnet, wenn auch dies auf autokratische Weise, seinen auf Öl schwimmenden Wüstenstaat westlichen Firmen.

Jenseits aller politischen Analyse ist Muammar Gaddafi als Person einfach nur bizarr oder, wie es Schröder formuliert, „der ungewöhnlichste Politiker, den ich bisher im Ausland getroffen habe“. Bevor man Gaddafis Wohnbereich betreten kann, muss man erst einmal durch ein Labyrinth von Sperranlagen, MG-Bunkern und Abhaltungsbauten gelangen, auf die wohl selbst Erich Mielke neidisch gewesen wäre. Dann parkt die Autokolonne auf einem betonierten Platz. An dessen Stirnseite gammelt die Ruine jenes Gebäudes als Mahnmal vor sich hin, das Präsident Reagan am 15. April 1986 bombardieren ließ, weil die CIA mutmaßte, dass sich in ihm Gaddafi, der Drahtzieher des Anschlags auf die Berliner Diskothek La Belle, in jener Nacht aufhielt. War aber nicht so.

Der den Kanzler transportierende Hyperstretch-Mercedes schaukelt indessen über einen verdächtig nach Rollrasen aussehenden Bewuchs weiter durch einen Palmenhain. Links grasst die berühmte Herde der gaddafischen Kamelstuten, die sich der Revolutionsführer, so geht der Mythos, für seinen morgendlichen Kamelmilchtrunk hält. Die ebenfalls berühmte weibliche Leibgarde ist nirgends zu sehen, was daran liegen mag, dass es sich bei ihr um eine Art bewaffneter Balletttruppe handelt, die Auftritte nur bei Großevents oder Auslandsreisen des Revolutionsführers hat. Rechts von der Kamelweide stehen locker drei größere und ein paar kleine Zelte, zwischen denen die eine oder andere niedrige Betonstruktur aufwächst. Die Betonelemente sind idyllisch grün gestrichen und gehören wohl zu einem unterirdischen Bunkerkomplex. Führer jeder Art, das wissen wir als Deutsche, neigen dazu, wichtige Teile ihres Lebens in solchen oder nahe solcher Bunker zu verbringen.

Zweimal begegnete der Kanzler dem Oberst Gaddafi, einmal zum Abendessen, einmal zum politischen Gespräch. Die Themen reichten von Rommels in Libyen zurückgelassenen Minen über den Irak bis zu der Flüchtlingsbewegung über das Mittelmeer. Nein, sagte ein bei beiden Gesprächen anwesender Schröderist, man könne nicht eigentlich sagen, dass Gaddafi irrational argumentiert habe, aber: „Er hat eine andere Rationali-



tät als wir.“ Das beziehe sich zum Beispiel darauf, wie die Dinge auf der Welt so zusammenhängen und welche Rolle Amerika dabei spiele. Ob es sich um eine verschwörungstheoretische Weltansicht handele? Nun ja, meinte der Kundige, man dürfe nicht vergessen, dass Libyen lange Zeit in *splendid isolation* verbracht habe. Jedenfalls sei es sehr interessant gewesen.

Selbst als kurzzeitiger Zaungast der Treffen im Zelt dachte man: Schön, dass ich das auch noch erleben durfte. In den ersten drei Minuten der zweiten, mittäglichen Unterredung war die Presse zugelassen. Gaddafi war in eine Vielzahl verschiedener Kleidungsstücke in unterschiedlichen Rottönen gewandelt. Dazu trug er eine rötliche Brille, die den Augenbereich in einem engen Halbrund umschloss und so aussah, als habe sie der selbige Gianni Versace noch eigenhändig entworfen, wenn auch vielleicht bereits in Todesahnung. Schröder blickte den Kollegen lächelnd an, während Gaddafi mit leiser Stimme arabische Sätze aus seinem linken Mundwinkel tropfen ließ, die der Dolmetscher auffing und übersetzte. Es ging um Banalitäten, aber irgendwie erinnerte die Szenerie an Marlon Brando in der Rolle des Paten Don Corleone, der den Strom seiner Geschäftspartner und Bittsteller ebenfalls mit leiser, ein wenig überdrüssiger Stimme beschied. Als man mit einem *Thank you, press* wieder hinauskomplimentiert wurde, dachte man, dass es eigentlich großartig ist, in einem Land zu leben, wo der Regierungschef keine solchen Brillen trägt und er nicht so lange an der Macht bleibt, bis seine Tochter die nächste Kanzlerin wird.



Schröder: Öffnung fortsetzen

Bundeskanzler knüpft in Algier Wirtschaftskontakte

Algier (AP/Reuters) - Deutschland will Algerien auf dem Weg zu Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Marktwirtschaft weiter unterstützen. Bei seinem Besuch in Algier ermutigte Bundeskanzler Gerhard Schröder am Samstag den algerischen Präsidenten Abdelaziz Bouteflika zur Fortsetzung seines Reformkurses und stellte ihm eine Umschuldungsvereinbarung in Aussicht. Die Finanzminister wurden beauftragt, Gespräche darüber aufzunehmen. Der Kanzler rief dazu auf, im Kampf gegen den Terrorismus die Ursachen stärker zu berücksichtigen.

Schröder äußerte sich in einer Rede vor dem deutsch-algerischen Wirtschaftsforum in Algier zuversichtlich über eine weitere Öffnung des Landes. Algerien habe „gute Voraussetzungen“ für ein Gelingen der Wirtschaftsreformen. Hohe Einnahmen aus dem Öl- und Gasexport ermöglichten es, den Umbruch sozial abzufedern. Schröder schloss mit seiner Kurzvisite in Algier eine zweitägige Nordafrika-Reise ab. Am Freitag hatte Schröder als erster deutscher Regierungschef Libyen besucht.

Jahrelang war Algerien wegen eines Bürgerkriegs von internationalem Austausch abgeschnitten. Präsident Bouteflika bekräftigte nun den Willen zu wirtschaftlichen Reformen. „Wir haben nicht die Absicht, einen Schritt zurück zu tun.“ Er sprach sich mit Schröder für eine engere Anbindung Algeriens an die

Europäische Union aus. Den geplanten Beitritt des nordafrikanischen Landes zur Welthandelsorganisation (WTO) bezeichnete Schröder als sinnvollen Schritt. Entscheidend für den Erfolg der Reformen seien Investitionen ausländischer Unternehmen. „Zur wirtschaftlichen Öffnung nach außen gibt es keine vernünftige Alternative.“ Schröder forderte dazu auf, die deutsch-algerischen Wirtschaftsbeziehungen auszubauen. Deutschland habe Interesse an verstärkter Zusammenarbeit im Energiesektor.

Der Öl- und Gasexport ist der Schwerpunkt der algerischen Wirtschaft. Die deutsche Wirtschaft sieht daneben die Baubranche als Wachstumssektor. Der Ausbau des Flughafens in Algier, der Bau einer Autobahn sowie einer U-Bahn in der Hauptstadt stehen an. Einen Auftragsboom hat die Bundesagentur für Außenwirtschaft im Bereich Wasserbau festgestellt. Während der Visite wurden kleinere Wirtschaftsabkommen unterzeichnet, wie die Beteiligung von Siemens an einem Bahnprojekt, sowie ein Motorbaueingagement der Firma Deutz. Rund 25 Wirtschaftsvertreter begleiteten den Bundeskanzler, der seit Willy Brandt im Jahr 1974 als erster deutscher Regierungschef Algerien einen Besuch abgestattet hat. Im November nimmt in dem zweitgrößten Staat Afrikas ein Koordinator für deutsch-algerische Wirtschaftsbeziehungen seine Arbeit auf.



Ein Präsident nach Schröders Geschmack

Bundeskanzler lobt Algerien als Land im Aufbruch – dessen

Reformen deutschen Firmen Aufträge bescheren könnten

VON RICHARD MENG

Wer in der arabischen Welt einen Gesprächspartner sucht, der konsequent und mutig sein Land reformiert, wird in Algier fündig. „Freunde“ nennen Gerhard Schröder und Abdelaziz Bouteflika einander. Des Algeriers größter Wunsch an Berlin: mehr Mut der deutschen Wirtschaft.

ALGIER · 17. OKTOBER · Es ist schnell klar, dass diese Gastgeber etwas wollen: Schröder bekommt den ganz großen Bahnhof. Ehrenkompanie und Präsident auf dem Rollfeld, Hymnen und Böllerschüsse, ein Fahnenmeer auf dem Weg zum Flughafengebäude, zwanzig Kilometer bis in die Innenstadt Fähnlein an den Straßenlampen, alle hundert Meter rechts und links Soldaten in schmucker Uniform: Staatsbesuch-Format, obwohl der deutsche Kanzler gar kein Staatsoberhaupt ist.

Bouteflika hat dafür gesorgt. Der 67-jährige Präsident, der mit 25 erstmals Minister und in Algeriens Politik abgesehen von gut sechs Exiljahren über die Jahrzehnte immer wieder eine zentrale Figur war, sucht nach der halbwegs gelungenen Befriedung des Landes die der Öffnung nach Europa, sucht Ergänzungen zur traditionellen Fixierung

seines Landes auf Frankreich. Mit einer Mischung aus Repression und Integration hat er islamistische Gruppen zurückgedrängt, beginnt nun mit Schul- und Justizreformen und träumt von einer „privilegierten Partnerschaft“ mit der Europäischen Union.

Nun mag sein Gast diesen Begriff zwar nicht recht leiden, weil die CDU ihn zu Hause gegen eine EU-Vollmitgliedschaft der Türkei verwendet. Aber der Kanzler akzeptiert ganz ausdrücklich Bouteflikas Strategie. „Hartz IV plus“ könnte man sie in deutschem Sprachgebrauch nennen, witzeln Delegationsmitglieder. „Damit keine Missverständnisse aufkommen“ nennt der Algerier im Gespräch mit deutschen Wirtschaftsvertretern unüberhörbar sein Ziel: Mentalitätswechsel, auch wenn dabei manches sozialpolitisch schwierig wird.

Immerhin: Geld genug ist da im Erdölförderland Algerien. „Exzellente“ nennt Bouteflika die Wirtschaftslage. Die Frage ist nur, wer aus Europa die fälligen Großaufträge einstreicht. Im Berliner Kanzleramt wird hinter vorgehaltener Hand schon kräftig über die deutsche Wirtschaft gelästert: In der „exportabhängigsten Volkswirtschaft der Welt“ (Schröder) seien die „Großunter-

nehmen „die risikoscheuesten der Welt“. Das, so das Ziel der Kanzlervisite einen Tag nach dem Besuch in Ghaddafis Libyen, soll nun mit viel gutem Zureden aus der Politik verändert werden.

Allerdings krankt die von Schröder immer wieder angesprochene kulturelle Zusammenarbeit, die den wirtschaftlichen Austausch ergänzen soll, an Geldmangel. Wenn er mal eine halbe Milliarde Euro zur freien Verfügung hätte, würde er sie dort einsetzen, so eine Kanzlerkenntnis neueren Datums. Doch gerade da wurde über Jahre gekürzt. Die Berliner Botschaft in Algier hat jährlich gerade 10 000 Euro für Bildungskooperation; Paris, so heißt es, setze für den gleichen Zweck 22 Millionen ein. Theorie und Praxis also differieren noch.

„Was wir eigentlich wollen“, sei die Frage, sagt der Kanzler auf dem Heimflug, und gibt sich die Antwort: „diejenigen unterstützen, die sich auf den Weg gemacht haben“. Auf den Weg auch, der deutschen Wirtschaft Perspektiven zu geben. Denn der Kanzler findet: „Die Fixierung allein auf den europäischen Markt reicht nicht und China allein ist auch kein Ersatz.“ Dorthin führt des Kanzlers nächste größere Reise.



Schröder will Kurs der Öffnung in Algerien unterstützen

Der Bundeskanzler stellt bei seinem ersten Besuch seit 30 Jahren eine Umschuldungsvereinbarung in Aussicht

Algier – Deutschland will Algerien auf dem Weg zu Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Marktwirtschaft weiter unterstützen. Bei seinem Besuch in Algier ermutigte Kanzler Schröder den algerischen Präsidenten Abdelasis Bouteflika am Wochenende zur Fortsetzung seines Reformkurses und stellte ihm eine Umschuldungsvereinbarung in Aussicht. Die Finanzminister wurden beauftragt, Gespräche darüber aufzunehmen. Der Besuch Schröders war der erste eines Bundeskanzlers in Algier seit 30 Jahren. Algerien habe in den vergangenen Jahren beeindruckende politische und wirtschaftliche Erfolge erzielt, sagte der Kanzler nach seinem Gespräch mit Bouteflika. Das Interesse der deutschen Wirtschaft an dem Land sei enorm gestiegen. Im Energiesektor, aber auch beim Ausbau der Infrastruktur bestehe großes Interesse an einer Zusammenarbeit. Dies gelte insbesondere für Unternehmen aus Ostdeutschland, die bereits vor der Wiedervereinigung sehr aktiv in Algerien gewesen seien. Bouteflika betonte, daß der Weg seines Landes von der sozialistischen Plan- zur Marktwirtschaft unumkehrbar sei. Er machte deutlich, daß Algerien auch an einer engeren Partnerschaft zur Europäischen Union interessiert sei.

Schröder zeigte sich optimistisch, daß es bei der von Algerien

gewünschten Umschuldung zu einer einvernehmlichen Regelung kommt. „Wir sind davon überzeugt, daß es eine Lösung, die im Interesse beider Seiten liegt, geben wird.“ Er wies aber darauf hin, daß es im Pariser Klub der Gläubigerstaaten „bestimmte Restriktionen“ für Länder gebe, die Öl und Gas förderten.

Ein Schwerpunkt des Gesprächs mit Bouteflika war nach Angaben Schröders die Reforminitiative für den Nahen und Mittleren Osten, die im Juni auf dem G-8-Gipfel in den USA eingeleitet wurde. Der Kanzler betonte, daß die Reformen aus den Ländern selbst auf den Weg gebracht werden müßten und nicht von außen oktroyiert werden dürften. Weiteres Thema war der Kampf gegen den internationalen Terrorismus. „Das Mittelmeer trennt unsere Kontinente nicht. Es verbindet sie“, betonte Schröder. Dies bedeute aber auch, daß Sicherheit unteilbar sei. „Was in Nordafrika und im Nahen Osten geschieht, betrifft uns alle ganz unmittelbar.“ Deutschland und Algerien seien sich dabei einig, daß in der internationalen Politik „effektive multilaterale Strukturen der beste Garant für Sicherheit und Stabilität in der einen Welt sind“. Wer den Terrorismus wirksam bekämpfen wolle, müsse auch dessen Ursachen angehen, sagten Schröder

und Bouteflika übereinstimmend. Hoffnungslosigkeit und Verzweiflung, Armut und Ausgrenzung sind der Nährboden für Gewalt“, hob der Kanzler hervor. Allein Militär und Polizei seien dagegen kein Mittel. Schröder rief dazu auf, in den Bemühungen um eine Lösung des Nahost-Konflikts nicht nachzulassen: „Israelis und Palästinenser müssen einen Weg aus der Spirale der Gewalt finden.“ Der Friedensplan für den Nahen Osten, die sogenannte Road-Map, sei alternativlos.

Der Kanzler wurde in Algier wie bereits zuvor bei seinem Besuch in Libyen von etwa 25 Spitzenmanagern deutscher Unternehmen begleitet. Die deutsche Wirtschaft hat großes Interesse an verstärkten Investitionen in Algerien, besonders im Energiesektor und beim Ausbau der teilweise maroden Infrastruktur. Algerien ist zudem achtwichtigster Öllieferant Deutschlands. Das bilaterale Handelsvolumen betrug 2003 knapp 1,6 Milliarden Euro, etwas weniger als im Jahr zuvor.

Algier war die zweite und letzte Station des Kanzlers auf seiner zweitägigen Nordafrikareise. Am Donnerstagabend und Freitag hatte er als erster deutscher Regierungschef Libyen besucht und war mit Staatschef Muammar Al Gaddafi zusammengetroffen. DW



BILD: PEEB GERMANIA



„Am schwarzen Golde hängt doch alles“

Nationale Interessen sind in Zeiten der Globalisierung Wirtschaftsinteressen

Von
Sybille Quenett

Die wirklich wichtigen Kontakte pflegt der Kanzler persönlich. Schon seit geraumer Zeit hat Gerhard Schröder für sich das Feld der Außenpolitik entdeckt und reist regelmäßig nach China, Russland oder auch in den Nahen Osten. Selten ist er allein unterwegs. Meist drängen sich an seiner Seite Manager der großen Konzerne. Sie hoffen auf Aufträge und sind bereit zu Investitionen jenseits deutscher Grenzen. Nationale Interessen sind im Zeitalter der Globalisierung vor allem Wirtschaftsinteressen. Zumindest solange sich die Frage von Krieg und Frieden nicht ernsthaft stellt.

Die Wirtschaft spielte auch bei Schröders Visite in Libyen und Algerien die entscheidende Rolle. In beiden Ländern lagern große Vorräte an Öl und Gas. In beiden Staaten sind große Investitionen in die Infrastruktur und vor allem in die Förderanlagen für diese fossilen Energieträger drin-

gend nötig. Vor allem für Europa ist das eine Chance. Denn die Amerikaner sind in dieser Weltregion wegen der ungelösten Palästina-Krise und der Eroberung des Irak immer weniger gelitten.

Wie andere europäische Staats- und Regierungschefs vor ihm begrüßte deshalb der Kanzler Libyens Staatschef Ghaddafi als reuigen Sünder wieder zurück in der internationalen Staatengemeinschaft. Im Gepäck hatte er sogar eine Gegeneinladung für Ghaddafi nach Berlin, wo 1986 bei einem libyschen Anschlag auf die Diskothek „La Belle“ drei Menschen getötet und 168 verletzt wurden. Selten wurde so deutlich, wie im internationalen Geschäft mit zweierlei Maß gemessen wird. Andere, weniger einsichtige Missetäter von gestern werden international gesucht oder sitzen gar wie Jugoslawiens früherer Staatschef Milosevic in Den Haag auf der Anklagebank.

Der moralische Anspruch ist es also gerade nicht, womit die Schrödersche Außenpolitik von sich reden macht. Erst wenige Wochen zurück liegen seine unglücklichen Äußerungen zur russischen Tschetschenien-Politik, an der der Kanzler offensichtlich

wenig auszusetzen hat. Auch in China ist er ein gern gesehener Gast, der alle auch nur im Ansatz kritischen Bemerkungen seinem Außenminister auf dessen Reisen überlässt.

Doch jenseits aller ethischen Bedenken hat die Bundesregierung offensichtlich ihr Augenmerk nicht nur auf Aufträge für die deutsche Wirtschaft, sondern auf die Sicherung der Versorgung mit fossilen Brennstoffen gelenkt. Die stark gestiegenen Ölpreise sind nur ein Indiz dafür, dass die Nachfrage dauerhaft hoch ist, während die Anbieter kaum noch in der Lage sind, mehr zu liefern. Der uneingeschränkte Zugang zu Gas und Öl aus Russland, Algerien oder Libyen ist angesichts des wachsenden Energiehungers Chinas keine Selbstverständlichkeit. Gleichzeitig schwinden die Reserven in der Nordsee. Europas Abhängigkeit von anderen Lieferanten nimmt zu. Präsident Putin wird deshalb in Ost und West zurzeit hofiert, wenn es um die Frage neuer Pipelines für Russlands fossilen Reichtum geht.

„Nach dem schwarzen Golde drängt, am schwarzen Golde hängt doch alles“, möchte man mit Goethe sagen. US-Präsident Bush wurde vorgeworfen, er führe deshalb sogar Krieg. Deutschland und Europa haben sich immerhin durchgerungen, so manche schmutzige Hand zu schützen.
sibylle.quenett@mds.de



Schröder will Algerien beim Schuldenabbau helfen

BERICHT AUS ALGIER

Der algerische Präsident Abdelaziz Bouteflika bekommt Unterstützung aus Deutschland: Kanzler Gerhard Schröder hat bei seinem Besuch versichert, den Weg des Landes zu Rechtsstaatlichkeit, Marktwirtschaft und Demokratie fördern zu wollen. Eine Vereinbarung zum Schuldenabbau winkt.

MICHAEL FISCHER

Der Besuch von Bundeskanzler Schröder am Wochenende war der erste eines Bundeskanzlers in Algerien seit 30 Jahren. Algerien habe in den vergangenen Jahren beeindruckende politische und wirtschaftliche Erfolge erzielt, sagte Schröder nach seinem Gespräch mit Präsident Bouteflika auf einem Wirtschaftsforum. Das Interesse der deutschen Wirtschaft an dem Land sei enorm gestiegen. Im Energiesektor, aber auch beim Ausbau der Infrastruktur bestehe großes Interesse an einer intensiven Zusammenarbeit. Dies gelte insbesondere für Unternehmen aus Ostdeutschland, die bereits vor der Wiedervereinigung sehr aktiv in Algerien gewesen seien.

Präsident Bouteflika erwiderte die Freundlichkeiten und betonte, dass der Weg seines Landes von der sozialistischen Plan- zur Marktwirtschaft unumkehrbar sei. Er machte deutlich, dass Algerien auch an einer engeren Partnerschaft zur Europäischen Union großes Interesse habe. Schröder zeigte sich seinerseits optimistisch, dass es bei der von Algerien gewünschten Umschuldung seiner alten Kredite zu einer einvernehmlichen Regelung kommt. „Wir sind davon überzeugt, dass es eine Lösung, die im Interesse beider Seiten liegt, geben wird.“ Schröder wies allerdings gleichzeitig darauf hin, dass es im Pariser Club der Gläubigerstaaten „bestimmte Restriktionen“ für Länder gebe, die Öl und Gas förderten.

Schröder wurde auf seiner Reise von rund 25 Wirtschaftsvertretern begleitet und ist seit Willy Brandt im Jahr 1974 der erste deutsche Bundeskanzler, der Algerien einen Besuch abstattet.

Der Öl- und Gasexport ist der Schwerpunkt der algerischen Wirt-

schaft. Die deutsche Wirtschaft sieht daneben unter anderem die algerische Baubranche als Wachstumssektor. Im Infrastrukturbereich stehen der Ausbau des Flughafens in Alger, der Bau einer Autobahn sowie einer U-Bahn in der Hauptstadt Alger an. Einen Auftragsboom hat die Bundesagentur für Außenwirtschaft im Bereich Wasserbau festgestellt. Deutsche und algerische Vertreter unterzeichneten während der Reise Verträge über kleinere Wirtschaftsjekte, darunter die Beteiligung von Siemens an einem Bahnprojekt, sowie ein Motorbauprojekt der Firma Deutz.

Wegen bürgerkriegsähnlicher Auseinandersetzungen in Algerien hatten viele internationale Unternehmen das Land in den neunziger Jahren verlassen. Diese Zeit ist nun vorüber: Im November nimmt in dem zweitgrößten Staat Afrikas ein Koordinator für deutsch-algerische Wirtschaftsbeziehungen seine Arbeit auf. Dabei handelt es sich um eine Vorstufe zu einer Handelskammer.

Ein Schwerpunkt des Gesprächs mit Bouteflika war nach Angaben Schröders die Reforminitiative für den Nahen und Mittleren Osten, die im Juni auf dem G-8-Gipfel in den USA eingeleitet wurde. Der Kanzler betonte, dass die Reformen aus den Ländern selbst auf den Weg gebracht werden müssten und nicht von außen oktroyiert werden dürften. Weiteres Thema des Kanzlerbesuchs war der Kampf gegen den internationalen Terrorismus. Schröder betonte, dass dabei polizeiliche Mittel allein nicht ausreichen, sondern auch die Ursachen angegangen werden müssten. „Hoffnungslosigkeit und Verzweiflung, Armut und Ausgrenzung sind Nährboden für Gewalt“, sagte der Regierungschef aus Deutschland.



Eine herzliche Umarmung für Bouteflika

Bei seinem Staatsbesuch in Algerien warb Bundeskanzler Gerhard Schröder für weitere Reformen und sagte Unterstützung aus Deutschland zu.

Von Ralph Schulze

Algier/Madrid. Die Begrüßung signalisierte, dass sich Deutschlands Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) im schon länger dem Westen zugewandten Algerien wohler fühlte als zuvor im geläuterten Schurkenstaat Libyen. Der algerische Staatspräsident Abdelaziz Bouteflika bekam in der Hauptstadt Algier eine herzliche Umarmung, der libysche Revolutionsführer Muammar Gaddafi hatte sich mit einem distanzierten Händedruck begnügen müssen. Auch eine Dankesgeste an Bouteflika dafür, dass 31 von 32 Sahara-Geiseln, darunter 16 Deutsche, die 2003 in Südalgerien von Islamisten entführt worden waren, nach langer Gefangenschaft nach Hause kamen.

Dabei ist auch Bouteflikas Weste nicht besonders sauber, obwohl dies bei Schröders Freundschaftsbesuch unter den Teppich gekehrt wurde. Bouteflikas Wahl 1999 wie auch die Bestätigung seiner zweiten Amtszeit

im vergangenen April begleitet der Verdacht des Betrugers. Menschenrechte sowie Pressefreiheit liegen im Argen. Der schon lange versprochenen Demokratisierung steht das Ausnahmerecht im Weg, mit dem das unruhige Land seit 12 Jahren regiert wird. Damals hatten die Islamisten gerade dem Staat den Krieg erklärt, weil das Militär ihren Wahlsieg gewaltsam verhindert hatte. Bis zu 200 000 Menschen starben seither in bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen.

Doch wie nach Libyen war Schröder auch nach Algerien - als erster Bundeskanzler seit 30 Jahren - vor allem gekommen, um der deutschen Wirtschaft den Weg zu bahnen. Algerien ist wie Libyen reich an Bodenschätzen, Erdgas und Öl. Ein Reichtum, welcher in der an Korruption und Missmanagement leidenden Staatswirtschaft kaum dem 33-Millionen-Volk zu Gute kommt. Armut, Arbeitslosigkeit, Woh-

nungsnot und damit Frustration sind sehr groß, obwohl Bouteflikas Staatskasse dank saftigem Wirtschaftswachstum (2003 sieben Prozent) und steigenden Ölpreisen prall gefüllt ist.

Algerien ist der ideale Nährboden für radikale Islamisten. „Nur wenn es uns gelingt, den Menschen eine wirtschaftliche Perspektive zu eröffnen“, mahnte Schröder, „werden wir sie immunisieren gegen die Instrumentalisierung durch extremistische Kräfte.“ Wer den Terrorismus wirksam bekämpfen wolle, müsse seine Ursachen angehen wie etwa Hoffnungslosigkeit und Verzweiflung. Algerien ist auch die Geburtsstätte der GSPC, des mächtigen El-Kaida-Armes in Nordafrika, die für die Entführung der 32 Sahara-Urlauber verantwortlich war und auch Attentate in Europa plant. Der Islamismus entläßt sich in Algerien mit größerer Gewalt als in nordafrikanischen Nachbarstaaten.

Um hier gegenzusteuern, warb Schröder für weitere Reformen. Deutschland werde das Land unterstützen. Bouteflika versicherte derweil, Algerien habe „den Weg des Staatsdirigismus verlassen“, die Politik der „nationalen Versöhnung“ werde fortgesetzt.

www.pressesat.de/site/index.html am 03.10.2011

www.freischreiber.de, abgerufen am 30. Januar 2010

[www.google.de/Entwicklung Zeitungen/Zeitschriften \(verkaufte Auflage in Millionen Stück\) 1997-2007](http://www.google.de/Entwicklung%20Zeitungen/Zeitschriften%20(verkaufte%20Auflage%20in%20Millionen%20Stueck)%201997-2007). In: IVW. Abgerufen am 24. Oktober 2010

www.google.de/am 16.11.2012

www.goohle.de/(Google Buchsuche, abgerufen am 16. Oktober 2011)

<http://de.wikipedia.org/wiki/Pressegeschichte/am> 16.11.2012

<http://www.google.de/am> 01.12.2010/Joachim, Schwelien: Freie Pressefreie Welt. In: Die Zeit, 25. Juli1971, Nr. 26

www.google.de/am 01.12.2010

<http://www.wikipedia.de/am> 22.02.2011

www.freischreiber.der, abgerufen am 30. Januar 2010

<http://www.ixpo.de> am 20.02.2010

www.wto.org am 11.05.2011

<http://www.ahk.de> am 03.09.2012

<http://algier.diplo.de> am 03.09.2012

www.google.de/ahk.de/am 20.05.2012